AUSWIRKUNGEN DER ARBEITSKRÄFTEWANDERUNG AUF DEN POLITISCHEN SOZIALISATIONS- UND BEWUSSTWERDUNGSPROZESS DER TÜRKISCHEN GASTARBEITER

Inaugural-Dissertation
zur Erlangung
eines Doktors der Philosophie (Dr. Phil.)
am Fachbereich Politische Wissenschaft
der Freien Universität Berlin

vorgelegt von
Yilmaz Özkan
aus Kirsehir (Türkei)

1975

AUSWIRKUNGEN DER ARBEITSKRÄFTEWANDERUNG AUF DEN POLITISCHEN SOZIALISATIONS- UND BEWUSSTWERDUNGSPROZESS DER TÜRKISCHEN GASTARBEITER

Inaugural-Dissertation
zur Erlangung
eines Doktors der Philosophie (Dr. Phil)
am Fachbereich Politische Wissenschaft
der Freien Universität Berlin

vorgelegt von
Yilmaz Özkan
aus Kirsehir (Türkei)

Berichterstatter:

Prof. Dr. Wolf-Dieter Narr

UNIV.
LEIDEN
BIBL.

Tag der mündlichen Prüfung: 18. Februar 1975

Tag der Promotion :

Druck: Der Präsident der Freien Universität Berlin – Zentrale Universitätsdruckerei V aA 4, 1 Berlin 41

INHALTSVERZEICHNIS

		Seite
EINLEITUNG		1
ERSTES KAPITEL: POLITISCHE SOZIALISATION		9
I.	Sozialisation und politische Sozialisation	9
	1. Politische Sozialisation	10
	1.1 Begriff	10
	1.2 Politische Macht und politische Sozialisation	13
II.	Der politische Sozialisationsprozeß und die Entwicklung des politischen Ich	18
	1. Direktes politisches Lernen	19
	1.1 Imitation	19
	1.2 Vorgreifende (anticipatory) politische Sozialisation	19
	1.3 Politische Erziehung	20
	1.4 Politische Praxis und Erfahrung: Interaktion	21
	2. Indirekte politische Sozialisation	22
III.	Politische Sozialisationsagenturen	23
	1. Familie	24
	2. Gruppen von Gleichaltrigen (Peer Groups)	26
	3. Schule	28
	4. Soziale Gruppen	29

Seite

5. Sekundäre Gruppen 30

6. Politische Aktivitäten und Experimente 31

7. Massenmedien 32

IV. Unterbrechung (Discontinuity) des politischen Sozialisationsprozesses 34

1. Unterbrechungsgründe, resultierend aus dem politischen System in der Gesellschaft 35

1.1 Änderung der gesamten politischen Struktur der Gesellschaft 35

1.2 Änderungen in den politischen Institutionen 36

1.3 Vermehrung der politischen Sozialisationsagenturen 37

1.4 Kulturelle Heterogenität und spezialisierte politische Institutionen 37

2. Die vom Individuum abhängigen Gründe der Unterbrechung des politischen Sozialisationsprozesses 39

2.1 Sozio-ökonomische und geographische Mobilität 39

2.1.1 Sozio-ökonomische Mobilität 39

2.1.2 Geographische Mobilität 39

2.2 Zeitlicher Unterschied zwischen dem politischen Lernen und der politischen Leistung 40

V. Ökonomische Basis, politische Struktur und politische Sozialisation 42

Seite

ZWEITES KAPITEL: DIE SOZIO-ÖKONOMISCHE UND HISTORISCH-POLITISCHE ENTWICKLUNG DER TÜRKEI 47

I. Gründung des neuen Staates - Einparteienherrschaft: 1923 - 1950 48

1. Der Zweite Weltkrieg und eine Privatindustrie ohne Arbeitskräftesorgen 53

II. Mehrparteiendemokratie ohne linke politische Organisation: 1950 - 1960 63

III. Intervention der Armee und danach 71

IV. Die Landespolitik und die Armee nach dem Jahre 1960 80

V. Flucht vom Lande und Urbanisation 82

1. Urbanisation in den entwickelten Industriestaaten 84

2. Urbanisation in den sozialistischen Ländern 85

3. Urbanisation in den unterentwickelten kapitalistischen Ländern 86

4. Entwicklung in der Türkei 87

5. Die Folgen dieser Entwicklung 95

VI. Die Lage des Arbeitsmarktes und der Platz der Türkei in der Weltwirtschaft 97

VII. Die türkische "Gastarbeiterpolitik" 106

1. Der erste Fünfjahresplan: 1963 - 1967 106

2. Der zweite Fünfjahresplan: 1968 - 1972 107

3. Der dritte Fünfjahresplan: 1973 - 1977 108

Seite

DRITTES KAPITEL: POLITISCHE SOZIALISATION DER TÜRKISCHEN GASTARBEITER 116

I. Allgemeine Lage 116

1. Auswahl und Vermittlungsverfahren 118

2. Charakteristika der türkischen Arbeitnehmer 121

2.1 Nach den Beschäftigungsverhältnissen und der Herkunft 121

2.2 Nach der Schulbildung 124

2.3 Nach der Altersstruktur 126

2.4 Nach den Familienverhältnissen 127

II. Die Auswirkungen der Wanderung der türkischen Arbeitnehmer ins Ausland aus der Sicht der politischen Sozialisation 128

1. Die an den strukturellen Unterschieden des Entsende-und des Beschäftigungslandes (der Türkei und der Bundesrepublik) liegenden Ursachen der Auswirkungen der Migration auf die politische Sozialisation der türkischen Auswanderer 132

2. Die an den Eigenschaften der Auswanderer und Auswanderung selbst liegenden Ursachen 135

2.1 Rotativer Charakter der Migration 135

2.2 Sprachschwierigkeiten der Auswanderer 137

2.3 Mobilität und Gastarbeiter-Daseins-Struktur 139

3. Politische Sozialisations-Agenturen in der BRD und West-Berlin für die türkischen Gastarbeiter 143

3.1. Die Familie als politische Sozialisations-Agentur 143

3.2 Peer groups (Gruppen von Gleichaltrigen 152

3.3 Schule 156

3.4 Soziale Gruppen 161

3.5 Rein politische Organisationen 164

3.6 Organisationen, die nebenbei auch politische Informationen vermitteln 170

3.7. Nicht-politische Organisationen 177

3.8 Politische Aktivitäten und experimente 185

3.9 Massenmedien 188

3.10 Die Bedeutung der Unterbrechung des politischen Sozialisationsprozesses für die türkischen Gastarbeiter 193

4. Die Auswirkungen der Unterbrechung und Entpolitisierung auf das Bewußtsein der Betroffenen. 195

5. Die Auswirkung der Migration auf die politische Struktur des Landes 199

5.1 Verminderung der Arbeitslosenzahl 199

5.2 Devisenüberweisungen der Auswanderer 201

5.3 Versorgung der in der Türkei gebliebenen Familienangehörigen der Auswanderer 202

5.4 Die Entstehung kleinbürgerlicher Ideologie unter den Auswanderern und ihren Angehörigen 203

5.5 Das Fehlen des Wahlrechts der Auswanderer 204

Digitized by the Internet Archive
in 2026

https://archive.org/details/IA41533913_0025

EINLEITUNG

In der vorliegenden Arbeit wurden die Auswirkungen der Arbeitskräfte-Auswanderung aus der Türkei über den politischen Bewußtwerdungs- und Proletarisierungsprozess der türkischen Auswanderer diskutiert.

Ein für das türkische Volk völlig neues Phänomen, die Arbeitskräfteauswanderung ins Ausland, machte sich erstmals Anfang der sechziger Jahre bemerkbar; seitdem nahm die Zahl der türkischen Arbeitnehmer im Ausland, besonders in der BRD, ständig zu. Zurzeit befinden sich fast eine Million Türken als Arbeitnehmer außer Landes, ein großer Teil davon in der BRD. Diese Arbeitnehmer kommen aus türkischen Verhältnissen in eine für sie völlig neue Welt; sie wissen, daß sie zurückgehen werden oder müssen, da die BRD kein Einwanderungsland ist. Die politische Seite dieser Bewegung wurde bis jetzt sehr wenig behandelt, obwohl besonders in den letzten 10 Jahren über die internationale Migration eine beachtliche und umfangreiche Literatur entstanden ist und zu erwarten ist, daß diese Tendenz mit der zunehmenden Bedeutung der Materie anhalten wird.
Mit der Zeit wuchs jedoch die Zahl der Auswanderer, was eine Zunahme der Rückkehrerzahl zur Folge hatte.

Damit machte sich die Kehrseite der Medaille bemerkbar: Die allgemeine Annahme, daß die Arbeitskräftewanderung aus einem Lande politisch und sozial stabilisierend wirke, hat mit den Rückkehrern einen neuen Aspekt gewonnen und warf neue Fragen auf: ob die Rückkehrer ein neues politisches Bewußtsein mit sich bringen; zu welcher Klasse sie sich gehörig fühlen; was wird, wenn eines Tages alle Ausgewanderten in die Heimat kommen; welche Züge der politische Bewußtwerdungs- und Proletarisierungsprozeß aufweist, den sie im Ausland durchmachen; ist diese Entwicklung zu beeinflussen. Diese und ähnliche Fragen versuchten wir zu formulieren und zum Teil zu beantworten.

In dieser Arbeit, die insgesamt eine Anfangsstudie auf ihrem Gebiet ist, versuchten wir, die allgemeinen Probleme der politischen Sozialisation aus der Sicht der Migration mit systematisch testbaren Grundsätzen und Hypothesen auf intuitive und konzeptionelle Weise darzustellen. Aus diesem Grunde wählten wir statt quantitativer Methoden wie umfangreiche Befragungen, Experimente und ähnlichem,die qualitative und ausführliche Methode, indem wir mit den betroffenen Arbeitern ständig Diskussionen führten und sie in ihren alltäglichen Verhältnissen als einer von ihnen beobachteten. Diese Methoden können wir in vier Gruppen unterteilen:

I. Beobachtungen als Teilnehmer (Participant observation): Über einen Zeitraum von drei Jahren haben wir mit den Gastarbeitern - und zwar in ständigem und engen Kontakt - gelebt, ihre Lebens- und Arbeitsweise beobachtet, ihre Sorgen und Probleme, ihre Schwierigkeiten ohne einen Vermittler gesehen. Unsere vorherige Arbeit in der Türkei über die Arbeits- und Arbeiterprobleme, die politische Entwicklung, die Flucht vom Lande in die Städte, die Arbeiterorganisationen, kurzum der Proletarisierungs- und Bewußtwerdungsprozeß in der Türkei half uns, die politischen Einstellungen der ausgewanderten türkischen Arbeiter und Bauern zu verstehen und zu verwerten und die Lage und Entwicklung der politischen Tendenzen in dieser Hinsicht zu erkennen und zu diagnostizieren. In einigen Orten und Städten in der BRD wie Stuttgart, München, Neumünster, Braunschweig, Essen und West-Berlin, wo eine große Anzahl türkischer Gastarbeiter zu finden ist, haben wir uns durch systematische und aktive Beobachtungen am Arbeitsplatz, in den Arbeiterorganisationen, in sozialen Gruppen und karitativen Organisationen mit den Problemen der Gastarbeiter, ihren Diskussionsthemen, den Arbeitsweisen der oben genannten Organisationen, ihren Zielen und Stärken und vor allem ihren politischen Einstellungen und Aktivitäten beschäftigt. Persönliche und freundschaft-

liche Kontakte mit einer Vielzahl von Gastarbeiterfamilien ermöglichten es uns, die durch die Auswanderung verursachte politische Entwicklung in diesen Familien zu observieren.

Daß die vollständigsten soziologischen Daten von den teilnehmenden Beobachtern gesammelt werden, wie es vor allem von Becher und Geer[1] betont wird, war für uns bei der Anwendung dieser Methode entscheidend. Sie ermöglicht dem Forscher, das zu untersuchende Objekt über einen relativ langen Zeitraum zu beobachten, dessen Veränderung und Entwicklung nicht nur an einem einzigen Merkmal sondern in seiner ganzen Komplexität zu begreifen. Zweifellos bedeutet das nicht, daß die "participant observation" als Methode der Sozialforschung besser sei als die anderen Methoden. Vielmehr wäre es richtig festzustellen, daß manche Methoden für bestimmte Untersuchungsobjekte geeigneter sind als andere[2]. Aus den folgenden drei Gründen bevorzugten wir diese Methode, die es ermöglicht, die Probleme der politischen Sozialisation der Gastarbeiter tief und umfangreich zu begreifen, obwohl sie für statistische Tests nicht geeignet ist:

1. Wie bereits gesagt, war das Ziel dieser Arbeit ein theoretischer und konzeptioneller Anfang und dafür schien sich diese Methode anzubieten.

2. Nicht nur materielle und praktische Probleme, die uns an einer kostspieligen Befragungsaktion hinderten, sondern auch die Tatsache, daß die türkischen Gastarbeiter bei einer Massenbefragung besonders den politischen Fragen ausweichen und sich ihrer tatsächlichen Meinung enthalten, veranlaßten uns dazu, mit ausgewählten Personen und Organisationen durch nahe, dauerhafte und persönliche Kontakte Daten zu sammeln.

3. Es gibt gute Gründe dafür, daß die "participant observation" als Methode in der Sozialforschung eine zentrale Stelle einnimmt und daß sie als eine spezielle Annäherungsmethode gilt. Diese Methode bietet dem Forscher die Möglichkeit, die zu Beobachtenden mit ihren eigenen Symbolen, Lebens- und Denkweisen kennenzulernen, nämlich nicht von außen sondern von innen.

   Auf diese Weise konnten wir ohne fremde Einflüsse und Mittel direkt mit den zu untersuchenden Menschen Verbindung aufnehmen.

II. Systematische Interviews

Um unsere Beobachtungen einigermaßen zu systematisieren, führten wir mit 30 Gastarbeitern eine Befragung mit "open end" Fragen mittels eines Tonbands durch. Bei diesen durchschnittlich 50minütigen Befragungen stellten wir jedem Arbeiter Fragen über seine politischen Einstellungen,

sein Verhalten, seine Meinung über politische Parteien, sein Wahlverhalten und dessen Gründe, seine Verhältnisse mit den Gewerkschaften und anderen sekundären Organisationen über seine Familie, die Rolle der Bildung, die Schule, seine allgemeinen Lebensverhältnisse in der Türkei, die Gründe seiner Auswanderung, woher er seine politischen Informationen über politische Geschehnisse bezieht, welche Zeitungen er liest und welchen Sender er hört, seine Meinungen über die Türkei und BRD-Politik, seine Probleme in der BRD, seine Verhältnisse mit hiesigen karitativen und offiziellen Organisationen, Behörden, mit der Polizei, Konsularvertretungen, Arbeitsverhältnisse, Verdienste usw.

Die Ergebnisse dieser Aktion dienten uns bei der Hypothesenstellung als Ergänzung der anderen Methoden.

III. Literatur

Besonders in dem II. Kapitel über die sozio-ökonomische und historische Entwicklung in der Türkei und im III. Kapitel über die Charakteristika der türkischen Gastarbeiter in der BRD und West-Berlin halfen uns statistische Daten der existierenden Literatur.

IV. Gastarbeiter-Befragung in West-Berlin

Von den ersten Ergebnissen einer Gastarbeiter-Befragung (1535 davon sind türkische Gastarbeiter), die im Rahmen eines Gastarbeiter-Projektes des Internationalen Instituts für Management und Verwaltung, Berlin, von einer Projektgruppe durchgeführt wurde, deren Mitglied ich war, konnten wir einige Erkenntnisse gewinnen. Allerdings lag der Schwerpunkt der Befragung hauptsächlich auf infrastrukturellen Problemen, den Ersparnissen und der Familienstruktur der Gastarbeiter. Über die politische Sozialisation der Gastarbeiter enthält der Fragebogen keine direkten Fragen.

Die theoretische Basis dieser Arbeit wurde im ersten Kapitel behandelt. Die politische Sozialisation als Prozeß und als eine sehr junge wissenschaftliche Disziplin wurde im Rahmen dieser Arbeit definiert und diskutiert. Dabei bildeten die politische Sozialisation der Erwachsenen und die Bedeutung der Arbeitskräftewanderung aus der Sicht der politischen Sozialisation die Schwerpunkte. Diesbezüglich wurden die politische Macht und die politische Sozialisation, die politischen Sozialisationsagenturen und die Unterbrechung des politischen Sozialisationsprozesses definiert. Dabei muß jedoch berücksichtigt

werden, daß die politische Sozialisation als wissenschaftliche Disziplin noch in den Kinderschuhen steckt, wie es auch fast von allen Autoren zugegeben wird, und daß viele Gebiete Lücken und Unklarheiten aufweisen.

Im zweiten Kapitel wurde die historisch-politische Entwicklung der Türkei von der Gründung des Staates im Jahre 1923 bis zu den siebziger Jahren kurz erläutert und die ökonomische und soziale Lage des Landes beschrieben. Dieses Kapitel schien uns unbedingt erforderlich zu sein, da jegliche Vergleiche und Lösungsvorschläge und Beobachtungen eines Prozesses unmöglich oder aber absurd wären, ohne die Schilderung der Verhältnisse, aus denen die türkischen Gastarbeiter stammen, auch wenn das sehr allgemein gehalten ist.

Das dritte Kapitel befaßt sich mit der politischen Sozialisation der türkischen Gastarbeiter in der BRD und West-Berlin und den Abschluß bilden die Schlußfolgerungen.

ERSTES KAPITEL: POLITISCHE SOZIALISATION

I. Sozialisation und Politische Sozialisation

Politische Sozialisation ist eine spezielle Form der "Sozialisation". Unter dem Begriff Sozialisation wird im allgemeinen ein Prozess verstanden, in dessen Verlauf ein Individuum sich den sozialen Erfordernissen der Umwelt allmählich anpaßt oder dazu veranlaßt wird, indem es sich die Normen und Werte - nach Fend - der sozialen Umwelt zu eigen macht und allmählich lernt, sich den Normen und Werten der Gruppen, denen es angehört, entsprechend zu benehmen.[1)]

Dawson und Prewitt sehen in der Sozialisation einen dualen Prozess: "Auf der einen Seite bedeutet die Sozialisation die Einschränkung auf bestimmte Verhaltensoptionen. Ein anfänglich weites Feld von Alternativen wird im Verlauf der Sozialisation enger. Aber andererseits bedeutet Sozialisation "gesellschaftlich machen" in einer Art und Weise, die das Selbst nicht nur beschränkt, sondern auch öffnet und entwickelt".[2)]

Daß die Sozialisation die speziell auf eine bestimmte Kultur hin ausgerichtete Internalisierung von Normen, Werten und Verhaltensregeln ist, betont Claessens.[3)]

Zusammengefaßt ist die Sozialisation ein Prozeß und durch diesen Prozeß werden die Angehörigen eines Kollektivs (Gruppe, Familie, Organisation oder Gesellschaft) jeweils den sozialen, kulturellen, historischen, politischen und ökonomischen Gegebenheiten entsprechend sozialisiert.

1. Politische Sozialisation

1.1 Begriff

Die Gesellschaft übermittelt ihre politische Kultur durch den politischen Sozialisationsprozeß von Generation zu Generation.[4] Während dieses Prozesses werden die Mitglieder der Gesellschaft einer politischen Welt angepaßt, die bedingt ist durch die ökonomischen, sozialen, kulturellen und historischen Gegebenheiten der jeweiligen Gesellschaft; sie erlangen ein politisches Ich. Das politische Ich des Menschen, das in dem politischen Sozialisationsprozeß allmählich entsteht, trägt die Züge der politischen Kultur der jeweiligen Gesellschaft. Durch diesen Entwicklungsprozeß erlangen die Menschen "politische Orientierungen und Verhaltensweisen".[5]

Politisches Verhalten ist nicht erblich, der Mensch bringt kein politisches Verhaltensmuster von Geburt aus

mit. Politisches Selbst, das politische Ich des Menschen wird durch den Sozialisationsprozeß - und zwar in einer lebenslangen Periode - geformt, geändert, entwickelt. Die Entwicklung des politischen Ich vollzieht sich dadurch, daß man Informationen, Wertvorstellungen, Normen, Verhaltensweisen, Ideale von den politischen Sozialisationsagenturen sammelt, sie verarbeitet und schließlich sein politisches Verhalten danach richtet.

Nun aber taucht die Frage auf, ob der Mensch in einer bestimmten Altersstufe aufnahmefähiger und aufnahmebereiter für die politische Sozialisation ist, und ob es ein bestimmtes Alter gibt, in dem die Grundsteine des politischen Ich gelegt werden. Die Antworten, die von der politischen Sozialisationsliteratur auf solche Fragen gegeben werden, können in drei Gruppen unterteilt werden:

Von der ersten Gruppe, der Greenstein, Hess und Torney, Adelson und O'Neil, Davis und Almond[6] angehören, wird die Meinung vertreten, daß die politische Sozialisation im Kindes- und Jugendalter grundlegend und bestimmend ist. Besonders wird hervorgehoben, daß die politischen Wertvorstellungen und Verhaltensweisen im Erwachsenenalter unter dem starken Einfluß der vorschulischen, familiären Sozialisation stehen.

Die zweite Gruppe findet die politische Sozialisation im Erwachsenenalter wichtiger, weil "man in diesem Alter politisch aktiver ist und das politische Ich wird in den politischen Aktionen geformt".[7] Zu dieser Gruppe zählen Cohn, La Polombara, Sertel.[8]

Die dritte Gruppe, die von Dawson und Prewitt vertreten wird, ist der Ansicht, daß die Menschen sowohl im Kindes- als auch im Erwachsenenalter für die politische Sozialisation gleich aufnahmebereit sind. Trotzdem ist bei ihnen eine Neigung zur ersten Gruppe zu bemerken.[9]

Gewiß ist die politische Sozialisation im Kindes- und Schulalter wichtig. Neben der Familie, von der das Kind seine erste politische Information (in latenter oder manifester Form) bezieht, ist die Rolle der Schule als überwiegend direkter politischer Informations- und Bildungsvermittler unumstritten. Aber der Prozeß der politischen Sozialisation vervollkommnet sich nicht im Kindes- und Jugendalter; es ist ein Dauerprozess. Auch im Erwachsenenalter wird er weiter und ständig politisch sozialisiert, und in den ökonomisch unterentwickelten Gesellschaften dann sogar stärker als im Kindes- und Schulalter. Zumal wenn in einem Lande 40 bis 60% der Bevölkerung Analphabeten sind, kann die

Schule nicht mehr als wichtigste politische Sozialisationsagentur gelten. Dann treten andere Agenturen hervor: "Die Arbeitswelt, Erfahrung in den sozialen Gruppen, soziale und geographische Mobilität, Beteiligung an der Politik"[10] sind solche Faktoren, die die Entwicklung des politischen Ich beeinflussen und mit denen man im Erwachsenenalter konfrontiert wird.[11] Besonders in den Gesellschaften, in denen die politischen Verhältnisse nicht stabil sind, wird die Bedeutung der Erwachsenen-Sozialisation hervortreten.

Jedenfalls beschäftigen wir uns in dieser Arbeit mit der Erwachsenen-Sozialisation der Gastarbeiter.

1.2 Politische Macht und politische Sozialisation

In jeder Gesellschaft ist die politische Sozialisation grundsätzlich darauf gerichtet, die Machtstruktur der machthabenden Klasse zu erhalten und zu stabilisieren, und gleichzeitig andere Klassen, die Anspruch auf die politische Macht haben, von ihr fernzuhalten, nämlich "den Fortbestand des derzeitigen politischen Systems zu ermöglichen und die vorhandenen politisch-gesellschaftlichen Abhängigkeits- und Machtstrukturen zu reproduzieren".[12]

Von der Seite der sich nicht an der Macht befindenden Klassen aus gesehen, hat die politische Sozialisation wiederum die Aufgabe, die bestehenden Machtverhältnisse zu ändern. Die politische Normierung der Menschen von dem jeweiligen Herrschaftssystem "geschieht in den dynamischen Gesellschaftssystemen der Gegenwart nicht widerspruchsfrei"[13]: eine absolute Einseitigkeit ist also nicht möglich. Der Umfang und die Wirkung dieses Doppelvorganges hängt jeweils von den Gegebenheiten der Gesellschaft ab, in der der Prozeß abläuft. Aber grundsätzlich meinen wir einen dualen Prozeß, wenn wir von der politischen Sozialisation sprechen:

a) Jenen Vorgang, in dem versucht wird, das gegebene Herrschaftssystem zu erhalten und zu stabilisieren, die Machtstruktur der herrschenden Klasse zu schützen und gleichzeitig die oppositionellen Klassen von der Macht fernzuhalten, nämlich die politische Sozialisation zum Erhalten und Weiterführen des Status-quo,

b) jenen Vorgang, der darauf gerichtet ist, die herrschende Klasse von der Macht zu vertreiben, nämlich die politische Sozialisation Anti-Status-quo.

Zweifellos sind diese beiden Vorgänge weder voneinander noch in sich selbst klar abgegrenzt. An den Status-quo gerichtete politische Sozialisation bedeutet nicht immer die Konservierung des politischen Systems; sie kann in sich die Erneuerungen, Entwicklungen und Neuigkeiten beinhalten, aber sie sind nicht gegen die bestehende Ordnung gerichtet; vielmehr dienen sie dazu, das System zu stabilisieren.

Unter Status-quo politische Sozialisation verstehen wir auch Anti-Anti-Status-quo politische Sozialisation, nämlich das sich Schützen der herrschenden Klasse gegen die Agitationen der anderen Klassen. Das geschieht dadurch, daß die herrschende Klasse entweder die gegen den Status-quo gerichtete politische Sozialisation verbietet, unter Strafandrohung stellt, oder durch soziale, ökonomische, religiöse Unterdrückung erschwert.

Die Art, der Umfang und die Wirkung beider Vorgänge hängt in jeder Gesellschaft von den ökonomischen, kulturellen, historischen und sozialen Gegebenheiten ab, aber unabhängig davon ist in jeder Gesellschaft, in jedem politischen System dieser duale Prozess vorhanden, weil es in jeder Gesellschaft - wie E. Fromm es ausdrückt - "gewisse Impulse gibt, deren Realisierung für die Gesamtgesellschaft gefährlich wären und deshalb von jedem Mitglied der Gesellschaft abgewehrt werden müssen. Es gibt wiederum andere, deren Befriedigung

für die eine Klasse erlaubt, für die andere aber verpönt ist".[14] Diese Verpönung bringt die Anti-Status-quo politische Sozialisation mit sich. "Politische Sozialisation meint also auch jene Vorgänge, die dazu führen, daß Menschen sich gegen Integration, Unterdrückung und Normierung wehren und Möglichkeiten der Befreiung suchen und erkämpfen".[15]

Die Chancen und Möglichkeiten für eine Anti-Status-quo politische Sozialisation werden von mehreren Faktoren bestimmt. Folgende Hypothesen sind nicht vollständig, deuten aber auf einige Faktoren hin:

1. Wenn in einer Gesellschaft die Klassenteilung deutlicher und klarer ist, erhöht sich das Lernpotential der Anti-Status-quo politischen Sozialisation.
2. Je weniger in einer Gesellschaft ökonomische und soziale Sicherheit gegeben ist, desto größer wird das Lernpotential der Anti-Status-quo politischen Sozialisation.
3. Je geringer die Chancen für soziale Mobilität sind, desto größer wird das Lernpotential der Anti-Status-quo politischen Sozialisation.
4. Wenn sich in einer Gesellschaft die sozio-kulturellen, ethnischen und ökonomischen Gruppierungen hierarchisch vermehren, verringert sich das Lernpotential der Anti-Status-quo politischen Sozialisation.

5. Wenn die Zahl der Organisationen, die die Anti-Status-quo politische Sozialisation unterschiedlich auffassen, sich vermehrt, verringert sich das Lernpotential der Anti-Status-quo politischen Sozialisation.

6. Aus der Sicht des einzelnen Individuums ist das Lernpotential der Anti-Status-quo politischen Sozialisation bei jüngeren Menschen größer als bei älteren.

II. Der politische Sozialisationsprozeß und die Entwicklung des politischen Ich

Beginnend mit dem Alter, in dem das Kind anfängt, seine Umwelt wahrzunehmen, bezieht der Mensch Informationen aus vielerlei Quellen, neben anderen auch über die Politik. Mit diesen Informationen beginnt die Entwicklung der politischen Persönlichkeit und dauert lebenslang. Während dieses Prozesses also

a) bezieht der Mensch Informationen von den politischen Sozialisationsagenturen,
b) verinnerlicht, bearbeitet und internalisiert er diese Informationen, aus denen er Wertvorstellungen, Rollenhaltungen, Ideale, Glauben entwickelt;
c) leitet er von diesen Werten Verhaltensweisen ab.

Diese drei Phasen, obwohl sie in Wirklichkeit nicht klar und eindeutig voneinander getrennt ablaufen, nennen wir "politisches Lernen".[16] Politisches Lernen vollzieht sich auf direkte (manifeste) oder auf indirekte (latente) Weise.[17] Wir gehen näher auf diese Klassifizierung des politischen Lernens ein.[18]

1. Direktes politisches Lernen

Diese Form des politischen Lernens ist überwiegend politischen Inhalts und kann in vier Formen erfolgen:

1.1 Imitation:

Politisches und überhaupt soziales Lernen durch Imitation erfolgt ohne Einschränkung in jedem Alter und in jeder Lage, bewußt oder unbewußt imitiert man soziale, kulturelle, religiöse und politische Verhaltensweisen. Einen Teil davon betrachtet man dann als eigene Normen und Werte. Das Kind imitiert, was es sieht und hört: erste individuelle Verhaltensweisen eignet es sich durch Imitation an.[19] Diese Form des Lernens ist für die Gastarbeiter besonders wichtig: aufgrund der Sprachschwierigkeiten neigen sie dazu, zu imitieren.

1.2 Vorgreifende (anticipatory) politische Sozialisation

Menschen entwickeln oder imitieren solche Verhaltensweisen, die zwar ihrer jetzigen Lage nicht entsprechen, aber für ihre zukünftige Position, die sie anstreben, oder anzustreben glauben, erforderlich sind. Ein Beispiel:

Wenn ein Gastarbeiter daran glaubt und danach strebt, mit Ersparnissen in seinem Heimatland nicht mehr als Arbeiter, sondern als Selbständiger - nämlich als Kleinbürger - eine Existenz zu schaffen, greift er den Verhaltensweisen eines Kleinbürgers vor, obwohl er noch Arbeiter ist.

1.3 Politische Erziehung

Jede Gesellschaft strebt danach, ihren Mitgliedern auf formellem oder informellen Wege die politischen Werte, Normen, Ideale, Verhaltensweisen zu vermitteln. Hauptsächlich geschieht die direkte politische Erziehung in den Bildungseinrichtungen, nämlich in den Schulen und Universitäten. Da diese Einrichtungen bekanntlich fast immer unter Kontrolle und unter dem Einfluß der politischen Macht stehen, sind sie grundsätzlich für die Status-quo politische Sozialisation tätig, was auch Anti-Anti-Status-quo politische Erziehung beinhaltet. Die Chancen für die Anti-Status-quo politische Sozialisation in den Schulen und Universitäten hängt jeweils von den ökonomischen, politischen und kulturellen Gegebenheiten der Gesellschaft ab.[20)]

Diese Form der manifesten politischen Sozialisation wird auch von den übrigen Sozialisationsagenturen angewandt,

obwohl der Umfang und das Maß der Anwendung normalerweise nicht das der Schule als "Sozialisierer" erreicht. Die Begriffe "Vaterland", "Nation", "Flagge", die Institutionen "Steuer", "Militärdienstpflicht","Eigentum", "Staat", "Regierung" usw. werden durch die direkte politische Erziehung gelehrt.[21)]

1.4 Politische Praxis und Erfahrung: Interaktion

Durch eigene Erlebnisse und selbst gemachte Erfahrungen an politischen Ereignissen und Geschehnissen erlangen Menschen politische Verhaltensweisen, Werte und Normen, ohne die Sozialisationsagenturen einzuschalten, mit direkter Beziehung auf politische Objekte und Aktionen.

Zum Beispiel bringt die Teilnahme an einem Streik, die Beteiligung an einer Demonstration, aktive Propagandaarbeit bei einer Wahlkampagne, Landbesetzung durch die Landarbeiter etc. dem Teilnehmenden auch etwas Politisches mit sich, was den Betroffenen stärker beeinflußt als einen Außenstehenden. Für die politische Sozialisation der Erwachsenen ist diese Form die wichtigste unter den manifesten politischen Sozialisationsformen. Die Teilnahme an den politischen Organisationen und das Gefühl, die Politik durch die Eigenbeteiligung beeinflussen zu können, macht den Betroffenen politischer.

Wenn die Teilnahme an den politischen Entscheidungsprozessen von Anfang an ausgeschlossen ist oder erscheint, kann von ihm nicht erwartet werden, daß er Interesse für die Politik zeigt.

2. Indirekte politische Sozialisation

Der Mensch bezieht Informationen, die sein politisches Verhalten beeinflussen, obwohl sie im Grunde genommen nicht politischen Inhalts sind. Von den allgemeinen Sozialisationsagenturen erlangte Verhaltensweisen werden in die Politik übersetzt. Somit sind alle Sozialisationsagenturen in der Lage, das politische Verhalten des Individuums zu beeinflussen. Ein Beispiel soll das verdeutlichen: Konkurrieren unter bestimmten Regeln lernt man als Kind beim Spiel, in der Schule etc. Das ist im allgemeinen kein politisches Verhalten. Wenn aber diese geregelte Form des Kampfes ins politische Leben übertragen wird, z.B. bei einem Wahlkampf mit dem konkurrierenden Kandidaten gekämpft wird, nimmt es eine politische Bedeutung an.

Durch interpersonelle Übertragung erlangt man solche Verhaltensweisen, die das politische Verhalten des Menschen bestimmen können.

III. Politische Sozialisations-Agenturen

Unter dem Begriff "politische Sozialisationsagenturen" verstehen wir die Institutionen, Personenkreise oder Personen, von denen der Mensch Informationen bezieht, die direkt oder indirekt dessen politisches Verhalten beeinflussen, formen.

In jeder Gesellschaft sind die Maße, der Wirkungszirkel und der Umfang der politischen Sozialisationsagenturen unterschiedlich. Da die politischen Sozialisationsagenturen für die Gastarbeiter aus der Türkei im dritten Kapitel behandelt werden, diskutieren wir hier die theoretischen Grundsätze.

In der Literatur begegnet man häufig der Klassifizierung der Agenturen in primäre und sekundäre.[22 und 23] Dawson und Prewitt bezeichnen die Agenturen, die auf persönlichen Verhältnissen basieren und keine bestimmte Struktur aufweisen - wie Familie, Freunde und Arbeitskollegen - als primäre Agenturen. Die Agenturen, die meist direkte politische Sozialisation betreiben und unpersönlich formell sind - wie politische Parteien, Gewerkschaften, Schule - sind sekundär. Nach Dawson und Prewitt führt die Tatsache, daß ein beträchtlicher Teil der politischen Informationen aus primären Verhältnissen stammt, dazu, daß

a) diese Agenturen den Menschen nicht regelrecht auf die politischen Erfordernisse der Umgebung vorbereiten können, da die politische Natur des Verhältnisses nicht die dominierende Rolle spielt und
b) das politische Lernen durch solche Agenturen ohne System, unbewußt, dezentralisiert, unorganisiert und inkonsequent erfolgt.

Diese Tatsachen hindern oder erschweren das Zustandekommen einer homogenen politischen Kultur. Besonders wenn solche Agenturen in einer Gesellschaft eine überwiegend konservative Haltung zeigen, wird es sehr schwer, die politische Kultur gründlich zu ändern. Im Vergleich dazu sind die sekundären Agenturen flexibler und steuerbar. Sie können den politischen Änderungen der Gesellschaft relativ leicht folgen.[24)]

1. Familie

Als ein primärer Agent behält die Familie ihre wichtige Rolle im Sozialisationsprozeß seit ihrer Existenz. "Der erste große Schritt des Individuums in den Sozialisationsprozeß erfolgt in der Familie".[25)], sei es nun eine Groß- oder Kernfamilie. Dawson und Prewitt bemerken, daß die Familie als politischer Sozialisations-

agent in den Gesellschaften, die keine sekundären Agenturen haben, beinahe ein Monopol über politische Sozialisation besaß.[26] Mit der modernen Gesellschaft bekam die Familie Konkurrenten - wie z.B. die Schule - und auch ihre Struktur hat sich verändert: besonders in der Industriegesellschaft verringerte sich die Zahl der Familienmitglieder und somit auch ihr Einfluß. Heute ist nur noch von der Kernfamilie die Rede, die sich aus Vater, Mutter und Kindern zusammensetzt.

Trotzdem übt die Familie als Institution auf ihre Mitglieder im politischen und sozialen Bereich einen nicht minder großen Einfluß aus, obwohl sie "durch den Industrialisierungsprozeß in vielfältige Verflechtungen und Abhängigkeiten in eine kommerzialisierte und arbeitsteilige Großgesellschaft geraten ist".[27] Aber sie vermittelt an ihre Mitglieder weiterhin auf latente oder manifeste Weise politische Werte und Orientierungen, obwohl "das politische Lernen in der Familie begrenzt und bruchstückartig"[28] ist, weil die politische Sozialisation nicht die eigentliche Aufgabe der Familie darstellt. Das führt dazu, daß die politische Sozialisation, betrieben durch die Familie, ohne Plan und System, unbewußt und inkonsequent durchgeführt wird.

Die natürliche, auf vitalen Bedürfnissen der Menschen aufbauende Struktur der Familie bewirkt somit, "daß ihre Interaktionen am wenigsten von außen organisiert und gesteuert werden und nicht von einem bestimmten Zweck her nur rationell auf ein bestimmtes Ziel gerichtet sind".[29] Außerdem machen die sozialen und ökonomischen Unterschiede der Familien eine homogene politische Kultur unmöglich. "Soziale Schichtung, verstanden als das System der Ungleichheit im Hinblick auf den Besitz von Macht, Geld, Bildung und Prestige, bewirkt erhebliche Unterschiede in der familiären Sozialisation".[30]

2. Gruppen von Gleichaltrigen (Peer Groups)

Spielgruppen, Freundeskreise, kleine Arbeitsgruppen, Geschwister usw. sind häufigste Beispiele für Altersgruppen, die wir in jeder Gesellschaft sehen und antreffen können. In den hochindustrialisierten Gesellschaften gewannen sie als politische Sozialisationsagenturen mehr und mehr Einfluß. Wie Eisenstadt es ausdrückt, sind die Gruppen von Gleichaltrigen eine notwendige Alternative zur Familie für die Sozialisation in modernen Komplexgesellschaften geworden, weil die Familie sich der Aufgabe, ihre Nachkommen erfolgreich auf die komplexe und unpersönliche Struktur der

modernen Gesellschaft vorzubereiten, nicht gewachsen zeigte.[31)]

Obwohl die Peer Groups - wie die Familie - der primären Gruppe angehören, tragen sie nicht die für die Familie typischen konservativen Züge: "Ihr bedeutsamer Einfluß kann das Gegenteil des konservativen Einflusses der Familie sein. Sie können das Wechseln in den politischen Orientierungen erleichtern, statt es zu erschweren".[32)]

Gruppen von Gleichaltrigen sind besonders im Erwachsenenalter wirkungsvoll und vermitteln ihre Informationen durch interpersonelle Transaktionen. Obwohl sie nicht direkt von außen kontrollierbar sind, kann man sie nicht als isoliert von den anderen Sozialisationsagenturen betrachten, da sie durch ihre Mitglieder ständig Kontakt mit ihnen haben.

Der hauptsächliche Grund für das Zustandekommen dieser Gruppen ist nicht die Politik, aber es wird mehr oder weniger über Politik gesprochen, diskutiert, und das geschieht form- und zwanglos.

3. Schule

Die Schule ist als direkter und indirekter politischer Sozialisationsvermittler einer der wichtigsten Agenten. Fast in jedem Land der Erde ist der Schulbesuch Pflicht; in den entwickelten Industriegesellschaften müssen fast alle Kinder die Schulbank drücken.

Unter einem einheitlichen Lehrplan und einer zentralgelenkten Verwaltung zeigt sich das Schulwesen in jeder Gesellschaft als sekundärer politischer Sozialisationsagent mit besonders großem Einflußbereich. Ein großer Teil einer Nation im bestimmten Alter steht mindestes ein paar Jahre im Bereich der politischen Sozialisation. Anders als die familiäre und peer group-politische Sozialisation vermittelt die Schule solche politischen Informationen, die vorprogrammiert und einheitlich für das ganze Schulsystem sind. Ihre zentrale Organisation ermöglicht der Schule eine wesentlich leichtere und raschere Anpassung an die neue politische Linie, wenn eine Änderung an der politischen Macht erfolgt.

W. Gottschalch betont, daß die Erziehung (in der Schule) in der Regel konservativ ist. "Wenn sie dennoch eine

emanzipatorische Wirkung haben kann, dann aus dem Grunde, daß sie in einer sich stets verändernden antagonistischen Gesellschaft stattfindet".[33)]

4. Soziale Gruppen

Die sozialen Gruppierungen in jeder Gesellschaft wie soziale Klassen, Schichten, Stammes- und Rassenzugehörigkeit, Religionsgemeinschaften usw. vermitteln ihren Angehörigen politische Werte und Normen. Auf den Unterschied zwischen sozialen Gruppierungen und sekundären politischen Sozialisationsagenturen weisen Dawson und Prewitt hin[34)]: Soziale Gruppierungen können von den sekundären politischen Organisationen vertreten werden, wie Parteien, Kirchen usw., die als offizielle Sprecher solcher Gruppen auftreten, aber die politische Sozialisation durch diese Organisationen und die politische Sozialisation in den sozialen Gruppen stellen unterschiedliche Phänomene dar.

Die Minderheiten in jeder Gesellschaft, wie es Gottschalch[35)] bemerkt, zählen zu solchen sozialen Gruppen. Die Gastarbeiter als eine soziale Gruppe, wiederum bestehend aus kleineren sozialen Gruppierungen, werden im dritten Kapitel behandelt.

5. Sekundäre Gruppen

Es existieren viele Institutionen, Organisationen und Gruppierungen in jeder Gesellschaft mit den Eigenschaften der sekundären politischen Sozialisationsagenturen. Dawson und Prewitt kategorisieren diese Gruppen in drei Typen:[36)]

1. Rein politische Organisationen wie Parteien, politische Vereine, Studentenorganisationen usw. Solche sekundären Gruppen propagieren politische Werte, mobilisieren politische Aktionen, werben um Mitglieder.
2. Organisationen, die aus nicht-politischen Beweggründen entstanden sind, deren Aktivitäten aber zum Teil die politische Erziehung bilden: Gewerkschaften, religiöse Institutionen usw.
3. Nicht-politische Organisationen, die keine vorprogrammierten politischen Aktivitäten zeigen, aber trotzdem Werte und Normen mit politischem Inhalt an ihre Mitglieder vermitteln: Fußballvereine, Clubs, etc.

Diese Organisationen beeinflussen ihre Mitglieder auf manifeste oder latente Weise, vermitteln politische Werte und Normen, empfehlen und verlangen bestimmte Haltungen und bestimmtes Verhalten, und grundsätzlich kommen sie für die politische Sozialisation der Erwachsenen in Frage.

6. Politische Aktivitäten und Experimente

Besonders für die Erwachsenen bilden die politischen Aktivitäten und Experimente wichtige Quellen für das politische Lernen. Lediglich von dem Wahlrecht Gebrauch zu machen, erfordert mehr oder weniger eine politische Entscheidung des Individuums. Beteiligung an einer Massendemonstration oder an einem Streik bedeutet fast immer für das Individuum ein latentes oder manifestes politisches Lernen, zumindest während der Aktion.

Die Bedeutung dieser Art politischer Sozialisation für die Erwachsenen wird von Dawson und Prewitt unterstrichen. "Die in der Praxis erworbenen Kenntnisse (im Erwachsenenalter) dienen dazu, die im Kindes- und Jugendalter gelernten politischen Informationen zu korrigieren und zu komplettieren".[37)]

7. Massenmedien

Die Rolle der Massenmedien als wichtigste Informationsvermittler unserer Zeit ist unumstritten. Zeitungen, Zeitschriften, Bücher, Flugblätter, Radios und Fernsehen übermitteln in vielen Formen und fast ununterbrochen Informationen, die mit oder ohne politischen Inhalt das politische Verhalten des Individuums beeinflussen. Denn, wie es Franz Ronneberger ausdrückt, "ein ganz besonderes Verhältnis hat das Massenkommunikationssystem vom Beginn seiner Existenz an zum politischen System, denn es waren vornehmlich politische Interessen, Wünsche und Erwartungen, die sich in der Aufklärungsepoche und in der bürgerlichen Gesellschaft an die Wirksamkeit der Presse knüpften".[38)]

Mit dem Hinweis, daß die Rolle der Massenmedien am Beispiel der Gastarbeiter im dritten Kapitel untersucht und diskutiert wird, geben wir unten die vier relevanten Feststellungen über Massenmedien als politische Sozialisationsagenten weiter:[39)]

1. Die von den Massenmedien übermittelten politischen Informationen stammen überwiegend von den anderen politischen Sozialisationsagenturen;

2. die von den Massenmedien getragenen Informationen fließen durch einen "two-step-flow";[40)]
3. die Massenmedien tendieren eher zu einer Festigung der bestehenden politischen Orientierungen als zur Schaffung neuer;
4. die Informationen von Massenmedien werden von den Menschen entsprechend ihrem sozialen Milieu empfangen und interpretiert.

IV. Unterbrechung (Discontinuity) des politischen Sozialisationsprozesses

Wenn die politischen Sozialisationsagenturen und Experimente nicht imstande sind, die Erfordernisse der Zukunft zu observieren und das Individuum entsprechend vorzubereiten, oder aber wenn in der Gesellschaft gründliche politische Änderungen entstehen, tritt die Unterbrechung des politischen Sozialisationsprozesses auf.

Eine Unterbrechung wird entweder durch eine Änderung der politischen Struktur der Gesellschaft oder durch Gründe, die bei dem Individuum liegen, hervorgerufen. Dawson und Prewitt deuten auf zwei verschiedene Formen der Unterbrechung hin, die sowohl auf eine Änderung der politischen Struktur der Gesellschaft als auch auf bei der Person liegende Gründe zurückzuführen sind:

a) die politischen Werte und Orientierungen des Individuums stimmen nicht mit der politischen Welt überein; die Übereinstimmung der politischen Welt und des Individuums ist nicht mehr gewährleistet;

b) die Informationen, die das Individuum von verschiedenen politischen Sozialisationsagenturen bezieht, stehen nicht im Einklang miteinander; sie weisen grundsätzliche Unterschiede und Gegensätzlichkeiten auf.

Im Grunde genommen läuft der politische Sozialisationsprozeß ununterbrochen ab, wenn er die in der politischen Umgebung gültigen Werte, Normen und Verhaltensweisen vermittelt. Wenn aber diese Werte, Normen und Verhaltensweisen nicht den politischen Erfordernissen entsprechen, tritt eine Unterbrechung ein.

Die Unterteilung der Unterbrechungsgründe in 1) gesellschaftliche und 2) individuelle ist keine strikte Begrenzung, vielmehr dient sie als leichte Übersicht.

1. Unterbrechungsgründe, resultierend aus dem politischen System in der Gesellschaft

1.1 Änderung der gesamten politischen Struktur der Gesellschaft

Revolutionen und Machtwechsel des Regierungsapparates bringen fast immer eine Unterbrechung des politischen Sozialisationsprozesses mit sich.[41] In solchen Fällen

kann die politische Kultur dem raschen Wechsel der politischen Struktur nicht folgen; die neue politische Struktur der Gesellschaft braucht Zeit, um ihre eigene Kultur zu entwickeln. Inwieweit und wie schnell die "Übereinstimmung" erzielt wird, hängt von dem Ausmaß der Änderungen und natürlich von den Gegebenheiten der Gesellschaft ab. Bei den grundlegenden Änderungen, z.B. nach einer Revolution, nimmt die Übereinstimmung ziemlich viel Zeit in Anspruch. Sie kann Generationen dauern. Auch ein Machtwechsel, der im ökonomischen, kulturellen und sozialen Leben der Gesellschaft grundsätzliche Änderungen hervorruft, verursacht eine Unterbrechung des politischen Sozialisationsprozesses.

1.2 Änderungen in den politischen Institutionen

Politische Sozialisationsagenturen vermitteln Informationen, die auf eine existierende und eine bestimmte Form aufweisende politische Institution bezogen sind, an die Menschen. Diese Institutionen jedoch verändern ihre Struktur mit der Zeit mehr oder weniger. Technologische Entwicklungen, internationale und völkerrechtliche Entwicklungen, Kriege, Invasionen, Wirtschaftskrisen usw. beeinflussen die Struktur der einzelnen politischen Institutionen

in einer bestimmten Gesellschaft. Und so kommt es zu einer Unterbrechung, wenn die von den Sozialisationsagenturen althergebrachten Informationen der neuen Struktur der politischen Institution nicht mehr entsprechen.

1.3 Vermehrung der politischen Sozialisationsagenturen

Mit der Anzahl der politischen Sozialisationsagenturen wachsen auch die Unterbrechungen, unabhängig davon, ob diese Agenturen für oder gegen den Status-quo sind. Von diesen Agenturen ist dann zu erwarten, daß unterschiedliche Agenturen den Menschen unterschiedliche politische Direktionen weisen. "Von diesen Agenturen kann nicht erwartet werden, daß sie immer identische politische Informationen und Werte bringen und übermitteln".[42)]

1.4 Kulturelle Heterogenität und spezialisierte politische Institutionen[43)]

Die Komplexität der entwickelten Industriegesellschaften schuf auch auf dem Gebiet Kultur Verschiedenartigkeiten; außer den Klassen formierten sich Schichten, Gruppen usw. Demzufolge traten viele neue politische Institutionen mit speziellen Aufgaben und Gebieten hervor.

Während in den simplen Gesellschaften z.B. eine direkte und übereinstimmende Relation zwischen der Familie als autoritärem System und der politischen Institution deutlich festgestellt werden kann[44], ist diese Beziehung zwischen der Familie und der heutigen Industriegesellschaft nicht mehr vorhanden: das politische Leben in den komplizierten Gesellschaften weicht in wesentlichen Zügen sehr von der Familie ab.[45 und 46] So wurde die Rolle der Familie als politische Sozialisationsagentur immer kleiner und die Lücke von neuen,und mehr und mehr spezialisierten politischen Institutionen gefüllt:

"Spezielle Bildungsinstitutionen, Berufs- und Bürgervereine, ethnische und religiöse Organisationen, Massenmedien und öffentliche Institutionen leisten eine Sozialisationsaufgabe neben der Familie".[47] Diese komplexe Lage führt häufig zu Unstimmigkeiten zwischen den spezialisierten politischen Institutionen, was wiederum Unterbrechungen hervorruft.

2. Die vom Individuum abhängigen Gründe der Unterbrechung des politischen Sozialisationsprozesses

Die Gründe der Unterbrechung, die in diesem Abschnitt diskutiert werden, sind ursprünglich systembedingt. Nur durch diese technische Klassifizierung wird es leichter, die Theorie mit dem zu untersuchenden Objekt, nämlich dem Gastarbeiter, in Zusammenhang zu bringen.

2.1 Sozio-ökonomische und geographische Mobilität

2.1.1 Sozio-ökonomische Mobilität

Soziale Mobilität der Menschen zwischen den Klassen[48], Schichten, Gruppen usw. der Gesellschaft erfordert immer neue Einstellungen, Haltungen, Verhaltensweisen in der von ihnen neu eingenommenden Struktur[49]. So ist für den kleinsten sozialen Auf- oder Abstieg eine neue Einstellung gegenüber der politischen Welt notwendig und die Unterbrechung hält bis zum Zeitpunkt der Anpassung an.

2.1.2 Geographische Mobilität

Mit der kapitalistischen Produktionsweise begann die Wanderung der Menschen vom Lande in die Industriezentren, in die Städte. Seitdem gewann die geographische Mobilität der Menschen parallel zu der Entwicklung der

Transportmittel an Bedeutung. Aus der Sicht der politischen Sozialisation gesehen, bedeutet die geographische Mobilität der Menschen, daß Individuen die gewohnte Umgebung mit den vertrauten politischen Institutionen, von denen sie politische Werte, Normen, Orientierungen bezogen und dementsprechende Verhaltensweisen entwickelt haben, verlassen und in einem neuen Ort, einer neuen Umgebung mit unterschiedlichen Erfordernissen einer neuen Welt begegnen.

Somit ist die Unterbrechung der politischen Sozialisation fast immer eine unmittelbare Folgeerscheinung der geographischen Mobilität, besonders wenn sich die Migration über die Landesgrenzen hinaus erstreckt. Da das Untersuchungsobjekt dieser Arbeit - nämlich die Gastarbeiter aus der Türkei - besonders von diesem Phänomen betroffen ist, wird diese Form der Unterbrechung im dritten Kapitel intensiv behandelt.

2.2 Zeitlicher Unterschied zwischen dem politischen Lernen und der politischen Leistung

Obwohl der Mensch im Schulalter Informationen über politische Institutionen und über das politische Leben bekommt, wird von ihm später eine politische "Performance" verlangt oder er ist erst später in der Lage, politische Leistungen zu vollbringen wie

Wählen, Steuerentrichtung usw. Die politischen Institutionen bleiben aber inzwischen nicht stabil und konstant. Je rascher und gründlicher diese Änderung in den politischen Institutionen ist, desto länger währt die Unterbrechung.[50)]

V. Ökonomische Basis, politische Struktur und politische Sozialisation

Die Untersuchung der politischen Sozialisation beschäftigt sich mit der Frage, wie ein politisches System, eine politische Struktur eines Kollektivs von dessen Angehörigen wahrgenommen wird: in welcher Art und Weise, durch wen und welche Agenturen, in welcher Zeitspanne; durch welche Gründe und Ereignisse der Prozeß der politischen Sozialisation verlangsamt, unterbrochen oder beschleunigt wird. Neben diesen Fragen wurde im ersten Abschnitt der Begriff politische Sozialisation, der Prozeß der politischen Sozialisation, politische Sozialisationsagenturen und ihre Funktionen, die Art und Weise des politischen Lernens beschrieben. Nun aber sind die Informationen, Normen, Wertvorstellungen und Verhaltensweisen, mit denen man während des politischen Sozialisationsprozesses ständig konfrontiert wird, die Erzeugnisse einer bestimmten Gesellschaftsformation. Das heißt, wenn wir von der politischen Sozialisation in einer Gesellschaft reden wollen, müssen wir unerläßlicherweise das politische System dieser Gesellschaft und seine ökonomische Basis untersuchen. Ohne die Analyse des politischen Systems und der Struktur der Gesellschaft als Grundlage wäre es nicht möglich, die politischen Verhaltensweisen des einzelnen Individuums, der Gruppierungen und der Klassen der Gesellschaft im Rahmen der politischen

Sozialisation zu untersuchen. Nehmen wir ein Beispiel: ein Kind bekommt seine ersten politischen Informationen, Wertvorstellungen und Verhaltensmuster direkt von seiner Familie, die wiederum entsprechend ihrer ökonomischen Lage einen Platz in einer sozialen Schicht hat, das heißt: sie trägt die ökonomischen, politischen und sozialen Züge dieser Schicht. Die politischen Werte und Normen, die das Kind von seiner Familie direkt übermittelt bekommt, sind somit weitgehend identisch mit denen der Schicht, der die Familie angehört. Es ist also nicht zu erwarten, daß ein Unterschichtkind die politischen Verhaltensweisen der Oberschicht direkt von seiner Familie lernt. Das geschieht, wenn überhaupt, erst in den späteren Stufen des politischen Sozialisationsprozesses, und zwar durch Imitation und durch die Hilfen anderer Sozialisationsagenturen.

Wenn in einer Gesellschaft die Schichtentrennung klare Züge aufweist, was in der heutigen Welt sehr oft der Fall ist, können wir dem Beispiel folgend sagen, daß die Kinder unterschiedlicher sozialer Schichten normalerweise nicht in gleichen Peer Groups zusammenkommen, sondern die Kinder der gleichen sozialen Schicht bilden Peer Groups unter sich. Das bedeutet, daß unser Beispielkind aus der Unterschicht auch von seinen Peer Groups dieselben politischen Werte und Normen zu sehen

und zu hören bekommt wie sie ihm von seiner Familie übermittelt werden. Dadurch wird für das Kind die schichtenspezifische politische Sozialisation noch verstärkt.

Die unausgesprochene oder klare Weisung der Familien an ihre Kinder, mit den gleichen Schichtgefährten zu spielen - besonders das Spielverbot für Oberschichtkinder mit Unterschichtkindern - bewirkt so, daß die im System vorhandene Schichtentrennung noch im Kindesalter von den Kindern internalisiert und als Status-quo akzeptiert wird. In den späteren Jahren geht es ähnlich weiter: ein Unterschichtkind hat lediglich die Möglichkeit, sich nur bis zu einer bestimmten Stufe auszubilden, beteiligt sich nur an solchen sozialen Aktivitäten, die keine ökonomische Belastung mit sich bringen; der Jugendliche geht relativ früh einer Arbeit nach. Seine politische Tätigkeit bringt Probleme mit sich: in einer politischen Organisation mit Anti-Status-quo Zielen tätig zu werden, bedeutet für ihn meistens Restriktionen, Arbeitsplatzverlust und ähnliches, da das System von sich aus nur Status-quo politische Sozialisation betreibt und die Anti-Status-quo politische Sozialisation erschwert und

sogar verbietet; deshalb müssen die gegen Status-quo politische Sozialisation treibenden Personen und Organisationen außer der politischen Arbeit zusätzliche Schwierigkeiten dieser Art ins Auge fassen.

Auswandern und in der Folge Entfremdung von den politischen Gegebenheiten seines Landes erdulden zu müssen, trifft fast ausschließlich auf Unterschichtkinder zu. Diese und ähnliche Momente schaffen eine spezifische politische Sozialisation der Unterschicht, die sich in klaren Linien von den anderen Schichten unterscheidet.

Diese Tatsachen machen es bei einer Arbeit über politische Sozialisation erforderlich, die Gesellschaft, der die zu untersuchende Gruppe angehört, nach ihren kulturellen, sozialen, ökonomischen und politischen Systemen und deren Entwicklungen zu untersuchen. Erst dann können wir über die Beziehung der zu untersuchenden Gruppe, in dieser Arbeit Gastarbeiter aus der Türkei, zu deren Gesellschaft und zu deren politischem System sprechen und Fragen zu der politischen Sozialisation dieser Gruppe stellen. Wichtig ist auch, diese Gruppe zu charakterisieren und ihren Platz in der Herkunftsgesellschaft zu be-

schreiben. Ohne dies können wir weder Hypothesen noch Schlußfolgerungen erstellen.

Aus diesen Gründen wird in den folgenden Abschnitten erst das System,aus dem die türkischen Gastarbeiter stammen, in einer historisch-ökonomischen Perspektive umrissen; dann wird versucht, den Platz des Untersuchungsobjektes in diesem System festzustellen. Dabei werden der Ursprung der türkischen Arbeiteremigration, die Umgebung, aus der die Arbeiter stammen, ihre ökonomischen, sozialen, kulturellen und politischen Charakteristika geschildert. Wegen der sehr wichtigen Rolle der ökonomischen Basis bei der Analyse des politischen Systems werden wir uns besonders mit den ökonomischen Fakten auseinandersetzen.

Abschließend ist zu bemerken, daß zwar die ökonomische Basis und der gesellschaftliche Überbau die politische Sozialisation zusammen bestimmen und formen, aber dabei ist zu berücksichtigen, daß die politische Sozialisation selbst sowohl auf die Basis als auch auf den Überbau zurückwirkt. Dieses Echo, das die politische Sozialisation in der Basis und im Überbau hervorruft, kann sowohl den Status-quo bewahren als auch ihn ändern.

ZWEITES KAPITEL: DIE SOZIO-ÖKONOMISCHE UND HISTORISCH-POLITISCHE ENTWICKLUNG DER TÜRKEI

Die Gründe, die nach den sechziger Jahren zu einer massenhaften Auswanderung der türkischen Arbeitskräfte führten, haben sich in einer langen Periode seit der Gründung der türkischen Republik im Jahre 1923 entwickelt; sie sind sozio-ökonomischer und politischer Natur. Um diese Entwicklung aus der Sicht der politischen Sozialisation der Auswanderer und Auswanderung selbst zu bewerten, werden in diesem Kapitel die historisch-politische und sozio-ökonomische Entwicklung der Türkei seit der Gründung des Staates kurz erläutert. Dabei muß berücksichtigt werden, daß es hier nicht um eine allgemeine Analyse der Türkei geht, sondern darum, das Objekt dieser Arbeit, nämlich die Auswanderer aus der Türkei, zu beschreiben. Deswegen werden wir in diesem Kapitel eine sehr kurze "Ereignisgeschichte" mit Berücksichtigung einiger besonderer Erscheinungen darlegen und schließlich eine ökonomische

Analyse hinzufügen. In der Schlußzusammenfassung werden noch einmal die eigenartigen strukturellen Bedingungen im Hinblick auf das Thema der Arbeit dargestellt.

I. Gründung des neuen Staates - Einparteienherrschaft: 1923 - 1950

Am 23. Oktober 1923, nachdem der nationale Befreiungskrieg des türkischen Volkes gegen den Imperialismus gewonnen worden war, wurde durch das Parlament die neue türkische Regierung ausgerufen. Von den 381 Parlamentsmitgliedern waren 61 Hocdchas (Geistliche), 83 Großgrundbesitzer und Handelsherren, 8 Scheichs, 5 Agas und 5 Stammesführer.[1)] Soldaten und Beamte bildeten den Rest. Diese Führung, in einer Partei vereinigt, sollte nun wirtschaftliche Unabhängigkeit von dem Imperialismus erreichen. Das Wirtschaftsleben des Osmanischen Reiches war vorwiegend in den Händen der Minoritäten: die Ausländer beherrschten die Industrie, die Banken und den Handel. Diese aber mußten entweder während des Krieges oder danach das Land verlassen. Unter diesen Umständen wurde eine neue

Wirtschaftspolitik des Staates erstellt: Der Staat übernahm die Aufgabe, Kapital zu schaffen und es für die nationalen Unternehmer bereitzustellen. In die Gebiete, für die die Unternehmer kein Interesse zeigten, sollte der Staat selbst als Unternehmer investieren. Das nannte man "Etatismus" und erwartete von diesem System, aus der naiven türkischen Bourgeoisie nationale, moderne Unternehmer, eine kapitalistische Klasse zu schaffen und dadurch die Industrialisierung des Landes zu verwirklichen. Diese liberal-kapitalistische Ökonomiepolitik dauerte bis 1931 und erfüllte kaum die Erwartungen. Privatunternehmer, die vom Staat ständigen Schutz und ständige Hilfe erhielten, bevorzugten statt Fabriken, Ateliers usw., Banken, Handelsgesellschaften und spekulative Investitionen. Nach der Industriezählung von 1938 wurden bis 1938 von den Privatunternehmern nur 1098 Industrieunternehmen geschaffen, "davon 198 vor 1923 und der Rest - 90% - aus manufakturähnlichen, nicht als Fabrik zu bezeichnenden Gebilden".[2)]

Als die Weltwirtschaftskrise auch das türkische Wirtschaftsleben beeinflußte, wurden staatsinterventionistische Maßnahmen ergriffen. Auf dem Weltmarkt hatten türkische Agrarprodukte keine Abnehmer mehr; die Außenhandelsbilanz wies ein ständiges Defizit auf. Devisenmangel

erschwerte den Import der Industrieprodukte. Man beschloß, die eigene Industrialisierung direkt durch Staatsinvestitionen voranzutreiben. Der erste Entwicklungsplan wurde zwischen 1933 - 1937 erfolgreich durchgeführt. Wie Professor Yaşa berichtet, wurden statt den in dem Plan vorgesehenen 44 Mio. Lira sogar in 5 Planjahren 100 Mio. ausgegeben. Der zweite Fünfjahresplan, der mit einem Budget von 112 Mio. umfangreicher war als der erste, konnte wegen des Zweiten Weltkrieges nicht voll durchgeführt werden. Die staatsinterventionistischen Maßnahmen wurden bis 1945 beibehalten. Während dieser Etatismus-Periode war der Staat stets ein Helfer des Privatunternehmertums. "Alle Gesetze, die in diesen strengen Etatismus-Jahren verabschiedet wurden, enthielten unternehmerfreundliche und fördernde Paragraphen".[3] Der Staat investierte und intervenierte nur dort, wo es entweder die ihm als Staat zustehenden Aufgaben erforderten, oder aber wo das Unternehmertum sich wegen rangelnder Gewinnaussichten fernhielt. Erfolgversprechende, gewinnträchtigste Investitionen wurden Privatunternehmen überlassen. Und "weil bei der Durchführung dieses Etatismus die Klassen der Gesellschaft außer acht gelassen wurden, weil man so tat, als ob eine klassenlose Gesellschaft existiere, kamen alle Maßnahmen bei den Sektoren Agrarwirtschaft, Industrie und Handel vorwiegend der kapitalistischen Klasse

zugute".[4] Zum Beispiel folgten Staatsunternehmen der Hochpreispolitik für ihre Produkte und zwar aus zwei Gründen:

Erstens waren die Produktionskosten bei diesen Unternehmen wegen Bürokratie, Beschäftigungspolitik (möglichst viel Arbeitsplatz) ziemlich hoch; zweitens wurde der Verkaufspreis künstlich hoch gehalten, um neues Investitionskapital zu schaffen.[5]

Da aber die Nachfrage immer größer als das Angebot war, weil die Importwaren ausblieben, investierten Privatunternehmer auf den gleichen Gebieten. Sie durften ihre Preise so hoch setzen wie die Staatswarenpreise, obwohl sie billiger produzierten. Diese Tatsache führte zu einer ständig wachsenden, intensiven privaten Investition besonders in der Textilindustrie, und das wird als Grund für die starke Expansion dieser Branche angesehen.

Außerdem überließ der Staat den Vertrieb und Verkauf der Waren der Staatsfabriken den Privatunternehmern mit hohen Gewinnspannen; Staatsaufträge waren eines der Mittel, durch die man Privatpersonen mit öffentlichen Mitteln zu Kapitalisten machte.

Die agrarwirtschaftliche Lage blieb auch nicht von den negativen Auswirkungen der Weltwirtschaftskrise verschont. Die Großgrundbesitzer, die durch Bankkredite, Importvergünstigungen für Agrarmaschinen, Staatssubventionen für Treibstoff gefördert wurden, konnten die Krise ohne sichtbare Schäden überwinden. Weil der Export schwieriger wurde, fielen die Preise für Agrarprodukte bis zu 50% der normalen Preise. Die Kleinbauern, die ohnehin keine Maschinen in ihren Betrieben einsetzen konnten, waren durch die Krise am Rande des Verhungerns.

In einer Periode von ungefähr 20 Jahren wurden 30 privilegierte ausländische Gesellschaften, die von dem Osmanischen Reich übrig geblieben waren, gegen Bezahlung verstaatlicht. Ungefähr 10 davon waren Eisenbahngesellschaften; städtische Telefon-, Elektrizitäts- und Wasserwerke bildeten den Rest. Diese Operation wurde sehr sanft durchgeführt.

Die Tatsache, daß die ausländischen Gesellschaften im Osmanischen Reich und in der jungen Türkei fast immer ihre Macht an Privilegien grenzenlos mißbrauchten, führte dazu, daß die Staatsfunktionäre sehr skeptisch dem Fremdkapital gegenüberstanden.

Aber trotz aller Bemühungen konnte das inländische Potential für eine genügende Kapitalsumme nicht mobilisiert werden, obwohl neben den gesetzlich den türkischen gleichgesetzten ausländischen Banken nationale Geldinstitute auf privater Basis gegründet wurden. Dieser Umstand gab den Fremdkapitalbefürwortern Anlaß zu verkünden, daß ohne ausländische Mittel keine Entwicklung und Industrialisierung möglich sei. Allerdings blieben sie noch eine Weile ohne Beachtung.

1. Der Zweite Weltkrieg und eine Privatindustrie ohne Arbeitskräftesorgen

Der Zweite Weltkrieg, ohne Beteiligung der Türkei, war entbrannt. Die Auswirkungen des Krieges machten sich trotzdem sofort in dem Lande bemerkbar. Der Import wurde erschwert, Importwarenpreise kletterten ständig. Einige Waren, die nicht mehr importiert werden konnten, wurden ersatzweise in der Türkei produziert.

Gleich nach dem Kriegsbeginn wurde ein Gesetz verabschiedet: Das Nationale Schützungsgesetz (Milli Korunma Kanunu), das die Prinzipien des Staatsinterventionismus beinhaltete und die Politik der

Kriegsökonomie des Landes feststellte. Das Gesetz räumte der Regierung außerordentliche Befugnisse in allen Bereichen der Wirtschaft ein: Jede Art von Investitionen sollte unter Regierungskontrolle gestellt werden. Welcher Betrieb was und wieviel produzieren muß, sollte die Regierung bestimmen; auf dem Agrarsektor sollte die Regierung vorschreiben, in welchen Regionen was angebaut wird. Privatfahrzeuge jeder Art konnten bei Bedarf beschlagnahmt werden; Fracht- und Personentransportpreise waren vorgeschrieben. Mit einer Änderung wurde es der Regierung ermöglicht, jederzeit ohne Angabe von Gründen und Konditionen die privaten Industrie- und Bergbauunternehmen zu beschlagnahmen. Wenn man das Gesetz liest - die Paragraphen über strenge Preiskontrollen, die Importverbote für die Privatunternehmen usw. - wäre anzunehmen, daß die Freiheit der privaten Unternehmer drastisch beschränkt wurde. Das Gesetz enthielt aber Artikel, "die trotz der schwierigen Lage, verursacht durch den Krieg, Vergünstigungen, Erleichterungen und Privilegien für den privaten Unternehmer brachten." [6] Hinzu kam noch, daß plötzlich im Juni 1942 die bis zu diesem Tag erfolgreich durchgeführte Preiskontrolle

aufgehoben wurde. Diese Maßnahme führte bis zu einer 2o-fachen Steigerung der Preise bei einigen Produkten gleich am nächsten Tag. Großhändler, die wegen der Preiskontrollen das Warenangebot künstlich reduzierten, wurden in einem Tag Millionäre. Inflation und steigende Goldpreise waren die Folgen. Die Regierung war nicht mehr Herr der Lage. Die Inflation und Kriegsreiche beherrschten das Land. Im November 1942 beklagte sich Staatspräsident Inönü bei seiner Eröffnungsansprache im Parlament:

"Der gaunerähnliche Großgrundbesitzer, der diese nebligen Zeiten als unverhoffte Gelegenheit völlig ausnutzt; der unersättliche Spekulant, der Großhändler, der versucht, uns die Luft als Ware zu verkaufen und einige Politiker, die unsere Schwierigkeiten für ihren politischen Ehrgeiz grenzenlos mißbrauchen und von denen wir nicht wissen, für welche ausländischen Mächte sie arbeiten, versuchen gemeinsam,das Leben einer ganzen Nation in die Luft zu jagen. Es muß doch einen Weg geben, das Vaterland vor den Schäden dieser 300 bis 500 Personen zählenden Bande zu schützen. Wir können niemandem das Recht zuerkennen, die Nation auszurauben".[7)]

Solche Versuche, die Mißlage auf die Unmoral der Unternehmer und Politiker zurückzuführen anstatt auf die ökonomischen Gesetze und die Klassenanalyse bleiben erfolglos: In den Kriegsjahren verarmten Volksmassen; Unternehmer stapelten ihre Kriegsgewinne. Die Regierung, die gegen die Unternehmer über keine Mittel verfügte, zögerte nicht, gegen die Arbeiter vorzugehen. Das geltende Arbeitsrecht verbot die Gründung der Gewerkschaften und den Streik. So mußten Arbeiter ohne Kampfmittel unter den vorkapitalistischen Verhältnissen leiden. Die Löhne wurden einseitig von den Unternehmern festgestellt. Da die Löhne "seit 1920 auf dem freien Arbeitsmarkt durch jeweils herrschende Angebot-Nachfrage-Verhältnisse bestimmt wurden und die Arbeitskräftenachfrage immer knapp war, befanden sich die Löhne fast unter der Existenzgrenze. Der Staat vermied es bis 1950, obwohl das Arbeitsgesetz von 1936 es ermöglichte, Mindestlohnsätze festzusetzen".[8] Hinzu kamen noch restriktive Maßnahmen für die Arbeiter in den Kriegsjahren: Arbeitsfreie Wochentage wurden aufgehoben; es wurde ermöglicht, die Arbeiter, die dem Arbeitsplatz unentschuldigt fernblieben, durch die Gendarmerie mit Gewalt in den Betrieb zu bringen. Die "Abholkosten" wurden vom Lohn abgezogen.

"Unter diesen Umständen hatte das private Unternehmertum keine Sorgen mit den Arbeitern".[9)]

Dann war der Krieg zu Ende. In der letzten Minute hatte die Türkei den Krieg gegen Deutschland erklärt und war - ohne einen Schuß abzufeuern - als Sieger aus dem Krieg hervorgegangen. Ein armer Sieger, der seit 1923 unter der Diktatur einer Partei lebte und unter schwerwiegenden wirtschaftlichen Schwierigkeiten litt. Man hatte zwar ein paar Mal versucht, oppositionelle Parteien zuzulassen. Diese "erlaubten Demokratie"-Perioden dauerten jedes Mal nur kurze Zeit; die Parteien wurden entweder verboten oder sie mußten sich selbst auflösen.

Die inneren und äußeren Umstände sahen nun nach dem Krieg etwas anders aus. Im Lande waren weder Arme noch Kriegsreiche mit der politischen und wirtschaftlichen Lage zufrieden. Die Armen sahen in dem Einparteiensystem den Grund ihrer Armut; die Reichen waren mit der Bürokratie und den Interventionen nicht einverstanden. Sie wollten eine liberale Wirtschaftspolitik, in der der Staat nur als Ordnungshüter Funktionen haben sollte.

Im Ausland war die Lage nicht besser. Obwohl die Türkei als Siegermacht in San Francisco die Charta der Vereinten Nationen unterschrieb, wurde sie von den anderen Unterzeichnern wegen ihres, von den westlichen Demokratien abweichenden politischen Systems nicht als vollwertiger Partner angesehen.

Das hätte man von der türkischen Seite außer acht lassen können, wenn die Sowjetunion nicht den seit 1925 gültigen Neutralitäts- und Nichtangriffs-Pakt mit der Türkei im Jahre 1945 gekündigt und keine Ansprüche auf den Bosporus und 2 nördliche Provinzen erhoben hätte. Deswegen brauchte die Türkei Hilfe. Nur die USA schien dafür geeignet zu sein: dieser reiche Staat, der ohne große Schäden aus dem Krieg als Sieger und Weltmacht hervorgegangen war. Mit großer Mühe hatte die türkische Regierung erreicht, Anfang 1946 die amerikanische Wirtschaftshilfe zu bekommen. Man hatte aber den Türken durch die Reden im amerikanischen Senat und Zeitungsartikel klargemacht, daß die amerikanische Hilfe davon abhängig sei, daß das diktaturähnliche Einparteiensystem des Landes demokratisiert werden müsse. Es klingt paradox, daß die USA ihre Präsenz in der Türkei von den demokratischen Verhältnissen abhängig machte. Diese amerikanische Art

der Demokratie, bei der die linken Parteien und auf der Klassenbasis operierende Arbeiterorganisationen unerlaubt bleiben sollten, sollte verhindern, daß nach einem Volksaufstand gegen die Diktatur in der Türkei ein neutrales oder sogar sozialistisches System zustandekommt. Das hätte die amerikanische Präsenz in der Türkei in Gefahr bringen können. Die USA brauchten das Land jedoch dringend. Wie dringend, das veranschaulicht Lippmann in der New York Times:

"Wir haben die Türkei und Griechenland nicht deswegen ausgewählt, weil sie dringend Hilfe brauchten oder weil sie ein Modell für die Demokratie bildeten. Wir haben diese Länder deswegen ausgewählt, weil sie strategisch wichtige Tore sind, die ins Herz der Sowjetunion und ins Schwarze Meer führen".[10] Diese Tore mußten auf jeden Fall offen bleiben.

Ende des Jahres 1945 gab ein Gesetzesentwurf der Regierung über die Bodenreform den Gegnern des Entwurfes den Anlaß, die einzige Partei zu verlassen und am 14. Mai 1946 eine zweite Partei zu gründen. Das war der Anfang der Mehrparteiendemokratie, allerdings waren nur bürgerliche Parteien erlaubt.

Die Großgrundbesitzer, empört über das Bodenreformvorhaben der Regierung, Großhändler, Provinzbourgeoisie und Industrielle, unzufrieden mit der Bürokratie, traten sofort in Scharen in die neue Partei ein. Die Volksmassen, seit Jahren unterdrückt und verarmt, jubelten der neuen Partei in der Hoffnung zu, daß sie ihnen mit ihrer liberalen Politik Hilfe bringen würde.

Eine Gesetzesänderung im Jahre 1946 brachte noch mehr Bewegung in das politische Leben des Landes. Das Verbot zur Gründung von Gewerkschaften wurde aufgehoben. Sofort begann eine intensive Selbst-Organisierung der Arbeiter. Zwei große Tageszeitungen änderten ihren bisherigen Kurs und fingen an, die Regierung sachlich, fast wissenschaftlich zu kritisieren - eine bis dahin unübliche Art. Linke Klassiker wurden übersetzt; linke Zeitschriften wurden herausgebracht. Zwei sozialdemokratische Parteien wurden gegründet. Die fortschrittlichen Kräfte des Landes waren in vollem Freiheitsrausch. Dann kamen im gleichen Jahr Gegenmaßnahmen. Die Gewerkschaften wurden wieder verboten, sozialdemokratische Parteien wurden aufgelöst und ihre Vorstandsmitglieder wegen angeblich kommunistischer Propaganda zu Haftstrafen verurteilt.

Eine der beiden Tageszeitungen, Tan (Morgendämmerung, wurde am 6.12.1946 "nach einem Komplott der Regierung gestürmt und ausgeplündert".[11] Nach ein paar Monaten wurden die Gewerkschaften zwar wieder erlaubt: dieses Mal war es nur verboten, das Wort "Gewerkschaft" zu verwenden. Man nannte sie "Verein". Diese Vereine hatten kein Streikrecht und durften sich nicht mit der Politik beschäftigen. Die Auffassung dieser Vereine über "Arbeitersachen" beschreibt Sülker wie folgt: "Die Rechte der Arbeiter können nur dadurch erreicht werden, daß man bei dem Parlament und der Regierung Vertrauen und Sympathie gewinnt".[12]

An den Parlamentswahlen im Jahre 1946 nahm auch die neue Demokratische Partei (DP)[13] teil. Obwohl sie mehr als 2/5 der abgegebenen Stimmen erhielt, konnte sie wegen des Wahlsystems nur 64 Sitze von 465 gewinnen. Den Rest behielt die CHP[14]. Bis 1950 versuchte sie vergeblich, ihre Macht zu festigen. Um die amerikanische Wirtschafts- und Militärhilfe zu bekommen, die von der Regierung als der einzige Ausweg aus der kranken Wirtschaftslage des Landes empfunden wurde, wurde alles mögliche getan. Jegliche Priviliegien für die Amerikaner wurden per Gesetz erlassen. Das "American Information Center" nahm

seine Arbeit auf. Über jedes Thema gab es in türkischer Sprache Broschüren, Bücher usw. heraus. Amerikanische Demokratie mit orientalischen Nuancen wurde gelehrt.

Inzwischen beganr die Marshall-Plan-Hilfe ab 1947 in die Türkei zu fließen.

Bis 1950 bemühte sich die CHP-Regierung, durch liberal-ökonomische Maßnahmen Herr der Lage zu werden. Sie fand aber mit ihrer seit 23 Jahren versteinerten bürokratischen Struktur keine Hörer mehr. Sie mußte gehen. Nach den Parlamentswahlen von 1950 gewann die neue DP die 336 Sitze im Parlament. CHP: 67, übrige: 8. Eine neue Ära begann.

II. Mehrparteiendemokratie ohne linke politische Organisation: 1950 - 1960

Während der 23-jährigen Einparteien-Herrschaft waren in der Türkei, im Grunde genommen, die Bürokraten und Etatisten an der Macht. Sie waren bis 1945 dem Fremdkapital gegenüber sehr skeptisch, der Fremdenhilfe, sei es auf militärischem oder wirtschaftlichem Gebiet. Sie beabsichtigten eine Entwicklung mit eigenen Mitteln. Der Staat investierte selbst: bedeutende staatliche Industrie- und Agrarbetriebe, Fabriken wurden erstellt. Gleichzeitig unterstützte er das Privatunternehmertum: er sah in ihm keinen Konkurrenten mehr, sondern Partner-Helfer. Nun hatten diese gezüchteten Partner nicht nur die Erwartungen nicht erfüllt, sondern auch die Macht erobert: die Bourgeoisie kam an die Macht. Gleich nach der Regierungsbildung verkündete Ministerpräsident Menderes das Ziel der neuen Machthaber: "In wenigen Jahren werden wir aus diesem schönen, aber armen Land ein kleines Amerika schaffen".

In kurzer Zeit wurden alle staatsinterventionistischen Maßnahmen und jegliche Hindernisse abgeschafft, um den Fremdkapitalzufluß ins Land zu erleichtern und anzukurbeln. Die US-amerikanische Präsenz wurde durch 52 bilaterale Verträge, die nicht durch parlamentarische Ratifizierungsverfahren, sondern durch geheime, un-

veröffentlichte Regierungsdekrete zustandekamen, auf den militärischen, wirtschaftlichen und kulturellen Gebieten gefestigt. 32 Mio. 1m Landesboden wurden als militärische Basis und als quasi US-amerikanisches Territorium der amerikanischen Armee überlassen: auch für den türkischen Oberbefehlshaber war der Zutritt nicht erlaubt. "Die Entschädigungssumme für die Enteignung des Bodens wurde von der türkischen Regierung bezahlt".[15)]

Nach dem Beginn des Koreakrieges beschloß die türkische Regierung, eine Brigade in den Krieg zu schicken. "Die Kritiker dieser Entscheidung wurden wegen kommunistischer Propaganda von den Militärgerichten zu Haftstrafen verurteilt".[16)]

Am 13. Februar 1952 trat die Türkei der NATO bei. Die ganze türkische Armee, außer der Gendarmerie-Gattung, wurde unter NATO-Befehl gestellt.[17)] Das Land sollte als Vorposten der NATO dienen.

Die Wirtschaftspolitik des Landes wurde von dem Fremdkapital und der Kompradorbourgeoisie des Landes bestimmt: Ein wirtschaftlich-militärisch vom Imperialismus abhängiges, unterentwickeltes, kapitalistisches Land.

Zwischen 1946 - 1950 vollzog sich in der Türkei eine Entwicklung der kapitalistischen Verhältnisse, was den Feudalismus fast von der Bildfläche verdrängte. Die Auslandskredite und Wirtschaftshilfen, der Fremdkapitalzufluß und die eigenen Mittel des Landes schafften eine Investitions-Kapital-Kapazität. Nur kam diese Kapazität nicht durch die innere Auseinandersetzung und die eigenen kapitalistischen Verhältnisse des Landes zustande: sie war ursprünglich "fremd"; überwiegend stammte sie aus ausländischen Krediten und Leihgeldern, ausländischer Hilfe, ausländischem Kapital. Die türkische Kapital-Bourgeoisie gab sich keine Mühe, selbst Kapital zu beschaffen. Es war einfach da. Das führte dazu, daß die türkische Kapital-Bourgeoisie von Finanzkapitalinteressen abhängig bleiben mußte und blieb. Andererseits war das internationale Finanzkapital nicht in der Türkei, um sich Konkurrenten zu schaffen. Deswegen waren Investitionen in die Industrien unbeliebt. Die türkische Kapital-Bourgeoisie wandte sich Agrar, Handel, Banken und Bodenspekulationen zu. Was als Industriebetriebe gegründet wurde, waren Montage-Fabriken jeder Art: Eine Industrie ohne Schornstein.

Im Jahre 1950 bildete die Agrarproduktion 50% des Netto-Sozial-Produktes, im Jahre 1960 waren es 44,4%.[18)]

Die Zahl der Industriebetriebe stieg zwar in diesen Jahren:

Prozentsatz der Industriebetriebe nach den Gründungsjahren

Jahre	%
vor 1923	2,4
1923 - 1939	16,2
1940 - 1945	18,4
1945 - 1960	59,7
unbekannt	3,2
	99,9

Quelle: Avcioglu; 1968, S. 335

aber der Teil der Produktionsindustrie in dem nationalen Einkommen (mit den 1948er Preisen) verringerte sich von 9,8% (1950) auf 9,1% (1960).

(Die Entwicklung der Agrarwirtschaft wird unten unter "Landflucht" behandelt).

So erfüllte die türkische Kapitalbourgeoisie ihre Aufgabe als kapitalistische Klasse trotz günstiger politischer Lage nicht: die Industrialisierung des Landes zu verwirklichen.

Das Problem, die wirtschaftliche Entwicklung des Landes, war Ende der Fünfziger Jahre ungelöster denn je. Weder auf dem Agrar- noch auf dem Industriesektor wurden Erfolge erzielt. Nach 1954 folgten mehrere Mißernte-Jahre nacheinander, was u.a. ein Ergebnis der ungünstigen Witterungsverhältnisse war; unter den Kleinbauern verbreitete sich Unzufriedenheit. Die Beamten, Arbeiter und Offiziere wurden hart von der Inflation betroffen: ihre Gehälter blieben immer hinter ständig steigenden Lebenshaltungskosten. Arbeiter waren zum Teil in den Gewerkschaften organisiert, hatten aber keine Kampfmittel, um mindestens ihre ökonomische Lage zu verbessern: streiken, sich mit der Politik zu beschäftigen, war verboten.

Die ausländischen Schulden mußten getilgt werden. Von Jahr zu Jahr erhöhten sich die jährlich zu zahlenden Raten und Zinsen. Die Außenhandelsbilanz wies immer ein Minus auf. Der Regierung blieb kein anderer Ausweg, als neue Schulden aufzunehmen, um die alten begleichen zu können. Die ausländischen Experten, vorwiegend US-Amerikaner, die man in allen Ministerien, in jeder Militäreinheit und in den kleinsten Provinzverwaltungen antraf, boten keine

Lösung an, obwohl sie eine große Belastung für den türkischen Haushalt bedeuteten.[x)]

CHP, die jetzige größte Oppositions- und ehemalige Regierungspartei, Intellektuelle, Universitäten und vor allem die Presse kritisierten rücksichtslos die Regierung und ihre Politik. Obwohl alles, was "links" oder "sozialistisch" war, streng verboten war, und das wiederum eine wissenschaftliche Auseinandersetzung auf den sozialen, ökonomischen Gebieten und in der Außen- und Innenpolitik der Regierung unmöglich machte, wurde in dieser Ära das Tabu gebrochen, daß die Regierungs- und Staatsfunktionäre unkritisierbar sind, was während der Einparteienregierung als unbestrittene Regel gegolten hatte.

"Jedoch in den Grenzen der bürgerlichen Ideologie und nur im Hinblick auf die Rechte und Freiheiten der herrschenden Klasse wurde in dieser Periode über die parlamentarischen und politischen Regeln der Mehrparteien-Demokratie, über die Rechte der Opposition, die Regierung zu kritisieren, zu kontrollieren und ihr zu widersprechen,

---

x) Diese ausländischen Experten wurden von der türkischen Regierung mit den US-amerikanischen Verhältnissen angepaßten Gehältern besoldet. Z.B.: "Nur das türkische nationale Erziehungsministerium bezahlte in drei Jahren (1965 - 1968) an den ausländischen Experten 26 Mio. Lira (mit damaligem Dollarkurs umgerechnet (1 $ = 2.80 Lira) ca. 9,30 Mio. $". (Yeni Gazete; 10.9.1968)

weit und breit diskutiert. In dieser Ära gewannen einige Begriffe wie "Schutz der Opposition vor der Regierung", "Rechtsstaat", "Unabhängigkeit der Richter" und "Planwirtschaft" Klarheit.[19)]

Diese "kritischen" Aktivitäten zogen Gegenmaßnahmen der Regierung nach sich: Journalisten, Oppositionspolitiker wurden verhaftet und verurteilt. In der öffentlichen Meinung waren aber die politisch Verurteilten und Gefangenen nicht mehr Verräter des Vaterlandes, wie es von der Regierung immer wieder vorgetäuscht und adjektiviert wurde, sondern tapfere Opfer des Unrechts.

Die Auseinandersetzungen zwischen der Regierung einerseits und der Opposition, den Universitäten, Intellektuellen und der Presse andererseits verschärften sich von Tag zu Tag. Die Regierung setzte härtere Maßnahmen ein, jegliche Kritik war unerwünscht. Die politische und ökonomische Krise hatte ihren Höhepunkt erreicht. Im Jahre 1960 war es soweit:

"Die herrschende Klasse des Landes war nicht mehr in der Lage, zu herrschen".[20)] In dieser Situation

gäbe es theoretisch zwei Möglichkeiten: entweder die Arbeiterklasse des Landes übernimmt die Macht, wenn sie organisiert ist und reif dafür, oder aber die Armee interveniert. Die türkische Arbeiterklasse war zu dieser Zeit weder politisch noch ideologisch in der Lage, Ansprüche auf die politische Macht zu erheben. Am 27. Mai 1960 kam die Armee an die Macht[x].

---

x) Weil die US-Amerikaner nicht mehr so großzügig mit ihren Krediten und Hilfen waren, wandte sich der Regierungschef Menderes an die UDSSR. Kurz vor dem Eingreifen des Militär plante er einen Besuch in die Sowjetunion. Als Grund der US-amerikanischen Bewilligung für den Putsch wird dieser Schritt der Regierung angenommen.

III. Intervention der Armee und danach

Gleich nach dem Eingreifen des Militärs wurden die fortschrittlichen Juristen des Landes zusammengerufen: sie sollten ein neues Grundgesetz verfassen. Politische Gefangene wurden freigelassen, währenddessen sämtliche Regierungsmitglieder, Abgeordnete, Gouverneure und wichtige Funktionäre der gestürzten Partei auf einer Insel vor den Kadi gestellt wurden.

Eine Gruppe von Putschisten, die darauf hinzielten, für immer an der Macht zu bleiben, wurde von ihren Kameraden in die Verbannung geschickt: als Botschaftsberater nach Schweden, Indien, zum Vatikan usw.

Die Offiziersgehälter wurden den zukünftigen wirtschaftlichen Verhältnissen des Landes angepaßt.

Am 1.3.1961 wurde ein auf der Welt einmaliges Gebilde per Gesetz und ohne Aufsehen der Öffentlichkeit gegründet: "Gesellschaft zur gegenseitigen Hilfe im Heer" (OYAK). Eine zivilrechtliche juristische Person unter der Aufsicht des Nationalen Verteidigungsministeriums, jedoch wirtschaftlich und verwaltungsrechtlich unabhängig von ihm. Das Gesetz verpflichtete jeden Offizier und Unteroffizier, von ihren monatlichen

Gehältern einen bestimmten Prozentsatz als Beteiligung an die Gesellschaft abzuliefern. Nach zehn Jahren ist die OYAK - mit türkischen und ausländischem Kapital liiert - in der Lage, fast 30.000 Arbeiter zu kontrollieren. Nach dem zweiten Fünfjahresplan wird das Netto-Haben der Gesellschaft von 1.031,9 Mrd. TL im Jahre 1971 auf 2.284,6 Mrd. TL im Jahre 1975 steigen, d.h. es wird sich mehr als verdoppeln.

Heute zählt die OYAK in der Türkei zu den ersten drei kapitalkräftigsten Gesellschaften. Wenn man prognostiziert, wird die OYAK mit einem Kapital von 5.048,9 Mrd. TL - welches fast ein Zehntel des türkischen Jahreshaushalts ausmacht - im Jahre 1980 die größte in der Türkei sein.

In weniger als einem Jahr war die Verfassung fertig und wurde zur Volksabstimmung angeboten. Die Gerechtigkeitspartei (AP)[21] wurde die Nachfolgerin der gestürzten demokratischen Partei. Diese Partei, in der die sich von dem Schock rasch erholte türkische Bourgeoisie wieder organisiert hatte, war ein strenger Gegner der neuen Verfassung. Nachdem sie von der Mehrheit des Landes bejaht worden war, wurde

sie am 9.7.1961 von der verfassungsgebenden Versammlung des Landes verabschiedet. Das wichtigste Ergebnis des Putsches war diese Verfassung und die daraus resultierende Meinungs- und Redefreiheit. Das wiederum ermöglichte erstmals in der Geschichte der Türkei den wissenschaftlichen Sozialismus zuerst als eine Bewegung, dann als die Ideologie einer politischen Organisation, nämlich die der türkischen Arbeiterpartei.

Die Soldaten übergaben die Macht nach den allgemeinen Parlamentswahlen Ende 1962 den Zivilisten und gingen in ihre Kasernen zurück. Allerdings waren sie nicht mehr aus dem politischen und wirtschaftlichen Leben des Landes wegzudenken: der Oberbefehlhaber der Armee und die vier Gattungskommandeure als ständige Mitglieder des nach dem Putsch gegründeten "Nationalen Sicherheitsrats", der seitdem als höchstes Beratungsorgan der Nation fungiert; und als Eigner " der Gesellschaft zur gegenseitigen Hilfe im Heer", die als zweitgrößte Kapitalgesellschaft des Landes sich von Jahr weiter vergrößert.

Die neue Verfassung sah eine staatliche Planungsorganisation (SPO)[22] vor, die die Entwicklung

des Landes durch die zentrale Planung optimalisieren sollte. Sie wurde gegründet und nahm ihre Arbeit auf. Der erste Fünf-Jahres-Plan war für die Periode 1963 - 1967 rechtzeitig fertiggestellt worden.

Nach den Parlamentswahlen von 1962 koalierten zwei Parteien: die Republikanische Volkspartei (CHP) und die Gerechtigkeitspartei (AP).

Die Türkische Arbeiterpartei (TIP)[23] , von den 12 Arbeitern im Jahre 1961 gegründet, begann ihre Organisation unter den Werktätigen und Intellektuellen des Landes aufzubauen. Trotz aller Repressalien der herrschenden Klasse zog die sozialistische TIP nach den zweiten Parlamentswahlen mit 15 Abgeordneten ins Parlament. Die Republikanische Volkspartei war geschlagen und die Gerechtigkeitspartei kam an die Macht.

Die türkische Arbeiterklasse, nun neben TÜRKIŞ auch in der fortschrittlichen "Konföderation revolutionärer Gewerkschaften" (DISK)[24] organisiert, mit dem Streikrecht bewaffent, eng mit der Arbeiterpartei verbunden und von den fortschrittlichen, demokratischen Kräften und von Kleinbauern kräftig

unterstützt, war für die US-amerikanischen Interessen und für die türkische Kompradorbourgeoisie ein gefährlicher Dorn im Auge. Als Wegbereiter dieser sozialistischen Bewegung und des Fortschritts im Lande sah die herrschende Klasse in der neuen Verfassung den Übeltäter. Die Parlamentsarbeit wurde wegen 15 Arbeiterpartei-Abgeordneten unbequemer. Die Gesetze zugunsten der herrschenden Klasse waren nicht mehr leicht zu verabschieden. Wenn dieses hartnäckige Hindernis jedoch trotzdem mit Mühe überwunden wurde, klagte diesmal die Arbeiterpartei vor dem Verfassungsgerichtshof an: Gesetze wurden wegen Verfassungswiedrigkeit annulliert. Als erste Maßnahme gegen die TIP-Opposition wurde das Wahlgesetz geändert. Diese Änderung machte es möglich, daß die Arbeiterpartei bei der Parlamentswahl 1969, bei gleicher Stimmenzahl wie 1965, 13 Sitze verlor, und weil sie dadurch im Parlament nicht mehr als politische Gruppe arbeiten durfte, waren die Vertreter der herrschenden Klasse wenigstens im Parlament unter sich: fast ohne linke Opposition.

All das brachte aber kein Mittel gegen die schlechten wirtschaftlichen Verhältnisse des Landes. Internationales Finanzkapital war privilegierter denn

je in der Türkei zu Hause: günstige gesetzliche Regelungen, riesige Gewinne, Monopolsituation und die türkische Kompradorbourgeoisie schafften das wahre Paradies für Fremdkapital im Lande. Es war dem Fremdkapital per Gesetz ermöglicht worden, die Gewinne des in der Türkei investierten Fremdkapitals als Devisen zum Abgabeland zu transferieren. Diese Möglichkeit wurde genutzt. Das Ergebnis war nur für das Fremdkapital günstig. Die folgende Tabelle gibt einen Überblick:

Jahr	Privater Fremdkapital-Zufluß (US $)	Gewinn-transfer	%
1951-1968	494	229	46,3
1963-1968	127	117	92,1
1965-1968	81	85	104,9
1968	12	29	241,6

Quelle: Ismail Cem; 1970:334
Ali Gevgilili; 1969
(Die Prozentsätze sind eigene Berechnungen)

Dieser Bumerang-Effekt des Fremdkapitals, der nur der Nationalökonomie schadete und der Helfershelferbourgeoisie Gewinn brachte, störte die Herrschenden nicht. Die Verursacher der Mißwirtschaft suchten sie weiterhin unter den Fremdkapitalgegnern.

Von der Republikanischen Volkspartei, Mutterpartei aller türkischen Parteien außer der Arbeiterpartei, sagte sich eine Gruppe von Parlamentariern los und gründete eine neue rechts-konservative Partei, weil die Mutterpartei ihren bisherigen Kurs wechselte und ablehnend der Groß- und Kompradorbourgeoisie und dem internationalen Finanzkapital gegenüberstand und für eine unabhängige Außenpolitik war: die erste sozialdemokratische Bewegung des Landes bekam ihre politische Gestalt.

Die Landbesetzungen durch Bauern, Streiks in allen Ecken des Landes, die durch die westeuropäischen Studentenbewegungen von 1968-1969 angeheizten politischen Aktivitäten der Universitäten, die sozialistische und sozialdemokratische Opposition unter dem Schutz der Verfassung und vor allem die wirtschaftlichen Schwierigkeiten bereiteten der AP-Regierung große Sorgen. Sie sah den einzigen

Ausweg darin, die Verfassung zu ändern. Änderungsentwürfe wurden vorbereitet, konnten aber nicht verabschiedet werden, weil sie keine dazu nötige 2/3 Mehrheit im Parlament besaßen.

Ende 1969 sah die Situation so aus, daß die AP-Regierung nicht mehr in der Lage war, die Interessen des Kapitals gegenüber der türkischen Arbeiterklasse zu schützen und sie durchzusetzen.

Dann hatte die türkische Armee noch einmal die Gelegenheit, das Vaterland zu retten. Am 12. März 1970 übernahm sie die Macht, verschleiert von einem Memorandum.

Die türkische Arbeiterpartei wurde verboten, Ausnahmezustand in den 13 wichtigsten und größten Städten verhängt. Die außerordentlichen Militärgerichte verurteilten die Vorstandsmitglieder der Arbeiterpartei zu 12- bis 15-jährigen Haftstrafen. Tausende von Arbeitern, Studenten, Intellektuellen und Wissenschaftlern wurden verurteilt. Foltern und Todesurteile, von denen drei vollstreckt wurden, standen auf der Tagesordnung.[25)] Studentenvereine, Angestelltengewerkschaften, Lehrergewerkschaften wurden verboten. Einige Universitäten bekamen Armee-

Generale als Rektoren, einige staatliche Organisationen (inbesondere die Türkische Radio-Television-Organisation) Generale als Direktoren.

Die nötigen Änderungen der Verfassung wurden in Eile vorgenommen.

Die sozialdemokratische CHP wurde unter jegliche Repressalien gesetzt.

Unter internationalem Druck und im Glauben, für die zukünftige Ruhe und Ordnung das Nötige geschaffen zu haben, schrieb man die Parlamentswahl aus. Das Ergebnis war nicht zufriedenstellend: Die sozialdemokratische Partei war als stärkste Partei im Parlament - seit 1923 erstmalig in der türkischen Geschichte.

IV. Die Landespolitik und die Armee nach dem Jahre 1960

Nach der Intervention im Jahre 1960 baute sich die türkische Armee allmählich als eine kapitalistische Institution aus. Der Offizierskorps bildete eine neue ökonomische und soziale Schicht. Nunmehr war die Armee ein Bestandteil der kapitalistischen Wirtschaft und damit des Kapitalismus in der Türkei; als ein mit Waffen gerüsteter Kapitalist übernahm sie somit die Aufgabe, ihre auf der Welt einmalige Position, nämlich ihr wirtschaftliches Potential, selbst zu schützen. Da sie aber überhaupt keine politischen Rechte besaß, um die politischen Geschehnisse im Lande zu beeinflussen, blieb ihr nur der Ausweg, mit Waffengewalt in die Innenpolitik des Landes einzugreifen. Solange die zivile Regierung den Status-quo erhalten konnte, war ein Eingreifen seitens des Militärs nicht erforderlich. Aber als die Änderungsbestrebungen beim Status-quo an Bedeutung und Gewicht gewannen, wurde eingegriffen.

Die neue Intervention der Armee im Jahre 1970 trägt die deutlichen Zeichen dieser Umwandlung in der Armee: der Putsch im Jahre 1960 hatte dem Volk eine fortschrittliche Verfassung und neue politische Rechte gebracht; nun aber zeigte dieselbe Armee, die im

Jahre 1970 erneut eingriff, eine geänderte Haltung: das Ziel war die Wiederherstellung und Festigung des Status-quo. Die an der Verfassung vorgenommenen Änderungen, das brutale Vorgehen gegen Anti-Status-quo-Personen, Organisationen und Institutionen und die Art und Weise des militärischen Eingreifens, nämlich sich versteckt hinter einer zivilen Regierung zu halten, verdeutlichen die neue Rolle der Armee in der Türkei.

V. Flucht vom Lande und Urbanisation

"Die Urbanisation ist ein Prozeß, durch den sich die Zahl der in den Städten lebenden Bevölkerung eines Landes allmählich vergrößert".[27] Diese Entwicklung vollzieht sich dadurch, daß sich entweder die vorhandenen Städte vergrößern oder neue Städte gegründet werden.

Die Urbanisation in der Geschichte, jeweils ein Bestandteil der Gesellschaft, folgte den ökonomischen Gegebenheiten der Sozietät. In der Sklaven- und Feudalgesellschaft hatte die Stadt keine wichtige Funktion. Obwohl eine Arbeitsteilung schon bestand, war sie trotzdem nicht von großer Bedeutung. Normalerweise vereinigte sie in sich politische, verwaltungstechnische und militärische Funktionen. Mit dem Sklavenhandel gewannen einige Hafenstädte, die mit dem Hinterland günstige Verbindungen hatten, an Bedeutung. In der Feudalgesellschaft, nach dem 13. und 14. Jahrhundert, hatte der interkontinentale Warenaustausch auf dem Seeweg Hafenstädten einen Handelscharakter verliehen.

Die Stadt der vorkapitalistischen Ära hatte eine primitive politische Organisation und Technologie, in denen der Handel und die Manufaktur die wichtigsten Plätze einnahmen. Die Auserwählten, die Reichen und hohen Beamten, wohnten in den Stadtzentren, die Werktätigen, die Armen und ethnischen Minoritäten am Rande der Städte.

Die Flucht aus dem Lande, die Immigration in die Städte war, wenn man nach dem Umfang und der Größe urteilt, in dieser Ära kein wichtiges Phänomen.

Erst die industrielle Revolution brachte einen neuen Stadttyp mit sich, der die Handels- und Industriezentren umzingelte und hauptsächlich ökonomischen Charakter hatte. Kapitalistische Klassenverteilung machte sich in den inneren Strukturen dieser Städte bemerkbar:

Die Werktätigen und Armen, der Mittelstand und die Reichen,wohnten in den getrennten Bezirken und Stadtteilen.

Heute kann man die Eigenschaften der Urbanisation der entwickelten Industriestaaten, deren Städte überwiegend moderne Industriestädte sind, wie folgt zusammenfassen.

1. Urbanisation in den entwickelten Industriestaaten

"Urbanisation hat mit liberal-ökonomischen Konditionen angefangen und wurde unter diesen fortgeführt. Aus diesem Grunde ist die Urbanisation ein mit sozialen und ökonomischen Bedenken belastetes Phänomen geworden".[28)]

Die Urbanisation in den kapitalistischen Gesellschaften war im allgemeinen auf eine selbständige Entwicklung zurückzuführen, weil das ökonomische System, der Kapitalismus, in dem dieser Prozeß sich vollzog, selbst keinen Plan hatte. Die Tatsache, daß der Boden als Ware ein Privateigentumobjekt ist, wirkte sich so aus, daß die Urbanisation sich nach dem Willen der wirtschaftlich Starken orientierte: Urbanisation und Bodenspekulation wuchsen zusammen.

Seit dem Ende des Zweiten Weltkrieges versucht der Staat in den entwickelten westlichen Industrieländern, die Urbanisation und ihre Probleme zugunsten der

wirtschaftlich Schwachen zu beeinflussen. Daraus ergab sich - innerhalb der von der kapitalistischen Wirtschaftsordnung erlaubten Grenzen - eine neue Wissenschaftsdisziplin die Urbanisation und die Stadtplanung.

2. Urbanisation in den sozialistischen Ländern

Eine große Zahl der Großstädte in den sozialistischen Ländern hat ihre Blütezeit in den kapitalistischen Wirtschaftsverhältnissen vollendet und dann von dem Sozialismus übernommen. Dieses kapitalistische Erbe in Ordnung zu bringen, war die erste Aufgabe des sozialistischen Staates auf dem Gebiet der Urbanisation. Außerdem gab die rasche industrielle Entwicklung unter dem Sozialismus der Urbanisation einen Aufschwung. Das erforderte neue Städte, die als neue sozialistische Städte geplant und gegründet werden konnten. Der Staat und die Planungsorganisationen hatten die Möglichkeit, die wissenschaftlichen Erkenntnisse bei der Urbanisation voll einzusetzen, weil die Produktionsmittel und der Boden dem Staat gehörten und die privaten Interessen und Boden- und Bauspekulationen keine Gelegenheit hatten, sich durchzusetzen.

Die sozialistische Stadt, im Gegensatz zur kapitalistischen, ist mehr ein Zentrum des politischen, kulturellen Lebens und eine Verwaltungseinheit als eine industrielle und handelswirtschaftliche Häufung.

3. Urbanisation in den unterentwickelten kapitalistischen Ländern

Die Urbanisation in den unterentwickelten kapitalistischen Ländern zeigte und zeigt auch heute noch eine unterschiedliche Entwicklung als es bei den entwickelten Industriestaaten der Fall ist. Außer dem zeitlichen gibt es noch folgende Unterschiede:

Während in den unterentwickelten Ländern die Industrialisation immer hinter der Urbanisation herhinkt, zeigten diese beiden Phänomene eine parallele Entwicklung zu den Ländern, die an die industrielle Revolution Anschluß gefunden hatten.

Während in den Industrieländern die Arbeitskräftenachfrage der Industrie eine Anziehungskraft auf die Landbevölkerung ausübte, war und ist die Schubkraft des Landes der Hauptgrund der Immigration in die Städte in den unterentwickelten Ländern.

In den unterentwickelten Ländern wurden keine neuen Industriestädte gebaut; die alten Industrie- und Handelszentren mußten und müssen die ganze Immigration verkraften.

4. Entwicklung in der Türkei

Alle Indizien deuten darauf hin, daß in der Türkei bis zu den Fünfziger Jahren keine beachtenswerte Flucht aus dem Lande stattgefunden hat. Erst nachdem das Land seine Tore für ausländische Hilfe und ausländisches Kapital geöffnet hatte, machte sich dieses Phänomen bemerkbar.

Nach dem Zweiten Weltkrieg erfolgte durch die ausländische Wirtschaftshilfe (besonders die Marshall-Plan-Hilfe), die von den Gebern so gesteuert wurde, daß das Land ein Agrarland blieb, durch die liberale Wirtschaftspolitik des Landes und die Hilfe-Devisen, die neue Importmöglichkeiten mit sich brachten, eine rasche Mechanisierung auf dem Agrarsektor. Daß diese Entwicklung sich wirklich rasch vollzogen hat, zeigen die Zahlen:

Mechanisierungsentwicklung der Landwirtschaft

Jahr	Zahl der Traktoren	Index	Zahl der Mähdrescher	Index
1936	961	100	104	100
1940	1.066	111	57	55
1948	1.750	182	994	956
1952	31.415	3.269	3.222	2.089
1957	44.144	4.594	6.523	6.275
1962	43.747	4.552	6.072	5.838
1967	74.982	7.802	7.840	7.535

Quelle: Aksoy; 1969: 71

(Indexe sind eigene Berechnungen)

Wenn man berücksichtigt, daß ein Traktor zwischen 4 bis 10 Arbeitskräfte in der Landwirtschaft überflüssig macht, war die Mechanisierung der Landwirtschaft nach dem Jahre 1950 der Hauptgrund für die arbeitslos gewordenen Bauern zur Flucht vom Lande.

Mit der ansteigenden Zahl der Traktoren wurde mehr Bodenfläche bebaut; marginale Landstücke wurden erschlossen. Das führte dazu, daß der Ertrag/ha sank, weil die Produktion von Kunstdünger, Schutzmitteln usw. mit dieser Entwicklung nicht schritthalten konnte.

Jahr	Bebaute Fläche	Index (abgerundet)
1950	14.542	100
1952	17.361	119
1954	19.616	135
1956	22.453	154
1958	22.765	157
1960	23.227	160

Quelle: Eigene Berechnungen auf der Basis der Zahlen vom DPT-Report; 1966: 18

Obwohl in den zehn Jahren die bebaute Landfläche von 100 auf 160 stieg, ging in demselben Zeitraum der Ertrag relativ zurück; im Jahre 1960 zeigt der Index (1950 = 100) jeweils für

Weizen:	127
Gerste:	121
Tabak:	99
Baumwolle:	107

Quelle: DPT-Report; 1966: 19
Aksoy; 1969: 77

Sinkender Ertrag führte dazu, daß sich weniger Landbewohner von der Landwirtschaft ernähren konnten und neue Ertragsquellen finden mußten.

Die Großgrundbesitzer, die sich zuerst landwirtschaftliche Maschinen leisten konnten, waren nun in der Lage,

ihren Besitz ohne Pächter und Yaricis[x] zu bewirtschaften. Die ehemaligen Pächter und Yaricis wurden entweder Landarbeiter oder aber mußten in die Städte ziehen.

Großgrundbesitzer konnten rentabler als die Kleinbauern wirtschaften: der Grund war u.a. darin zu sehen, daß die Kleinbauern ihre Äcker mit den herkömmlichen Methoden bestellten, weil es sich erstens wegen der Größe des Landstücks nicht lohnte, Maschinen einzusetzen und sie zweitens sowieso nicht in der Lage waren, sich relativ teure Maschinen anzuschaffen. Günstige Staatskredite flossen den Großgrundbesitzern zu. Was den Kleinbauern als Kredithilfe gewährt wurde, heizte nur den Konsum an, diente aber nicht der Förderung der Investitionen.

Die Kreditsummen stiegen von Jahr zu Jahr an:

---

x) Yarici ist der Bauer, der ein Stück Acker des Großgrundbesitzers bewirtschaftet und dafür dem Eigentümer des Landstücks meistens die Hälfte der Ernte überläßt.

Agrarkredite

Jahr	Kredite für die Landwirtschaft Mio. TL	Index
1940	50	100
1945	112	224
1950	412	824
1955	1.554	3.100
1960	2.392	4.784
1965	3.206	6.412
1966	4.531	9.062
1967	5.551	11.102

Quelle: TIP-Report; 1968: 18

Nun war die entscheidende Frage, wem diese Kredite zugutekamen.

Im Jahre 1965 bekamen 592.700 Kleinbauern durchschnittlich nur 297 TL Kredithilfe; für 261.000 Bauern waren es 689 TL, während die 37 Großgrundbesitzer je 625.000 TL erhielten.[29)]

Je mehr sich die kapitalistischen Verhältnisse in der Landwirtschaft durchsetzten, desto günstiger wurden die Lebensbedingungen einer Institution, die seit eh und je von der Notlage der Kleinbauern

lebte: die Wucherer. Was der Staat dem Kleinbauern vorenthielt, bot der Wucherer; allerdings zu solchen Bedingungen, die am Ende fast dazu führten, daß der Kleinbauer sein Stückchen Land verkaufen mußte. Daß die Großgrundbesitzer mit den günstigen Staatskrediten Wucher treiben, ist auch den Regierungen bekannt.[30)]

Der Kapitalismus brachte den türkischen Kleinbauern keine Institution, die das Wuchertum überflüssig machen konnte; ganz im Gegenteil! Der Wucherer festigte seine Lage: der in der Landwirtschaft erzeugte Mehrwert rann und rinnt fast ausschließlich in die Hände des Wucherers.

So wurden erst Pächter und Yaricis vertrieben, dann mußten die Kleinbauern ihre Äcker verkaufen: Die Bodenkonzentration war im Gange. Außerdem pachteten Großgrundbesitzer zusätzlich Land, und staatseigene Weideflächen wurden zu eigen gemacht. Das Ergebnis war eine Landkonzentration:

Jahr	Durchschnittsgröße des landwirtschaftlichen Betriebs (ha)	Index
1948	848	100
1949	875	103
1950	944	111
1951	1.011	119
1952	1.113	131

Quelle: DPT-Report; 1966: 19
(Indexe sind eigene Berechnungen)

Während sich die Konzentration durchsetzte, wurden die Kleinbetriebe weiter zerstückelt. Die Zahl der landwirtschaftlichen Betriebe mit 1 bis 50 ha Bebauungsfläche stieg von 1.570.200 im Jahre 1952 um 562.088 auf 2.132.288 im Jahre 1963. Diese Zahl macht 58,73% der gesamten landwirtschaftlichen Betriebe aus und stellt 24,39 des landwirtschaftlichen Bodens dar.[31)]

Je kleiner die Bebauungsfläche wurde, desto niedriger wurde der Ertrag. Der Kleinbauer war nicht mehr in der Lage, sich und seine Familie zu ernähren. Ihm boten sich zwei Möglichkeiten dar: entweder wurde er Landarbeiter oder er zog in die Stadt.

Die demographischen Verhältnisse verschlechtern die Lage auf dem Lande: auf 10 Bauern über 65 Jahre, die theoretisch aufhören müßten zu arbeiten, kommen 129 neue Arbeitskräfte im Alter von 15 Jahren. Dieses Verhältnis ist in den Städten 10 zu 55. [32)]

Die Altersgruppe zwischen 0 - 14 Jahre, die von der arbeitenden Bevölkerung zwischen 15 - 65 Jahren ernährt werden muß, stellt auf dem Lande eine größere Prozentzahl als in den Städten.[33)]

Diese beiden demographischen Gründe heizen die Immigration in die Städte an.

Die Stadt war auf diesen unhaltbaren Strom nicht vorbereitet; keine Industrie, die diese Massen absorbieren konnte; keine Wohnungen, in denen die Neuzugezogenen wohnen konnten. Trotzdem vergrößerte sich jeden Tag die Zahl der Landfluchtler. Im Jahre 1927 lebten 16,4% der Bevölkerung in den Städten; 1950 waren es 18,5% und im Jahre 1965 29,9%.[34)] Nach den Prognosen der staatlichen Planungsorganisation wird die Zahl Anno 1985 50% erreichen. Heute wohnen 40% der Stadtbevölkerung in den Slums, die auf türkisch "Gecekondu", zu deutsch "In einer Nacht gebaut" heißen, weil sie ohne behördliche Genehmigung in einer Nacht fertiggestellt werden müssen. Sonst werden sie niedergerissen.

5. Die Folgen dieser Entwicklung

Die kapitalistische Entwicklung auf dem Agrarsektor und die Flucht in die Städte hatten politische Folgen: erstens war das Dorf nicht mehr eine in sich geschlossene Einheit, sondern hatte sich auch mit Hilfe der neuen Transportmöglichkeiten in das Marktsystem eingefügt. Infolgedessen steigerte sich die politische Aktivität in den Dörfern und in den ländlichen Gebieten.

Zweitens bildeten die Landfluchtler, zusammengepfercht in den Slums um die Großstädte, einen geeigneten Nährboden für Anti-Status-quo politische Aktivitäten. Außerdem wurde durch sie die allgemeine Arbeitslosigkeit und Unterbeschäftigung deutlich sichtbar, was wiederum Argumente gegen das System auf der Landesebene lieferte.

Unter diesen Umständen bot sich die Auswanderung als Lösung an: auf der einen Seite bedeutete sie die Verminderung der Arbeitslosenquote; auf der anderen Seite eine Wirtschaftshilfe ohne Gegenleistung durch die Devisenüberweisungen - also zwei Eigenschaften, die dem Status-quo zugutekamen.

Aus diesen Gründen wurde die Auswanderung durch die öffentliche türkische Politik kräftig unterstützt und gefördert. So wanderten Landfluchtler und Kleinbauern, Arbeitslose und Unterbeschäftigte, Handwerker, Fach- und Hilfsarbeiter aus.

Bevor wir im dritten Kapitel auf die Auswanderer zu sprechen kommen, werfen wir einen kurzen Blick auf die Lage des Arbeitsmarktes und auf den Platz der Türkei in der Weltwirtschaft.

VI. Die Lage des Arbeitsmarktes und der Platz der Türkei in der Weltwirtschaft

Nach der Volkszählung von 1970 betrug die Bevölkerungszahl des Landes 35.666.549. Seit 1923 beträgt die durchschnittliche jährliche Zuwachsrate 2,8%; die Türkei gehört somit zu den ersten zehn Ländern der Welt, welche die höchste Bevölkerungszuwachsrate aufweisen.

Wenn man die demographische Struktur der Türkei mit einigen Ländern vergleicht, ist erstens die geschlechtliche Verteilung der Bevölkerung mit 50,64% männlichen und 49,36% weiblichen Geschlechts günstiger, zweitens die Quote des aktiven jungen, arbeitsfähigen Bevölkerungsteils größer:

Altersstrukturvergleich

Länder	Jahr	Altersgruppen %		
		unter 20	20 bis 59	über 60
Türkei	1960	49,5	43,8	6,7
Frankreich	1961	32,2	50,3	17,5
England	1961	28,0	48,6	21,6
Jugoslawien	1961	39,0	51,4	9,6
USA	1961	38,9	47,9	13,2

Quelle: Yasa; 1973: 72

Der Bevölkerungsteil zwischen 15 bis 44 Lebensjahren - das erforderliche Alter für die im Ausland arbeitenden Türken - stellt 42,35% der totalen Bevölkerung dar.

Der ökonomisch abhängige Teil der Bevölkerung zwischen 0 und 14 Jahren sank seit 1945 nicht unter 39% der Gesamtbevölkerung. Eine Übersicht wird in der Tabelle auf der folgenden Seite gegeben.

Nach den Bildungsstatistiken beträgt die Analphabetenquote der Bevölkerung, die das sechste Lebensjahr vollendet hat, 45%, davon sind 65,4% weiblichen und 34,6% männlichen Geschlechts. Die Analphabeten dürfen nicht als Arbeiter ins Ausland gehen. Das und andere Auslese-Methoden - die wir unten näher untersuchen - ermöglichen es, daß die jungen, relativ ausgebildeten, leistungsfähigen und qualifizierten Bürger als Gastarbeiter das Land verlassen; die Analphabeten, Kranken und Verstümmelten bleiben, um die "Nationale Entwicklung" zu vervollständigen.

Den Bildungsstand in % zeigt die folgende Tabelle (ohne Analphabeten):

Bevölkerung nach den Altersstrukturen und Geschlecht

Volks-zählg. von	Alters-gruppe	männlich	weiblich	total	%
1945	0-14	3.918.103	3.501.160	7.419.263	39,0
	15-44	4.203.195	4.078.257	8.281.452	44,8
	45 und älter	1.325.282	1.764.177	3.089.459	16,2
	Total	9.446.580	9.343.594	18.790.174	100,0
1955	0-14	4.950.438	4.524.782	9.475.220	39,4
	15-44	5.344.828	5.091.504	10.436.332	43,4
	45 und älter	1.918.866	2.196.443	4.115.309	17,1
	unbekannt	19,289	18.613	37.902	0,1
	Total	12.233.421	11.831.342	24.064.763	100,0
1965	0-14	6.826.949	6.321.675	13.148.624	41,9
	15-44	6.652.291	6.404.604	13.056.895	41,6
	45 und älter	2.489.739	2.649.741	5.112.480	16,4
	unbekannt	27.985	18.437	46.422	0,1
	Total	15.996.964	15.594.457	31.391.415	100,0
1970	0-14	7.619.374	7.168.318	14.787.692	41,46
	15-44	7.501.237	7.509.412	15.110.649	42,36
	45 und älter	2.822.662	2.907.570	5.730.232	16,07
	unbekannt	17.684	20.292	37.976	0,11
	Total	18.060.957	17.605.592	35.666.549	100,00

Quelle: Yasa; 1973: 71

Bildungsstand der Bevölkerung über 11 Jahre

	Ohne Schulbildg.	Volksschule 5 Jahre	Mittelschule 8 Jahre	Gymnasium 11 Jahre	Berufs- u.Fachschulen 8 oder 11 Jahre	Hochschule
Insgesamt	20,90	62,94	8,25	3,03	2,95	1,77
davon männl.	65,91	64,57	66,65	69,57	65,13	82,47
davon weibl.	34,09	35,03	33,35	30,43	34,87	17,53

Quelle: DIE; Volkszählung von 1970; 1972: 4-5

Die Verteilung der arbeitenden Bevölkerung auf die Sektoren hat sich in 15 Jahren wie folgt verändert:

Arbeitende Bevölkerung nach den Sektoren (%)

Sektoren	Jahre			
	1955	1960	1965	1970
Agrarwirtschaft	82	79	75	67
Dienstleistung	9	11	13	18
Industrie	9	10	12	15

Quelle: D.P.T. Entwicklungsplan, ikinci beş yil, Ankara 1967, S. 49
DIE Genel Nufus Sayimi, 1972: 10-11

Obwohl die Prozentzahl in der Agrarwirtschaft in 15 Jahren von 82 auf 67 zurückging und die Industrie von 9 auf 15 anstieg, zeigt die relativ rasche Entwicklung des Dienstleistungssektors, daß die Wirtschaftslage des Landes nicht gesund ist.

Die Zahl der sozialversicherten Arbeiter stieg von Jahr zu Jahr an, ihre Prozentzahl unter der aktiven Bevölkerung nur zögernd. Dabei ist zu unterstreichen, daß die Sozialversicherung nur Kranken- und Rentenversicherung enthält.

Die Zahl der sozialversicherten Arbeiter

Jahr	Sozialversicherte Arbeiter	Index	Aktive Bevölkerung	%
1960	577.672	100	12.993.245	4,44
1961	611.908	105		
1962	639.348	110		
1963	670.669	116		
1964	700.350	121		
1965	822.686	142	13.591.822	6,05

Quelle: D.P.T., Ikinci beş yil plani, Ankara 1967, S. 211

Ein Blick auf die Arbeitsmarktlage zeigt, daß die Probleme auch weiterhin bestehen und sogar wachsen werden.

Totales Arbeitskräfte-Angebot und Arbeitskräfte-Überschuß (ooo) (zwischen 15-64 Jahren)

	Planziel für 1972	Ist für 1972	Planziel für 1973
1. Arbeitskräfte-Angebot	14.317	14.320	14.670
2. Arbeitskräfte-Nachfrage	13.567	13.580	13.860
- aktive Landarbeiter	8.763	8.760	8.760
- außerhalb des Agrarsektors Arbeitende	4.586	4.620	4.880
- unbekannt	133	130	130
- aus dem Ausland	85	70	90
3. Arbeitskräfte-Überschuß außerhalb des Agrarsektors	750	740	810
4. Arbeitskräfte-Überschuß im Agrarsektor (in der Hochsaison)	850	850	840
5. Totaler Arbeitskräfteüberschuß	1.600	1.590	1.650
6. Arbeitslosen-Quote in %	11,17	11,0	11,24

Quelle: DPT, Programm für 1973; 1972: 38

Die wirkliche Zahl dürfte wohl weitaus höher sein als die offiziell angegebene, da man für den Agrarsektor die Hochsaisonzahlen heranzieht, obwohl die Hochsaison nur 5 bis 7 Monate dauert. Unterbeschäftigung ist auch nicht berücksichtigt. Saisonarbeiter, Schuhputzer, Lastenträger, Hausierer usw. sind als Vollbeschäftigte mitgerechnet. Die potentielle Reserve der Gastarbeiter ist nahezu unerschöpflich.

Das Bruttosozialprodukt des Landes zeigt folgende Entwicklung in 10 Jahren.

Bruttosozialprodukt
je Einwohner(Türkische Lira)

Jahr	Einwohnerzahl Jahresmitte (000)	In jeweiligen Preisen		In konstanten Preisen	
		zu Marktpreisen	zu Faktorkosten	zu Marktpreisen	zu Faktorkosten
1962	28.933	1.905	1.733	2.546	2.281
1963	29.655	2.164	1.969	2.716	2.439
1964	30.394	2.276	2.065	2.792	2.511
1965	31.151	2.392	2.162	2.816	2.533
1966	31.151	2.768	2.491	3.064	2.737
1967	32.724	3.002	2.684	3.120	2.782
1968	33.539	3.250	2.927	3.250	2.929
1969 x)	34.375	3.512	3.142	3.338	3.003
1970 x)	35.232	3.982	3.575	3.445	3.112
1971 x)	36.110	4.966	4.507	3.661	3.314

x) Schätzungen

Quelle: DIE, Turkiye Milli Celiri; 1972; 97

Diese Zahlen reservieren für die Türkei den letzten Platz in Europa: mit ihrer Armee von 450.000 Mann und fast den höchsten Verteidigungsausgaben. Im Jahre 1971 waren 19,19% des Jahreshaushaltes von 37.092 Mrd. TL für das Nationale Verteidigungsministerium bestimmt. Das Nationale Bildungsministerium bekam nur 2,52% davon.[35)]

Abschließend geben wir unten zwei Tabellen, um den Platz der Türkei in der Weltwirtschaft zu zeigen.

Industrieproduktion der Welt, darin der Platz der Türkei (1963) % (+)

	Gesamte Industrieproduktion	
Die Welt	100	
Unterentwickelte kapitalistische Länder	9,2	
davon Griechenland		0,1
Iran		0,3
Brasilien		0,9
Entwickelte kapitalistische Länder	61,9	
davon USA		31,7
EWG-Länder (6 Länder)		13,7
England		5,3
Länder mit zentraler Planung (++)	28,9	
davon UdSSR		19,4
Bulgarien		0,5
Rumänien		1,1
Türkei	0,2	

(+) Volksrepublik China, Mongolei, Volksrepublik Korea, Nord-Vietnam sind wegen des Fehlens der Daten nicht mit berücksichtigt.

(++) UdSSR, DDR, Bulgarien, Ungarn, Polen, Rumänien, Tschechoslowakei, Jugoslawien

Quelle: United Nations, The Growth of the World Industry, 1968 Edition, Vol. 1, New York 1970; Mimarlik, Orkan Silier, 1972-11, Ist. S. 42

Güterproduktion der Welt
1967

Länder	Produktion		
	Konsumgüter	Halbfertige Produkte	Investitionsgüter
Entwickelte kapitalistische Länder	20	35	45
Unterentwickelte kapitalistische Länder	39	36	25
Länder mit zentraler Planung	25	27	48
Türkei	52,9	35,4	11,7

Quelle: DPT; Yeni Strateji ve Kalkinma Plani (3. Beş yil taslağı) Ankara-1972, S. 12

VII. Die türkische "Gastarbeiterpolitik"

Unter den geschilderten politischen und ökonomischen Verhältnissen wurde der Arbeitskräfteexport als eine sehr willkommene Rettung betrachtet. Tatsächlich wurde mit dem Anstieg der Auswandererzahl eine wirtschaftliche Entwicklung sichtbar, die sich durch die Verminderung der Arbeitslosenzahl und den Ausgleich - und sogar Überschuß - der seit eh und je defizitären Außenhandelsbilanz bemerkbar machte. Dann hinkte die offizielle "Auswandererpolitik" hinter dieser Entwicklung her und nahm ihren Platz in den türkischen Entwicklungsplänen ein. Ein Blick in die drei fünfjährigen Entwicklungspläne der Türkei von 1973 bis 1977 verdeutlicht die Auswandererpolitik.

1. Der erste Fünfjahresplan: 1963 - 1967

Der erste Plan beinhaltete und behandelte das Thema "Migration ins Ausland" nicht, da in den Jahren 1961 - 1962, als er vorbereitet wurde, die Zahl der im Ausland arbeitenden Türken noch ohne Bedeutung war. Die kommende Entwicklung auf diesem Gebiet wurde von den Planern nicht vorhergesehen, obwohl sich in dem Planungszeitraum von 1963 - 1967 die Zahl der Auswanderer fast verzehnfachte. So verstrichen fünf Jahre ohne eine Gastarbeiterpolitik.

2. Der zweite Fünfjahresplan (1968 - 1972)

Er gab dieses Versäumnis des ersten mit den folgenden Worten zu: "Die Bedeutung der Devisenüberweisungen der in den ausländischen Ländern arbeitenden Türken ist eine sehr neue Entwicklung, die im ersten Plan nicht vorausgesehen wurde".[36] Von dem zweiten Plan selbst wird der Devisentransfer der Gastarbeiter als vorübergehende Devisenquelle als nicht geeignet für "langfristige Ziele"[37] eingestuft, jedoch wird eine Erhöhung der Deviseneinnahmen im Planungszeitraum um 30,8% von 1,30 Mrd. $ auf 1,70 Mrd. $[38] prognostiziert.

Nach der Feststellung, daß die Auswanderung den Druck der Arbeitslosigkeit auf die Wirtschaft vermindert hat, wurden unter der Annahme, daß die Beschäftigung der türkischen Arbeitskräfte im Ausland noch eine Weile dauern wird, Maßnahmevorschläge für die Förderung und Erhöhung der Ersparnisse der Auswanderer präsentiert. Im allgemeinen wird die Auswanderung der Arbeitskräfte im zweiten Plan unter der Rubrik "Beschäftigungsfragen" wie folgt aufgefaßt:[39]

Es wird festgestellt, daß

a) die Auswanderung der Arbeitskräfte ins Ausland auch in Zukunft, jedoch mit verminderter Bedeutung, weitergehen wird;
b) die innerwirtschaftlichen Gründe, die eine Arbeitskräfteauswanderung erforderlich machten, auch in Zukunft nicht zu leicht zu beheben sind;
c) die Devisenüberweisungen der Gastarbeiter ein sehr wichtiges Investitionspotential schaffen;
d) die Auswanderung der Fachkräfte schädlich für die türkische Wirtschaft ist, und daß man es bis jetzt nicht unterbinden konnte. Um die Auswanderung der Facharbeiter zu unterbinden, werden neue Maßnahmen vorgeschlagen;
e) die Beschäftigung im Ausland fachliches Weiterkommen der Arbeiter ermöglichen kann;
f) sich der Staat mit den Problemen der Auswanderer beschäftigen muß;
g) durch die Auswanderung in größerem Umfang soziale, ökonomische und kulturelle Probleme entstehen können.

3. Der dritte Fünfjahresplan: 1973 - 1977

Im dritten Entwicklungsplan wurde die Arbeitskräfteauswanderung nur kurz angeschnitten und nahm einen wesent-

lich bescheideneren Platz als beim zweiten Fünfjahresplan ein. Vor allem wird die Bedeutung und positive Wirkung der Auswanderung bei der Verminderung der Arbeitslosenquote in der Türkei und bei der Außenhandelsbilanz unterstrichen.[40] Die Probleme der Rückkehrer und die allgemeinen Probleme der Arbeiter in den Beschäftigungsländern werden entweder fast gar nicht angesprochen oder "nur oberflächlich und mit solchen Lösungsvorschlägen, die überhaupt keine Chance haben, praktiziert zu werden".[41]

Zusammengefaßt wurde das Phänomen "Arbeitskräfteauswanderung" und seine Auswirkungen in den türkischen Entwicklungsplänen hauptsächlich von seiner ökonomischen Seite, und zwar in bezug auf die Arbeitslosenquote und die Devisenüberweisungen behandelt. Die Probleme der Auswanderer im Ausland und ihre Re-Integration fanden fast keine Berücksichtigung in den Plänen.

Zusammenfassung des zweiten Kapitels

Seit der Gründung der türkischen Republik hat das politische Leben und die politische Sozialisation in der türkischen Gesellschaft eine sehr bewegte Entwicklung erlebt. Nur es gibt keine Studien, Untersuchungen oder Daten über diese Entwicklung aus der Sicht der politischen Sozialisation; deswegen ist unsere Diskussion im folgenden indirekt und sekundär.

In dem Osmanischen Reich hatten die Völker Kleinasiens in der religiös-monarchistischen Staatsstruktur keine politische Partizipationsmöglichkeit und demzufolge waren sie auch politik-scheu und politisch unbewußt. Erst während des nationalen Befreiungskrieges machte sich ein politisches Verhalten des Volkes gegenüber einem administrativen und politischem System bemerkbar: Volksmassen wurden gegen die Herrscher des Osmanischen Reiches und gegen die fremden Armeen mobilisiert. Nach dem Krieg wurden neue Institutionen und Begriffe wie "Republik", "Laizismus", "Politische Partei", "Wahlen" und ähnliches durch formelle Ausbildungseinrichtungen, Massenmedien und speziell dafür gegründete Aufklärungs- und Bildungsgremien gelehrt und auch praktiziert. Besonders die junge Generation

als potentieller Schützer der Republik und der neuen Ordnung wurde politisiert. Die Zahl der politischen Sozialisationsagenturen vermehrte sich sehr rasch und die Informationen, die sie vermittelten, waren zentral dirigiert und damit mit gleichem Inhalt. Das war in einem Einparteiensystem möglich und dauerte während der ganzen Einparteienherrschaft beinahe mit gleicher Intensität an.

Bestimmte politische Begriffe wurden in dieser Ära stark betont; so wurde z.B. "die Republik" der Jugend anvertraut und jedes Jahr mit umfangreichen Feierlichkeiten bedacht. Auch für viele andere politische Begriffe wurden nationale Feiertage geschaffen. Kleidungsreform, das neue Alphabet, neue Gesetze wurden als politische Entwicklungen präsentiert.Gleichzeitig hatte sich die Parteiorganisation bis in die entferntesten Dörfer bereichert; Massenmedien hatten eine starke Entwicklung erlebt; das Verhältnis zwischen den Politikern und dem Volk hatte sich intensiviert; die relative ökonomische Entwicklung und bessere Transportmöglichkeiten brachten neue Aspekte: all das trug dazu bei, daß das Volk ins politische Leben einbezogen wurde.

Das Mehrparteiensystem nach dem Jahre 1946 gab einen neuen Anstoß zu dieser Entwicklung und brachte auch einen Anti-Status-Quo politischen Sozialisationseffekt. Bis zum Eingreifen der Armee im Jahre 1960 bemühten sich zeitweilig mehr als 10 Parteien um die Gunst des Volkes.

Die neue Verfassung ermöglichte es nach dem Jahr 1961, auch die linksgerichteten Parteien zu gründen. Eine linke Partei und andere linksgerichtete Organisationen gaben der Anti-Status-Quo politischen Sozialisation und dem Bewußtwerdungsprozeß einen neuen Anstoß. Arbeiter- und Studentenbewegungen, Bauerndemonstrationen brachten neben ökonomischen Parolen fast immer auch politische Slogans mit sich. Während dieser Ära, die bis zum militärischen Eingreifen im Jahr 1971 dauerte, wurde auch Anti-Status-Quo Politik betrieben und besonders von den Bauernmassen und dem Stadtproletariat aufgenommen, aus denen auch die Gastarbeiter stammen. Die Wahlergebnisse aus diesen Jahren deuten auf diese Entwicklung hin: erstens die Wahlbeteiligungsquote in ländlichen Gebieten und in den "Gecekondu"-Bezirken der Städte lag relativ höher als der Landesdurchschnitt; zweitens mit einigen Ausnahmen bekamen die Anti-Status-

Quo Politik betreibenden Parteien in diesen Kreisen überdurchschnittliche Stimmen von den Wählern.

Diese Anti-Status-Quo politische Entwicklung brachte radikale Anti-Anti-Status-Quo politische Maßnahmen mit sich: das militärische Eingreifen setzte prompt ein Ende zur Anti-Status-Quo Politik, oder es schien so. Das Militär blieb fast drei Jahre an der Macht und dann wurden Parlamentswahlen ausgeschrieben. Das Wahlergebnis zeigte jedoch, daß auch unter der Militärherrschaft die Anti-Status-Quo Politik neue Anhänger gewonnen hatte: die Anti-Status-Quo Politik betreibende sozialdemokratische Partei hatte überraschende Wahlerfolge errungen. Ihre Wähler waren wiederum überwiegend Bauern und Arbeiter. Hier muß auch der relative Wahlerfolg der konservativ-religiösen nationalen Heilspartei bemerkt werden: diese neu gegründete Partei propagierte eine Anti-Status-Quo ökonomische Politik wie Verstaatlichung der multi-nationalen Konzerne, Banken und Außenhandel; sie gebrauchte überwiegend solche Begriffe, die von den linken Parteien und Organisationen benutzt wurden: Imperialismus, Kapitalismus, Finanz-Kapital, Klassen u.s.w. Die Status-Quo-Politik betreibenden Parteien verloren Stimmen und Sitze im Parlament. Diese Tatsachen beweisen, daß die Ära von 1950 bis

1973 sowohl aus der Sicht des politischen Sozialisationsprozesses wie auch auf dem Gebiet des politischen Bewußtseins eine positive Entwicklung gebracht hat.

Die türkischen Auswanderer, die fast alle in der Ära von 1950 bis 1973 aufgewachsen sind, haben den politischen Sozialisationsprozeß in dieser Ära durchgemacht. Obwohl sie am Anfang viele politische Informationen und Begriffe von den alten Generationen und formellen Status-Quo-Erziehungs- und Ausbildungsinstitutionen übernehmen mußten, konnten aber auch die ganze politische Lebendigkeit und Vielfalt der Mehrparteien-Ära erleben. Besonders in dem letzten Jahrzehnt zeigte das politische Interesse und Bewußtsein der Bauern und Arbeiter in der Türkei eine ständig steigende Tendenz. Sie erlebten in dieser Ära Status-Quo und Anti-Status-Quo politischer Bewegungen und die von der Einparteienherrschaft oder von dem Militär betriebene Anti-Anti-Status-Quo politische Maßnahmen.

So kann gesagt werden, daß der politische Sozialisationsprozeß in der Türkei von den Anfängen der fünfziger Jahre an besonders aus der Sicht der Bevölkerungsgruppen, aus denen die Gastarbeiter stammen, eine positive

Entwicklung hervorgebracht hat. Das gleiche kann auch für den Bewußtseinprozeß der Betroffenen festgestellt werden.

Im nächsten Kapitel werden wir die Auswirkungen der Auswanderung auf diese Entwicklung diskutieren.

DRITTES KAPITEL: POLITISCHE SOZIALISATION DER TÜRKISCHEN GASTARBEITER

I. Allgemeine Lage

Im Jahre 1944 befanden sich 545 türkische "Fremdarbeiter" auf deutschem Boden[1]; sie bildeten nicht einmal ein Zehntausendstel der Gesamtsumme von 5.736.412 Fremdarbeitern in Deutschland. Das türkische Volk, geographisch immobil und unbeweglich, nahm weder an der großen Wanderungswelle nach Amerika teil, noch zeigte es sich im eigenen Lande wanderungswillig. Erst nach dem Zweiten Weltkrieg, am Anfang der fünfziger Jahre, begann die große innere Wanderung im Lande: die Flucht in die Städte. Diese Entwicklung dehnte sich auch auf das Ausland aus, als der Arbeitskräftemarkt in Europa am Anfang der 60er Jahre zusätzlicher Quellen bedurfte und somit seine Tore für die türkischen Arbeiter öffnete. Eine Reihe bilateraler Abkommen zwischen der Türkei und europäischen Staaten sowie Australien über die Beschäftigung der türkischen Arbeiter wurden in den 60er Jahren abgeschlossen. Binnen 10 Jahren war es soweit, daß sich

die Zahl der türkischen Arbeiter im Ausland der Millionengrenze näherte. Unter den Aufnahmeländern beschäftigte die BRD und West-Berlin mit Abstand den größten Teil der Auslandstürken. Einen Überblick gibt die folgende Tabelle:

Länder	Gesamtzahl[x)] der Türken im Ausland in den jeweiligen Ländern - Januar 1973
BRD und West-Berlin	753.239
Holland	51.018
Österreich	30.551
Frankreich	32.980
Schweiz	18.990
Australien	22.303
Belgien	20.540
Dänemark	5.767
Schweden	9.875
England	2.170
Norwegen	1.099

x) Familienangehörige, Kinder und geschätzte illegale Arbeiter eingeschlossen

Quelle: Yurtdişi göç hareketleri ve vatandaş sorunlari Hrsg. vom türkischen Außenministerium, 1973 Ankara, S. 105

Wie die folgende Tabelle zeigt, stieg die Zahl der türkischen Arbeiter in der BRD und West-Berlin nach der Unterzeichnung des Arbeitskräfte-Abkommens

zwischen der Türkei und der BRD am 30. Oktober 1961 an:

Die Anzahl der türkischen Arbeiter in der BRD und West-Berlin

Jahr	Zahl	Jahr	Zahl
1960 Juli	2.495	1967 Jan.	136.255
1962 Jan.	10.130	1968 Jan.	123.386
Sept.	18.558	1969 Jan.	171.018
1963 Jan.	22.054	Sept.	244.335
Dez.	42.116	1970 Sept. [1]	353.898
1964 Jan.	44.953	1971 Sept. [1]	453.145
1965 Jan.	94.975	1972 März [2]	457.260
1966 Jan.	133.000	1973 Jan. [3]	528.239
Sept.	160.950		

Quelle: Ausländische Arbeitnehmer 1969, S. 94

1) Ausländische Arbeitnehmer 1971, S. 7
2) Repräsentativuntersuchung 1972, S. 11
3) Yurtdişi göç hareketleri ve vatandaş sorunlari 1973, S. 105

1. Auswahl und Vermittlungsverfahren

Das Verfahren zur Auswahl und Vermittlung der türkischen Arbeitnehmer in die BRD und West-Berlin wurde mit dem Abkommen von 1961 zwischen der Türkei und der BRD geregelt. Danach sieht der Prozeß so aus:

Die erste Auswahl der willigen Arbeitnehmer nimmt die durch das Abkommen beauftragte "Türkische Anstalt für Arbeits- und Arbeitervermittlung" vor, indem sie die geeigneten Arbeitnehmer vorregistriert. Ungeeignet sind solche Bewerber

- die im Strafregister mit einer Freiheitsstrafe eingetragen sind;
- denen die zuständigen türkischen Stellen die Ausstellung eines Passes verweigern;
- die Analphabeten sind;
- die die Altersgrenze (bei den unqualifizierten Arbeitern 35, bei den Facharbeitern 40 Jahre) bereits überschritten haben;
- die den gesundheitlichen Anforderungen nicht entsprechen.

Die türkische Anstalt leitet nach Aufforderung der bundesdeutschen Verbindungsstelle, die als Beauftragte der Bundesanstalt für Arbeit in Istanbul die letzte Auswahl der Bewerber durchführt, die bei ihr vorregistrierten Bewerber an sie weiter. Die Verbindungsstelle in Istanbul übernimmt dann die gesundheitliche und fachliche Prüfung der Bewerber.

Die ärztlichen Untersuchungen der Bewerber werden gründlich durchgeführt. Im Jahre 1971 wurden insgesamt 82.500 (1970: 112.000) türkische Arbeitnehmer auf ihre gesundheitliche Eignung für einen Arbeitsplatz in der BRD untersucht. Nach den Untersuchungen wurden 16.450 Personen (19,9%) aus gesundheitlichen Gründen zurückgewiesen.[2)]

Die Bewerber werden, wenn ihr Gesundheitszustand zufriedenstellend ist, beruflich-fachlich geprüft. Im Jahre 1971 vermittelte die deutsche Verbindungsstelle rund 29.000 beruflich qualifizierte türkische Arbeiter in die BRD. Das sind 46% der in jenem Jahr insgesamt Vermittelten.[3)]

Für jeden als beruflich und gesundheitlich geeignet befundenen Arbeitnehmer wird ein schriftlicher Arbeitsvertrag ausgestellt, der sowohl vom Arbeitgeber als auch vom Arbeitnehmer unterschrieben und von der türkischen Anstalt und der deutschen Verbindungsstelle mit einem Durchgangsvermerk versehen wird. Dieser Arbeitsvertrag ist für ein Jahr gültig und stellt unter anderem den Arbeitslohn, die von der Firma bereitgestellten Unterkunftsmöglichkeiten, den Tätigkeitsbereich des Arbeiters sowie die Urlaubsregelung fest.

Nach der Unterzeichnung des Arbeitsvertrages stellen die zuständigen türkischen Behörden dem Arbeiter einen Reisepaß mit einer Gültigkeitsdauer von zwei Jahren aus. Wenn diese Formalitäten erledigt sind, füllt die Verbindungsstelle für den Arbeitnehmer eine Legitimationskarte aus, die die Arbeitserlaubnis für längstens ein Jahr ersetzt. Sie gilt gleichzeitig als Einreisesichtvermerk. Die Zweigstelle der deutschen Anwerbekommission trifft dann entsprechende Arrangements für den Transport derjenigen Arbeiter, die den Vertrag unterzeichnet haben. Gewöhnlich sind die Gruppen groß genug, eine Chartermaschine zu füllen. Für die Arbeiter ist der Dienst der Verbindungsstelle und der Transport in die BRD kostenlos.

2. Charakteristika der türkischen Arbeitnehmer

2.1 Nach den Beschäftigungsverhältnissen und der Herkunft

Über die Beschäftigungsverhältnisse der türkischen Arbeitnehmer vor ihrer Auswanderung gibt es keine präzisen Daten. Nach den Angaben der 1.066.085 bei den türkischen Arbeitsämtern im Jahre 1971 vor-

registrierten und auf die Vermittlung ins Ausland wartenden türkischen Bürgern sah die Lage folgendermaßen aus:

Die vorregistrierten türkischen Arbeitnehmer nach den beruflichen Qualifikationen

	Männer	Frauen	insgesamt	%
ungelernte Arbeiter	740.489	83.248	823.737	77
qualifizierte bzw. Facharbeiter	239.299	3.049	242.348	23
Insgesamt	979.788	86.297	1.066.085	100

Quelle: Yurtdışındaki Türk işcileri ve dönus eğilimleri 1971, S. 5

Der Anteil der beruflich qualifizierten Arbeiter unter den vorregistrierten ist mit 23% (bei den Frauen 3,4%, bei den Männern 32,2%) festgelegt, stimmt allerdings nicht mit den Ergebnissen der Repräsentativuntersuchung der Bundesanstalt für Arbeit im Jahre 1972 überein. Nach dieser Untersuchung hatten nämlich 34% (120.070) der männlichen und 16% (16.657) der weiblichen Arbeitnehmer in der BRD und in West-Berlin eine betriebliche oder schulische Berufsausbildung bereits in der Heimat abgeschlossen.[4] Der fast 13%ige Unterschied zwischen

den Zahlen der türkischen und deutschen Arbeitsämter in bezug auf die qualifizierten Frauen ist für uns unerklärlich. Uns scheint die Zahl des türkischen Arbeitsamtes richtig zu sein, da der Prozentsatz der als Facharbeiterinnen eingestellten türkischen Arbeitnehmerinnen in der BRD und West-Berlin unter 1% liegt.[5)]

Die regionale Verteilung der vermittelten türkischen Arbeitnehmer weist keine Besonderheiten auf, wenn man die Einwohnerdichte der Regionen berücksichtigt. Abgesehen von sehr kleinen Unterschieden sind alle sieben Regionen prozentual entsprechend der Einwohnerdichte durch die in der BRD und West-Berlin arbeitenden türkischen Arbeitnehmer vertreten.

Die folgende Tabelle gibt einen Überblick:

Wohnorte der türkischen Arbeitnehmer vor ihrer Ausreise (%)

Wohnort vor der Ausreise	1969	1971
Großstadt (il)	28,87	37,06
Kleinstadt (ilçe)	13,66	20,39
Dorf (Köy ve Bucak)	57,45	42,54

Quelle: Yurt dişindaki Türk işçileri ve dönuş eğilimleri, 1971, S. 11

So wurde der Schwerpunkt der Auswanderung ins Ausland in den letzten Jahren mehr und mehr in die Städte verlagert. Das kann einerseits mit einer neuen Wanderungswelle der Landfluchtler, die in den Städten nicht das Erhoffte finden konnten und dieses Mal ins Ausland wanderten, und andererseits mit der in den letzten Jahren besonders in den Großstädten schlechter gewordenen ökonomischen Lage erklärt werden.

2.2 Nach der Schulbildung

Von den 457.260 türkischen Arbeitnehmern (353.149 Männer, 104.111 Frauen) in der BRD und West-Berlin waren im Jahre 1972 7% der Männer und 16% der Frauen ohne Schulbildung.[6)] Die folgende Tabelle zeigt die Bildungssituation der türkischen Arbeitnehmer:

Schulbildung der türkischen Arbeitnehmer in der BRD und West- Berlin (in %)

	Dauer der Schulbildung								
	ohne Schulbildung	- 4 J.	5 J.	6 J.	7 J.	8 J.	9 J.	10 J. und lg.	keine Angaben
Männer	7	15	53	6	5	5		5	
Frauen	18	17	40	11		7			

Quelle: Repräsentativuntersuchung 1972, S. 28

Somit liegt der Bildungsstand der türkischen Gastarbeiter - in bezug auf den Anteil ohne Schulbildung - erheblich höher als es beim Landesdurchschnitt der Fall ist.

Nach der türkischen Volkszählung von 1970 bildet nämlich der Bevölkerungsanteil ohne Schulbildung mit 65,9% bei den Männern und 34% bei den Frauen[7)] fast 21% der Gesamtbevölkerung über 11 Jahre. Diese 21% sinken bei den türkischen Gastarbeitern auf 9,5%, was auf das Vermittlungsverbot von Analphabeten durch die türkischen Arbeitsämter zurückzuführen ist. Ein Teil dieser 9,5% sind Schreib- und Leseunkundige ohne Schulbildung; den Rest bilden die namentlich Angeforderten, Familienangehörigen und die durch die Familienzusammenführung zugereisten Ehemänner und Ehefrauen.

50% der türkischen Gastarbeiter haben eine fünfjährige Volksschulbildung, was in der Türkei eigentlich Pflicht ist. Die sechs-, sieben-, achtjährige Schulbildung bedeutet entweder den dreijährigen Mittelschulbesuch mit oder ohne Abschluß, oder den Besuch einer Fach- oder Handwerkschule.

Neun, zehn und mehr Bildungsjahre deuten wiederum auf den Besuch eines Gymnasiums oder einer Fachschule hin.

2.3 Nach der Altersstruktur

Im Hinblick auf die Arbeitskraft gibt die Altersgliederung der türkischen Arbeitnehmer in der BRD und West-Berlin - bedingt durch das Ausleseverfahren und auch die türkischen demographischen Gegebenheiten - ein sehr günstiges Bild ab. Die folgende Tabelle bestätigt diese Beurteilung:

Die Altersgliederung der türkischen Arbeitnehmer in der BRD und WB in % (1972)

	unter 25 J.	25 - unter 30 J.	30 - unter 35 J.	35 - unter 40 J.	40 - unter 45 J.	45 J. und älter	ohne Ang.
Männer	9	21	33	22	10	4	1
Frauen	32	24	20	12	7	.	.

Quelle: Repräsentativuntersuchung 1972, S. 16

Somit bildeten die türkischen Arbeitnehmer eine wirtschaftlich produktive und politisch aufnahmefähige und aktive Altersstruktur.

2.4 Nach den Familienverhältnissen

Nach den Zahlen der Bundesanstalt für Arbeit waren im Jahre 1972 86% der männlichen und 78% der weiblichen türkischen Arbeitnehmer verheiratet.[8] Der Anteil der sich im Ausland befindenden verheirateten türkischen Arbeitnehmer mit einem Prozentsatz von 92,73 bildete im Jahre 1971 damit einen größeren Anteil als in der BRD und West-Berlin.[9] Dagegen ist die Zahl der mit einem Ehepartner im Ausland bzw. in der BRD und West-Berlin lebenden Arbeitnehmer ziemlich niedrig. Im Jahre 1971 hatten 22,20% der verheirateten türkischen Arbeitnehmer ihren Ehepartner bei sich; 76,05% ließen ihn in der Heimat.[10] In der BRD und West-Berlin befanden sich 46% der türkischen männlichen und 85% der weiblichen Arbeitnehmer mit ihren Ehepartnern.[11] Dieser große Unterschied zwischen türkischen und bundesdeutschen Quellen läßt daher vermuten, daß die Repräsentativuntersuchung 1972 der Bundesanstalt für Arbeit mindestens in diesem Bereich nicht repräsentativ für türkische Arbeitnehmer ist. Eine so rasche und positive Entwicklung innerhalb eines Jahres scheint uns nicht wahrscheinlich. Der Trend, daß allmählich mehr verheiratete als ledige Arbeitnehmer ins Ausland gehen, bestätigt sich durch die türkischen und bundesdeutschen Statistiken.

II. Die Auswirkungen der Wanderung der türkischen Arbeitnehmer ins Ausland aus der Sicht der politischen Sozialisation

Die Auswirkungen der Migration auf die politische Sozialisation kann durch mehrere Variablen untersucht werden, die wir im ersten Kapitel diskutiert haben. Jedoch wurden in dieser Arbeit drei Variablen ausgewählt, die für die Migration bedingte politische Sozialisation besonders ausschlaggebend sind: die Unterbrechung des politischen Sozialisationsprozesses, Entpolitisierung der Auswanderer und politischer Bewusstwerdungsprozess der Auswanderer. Mit Hilfe dieser Variablen und einem allgemeinen Modell wurde unten die Auswanderung der türkischen Arbeitskräfte ins Ausland und ihre Rückkehr aus der Sicht der politischen Sozialisation diskutiert.

Die Ursachen der Auswirkungen der Migration auf die politische Sozialisation der türkischen Auswanderer können auf zwei Ebenen betrachtet werden :

1. die Ursachen, die an den strukturellen Unterschieden der Entsende- und Beschäftigungsländer liegen, nämlich kulturelle Unterschiede, sozio-ökonomische Strukturunterschiede und politische Strukturunterschiede.

2. solche Ursachen, die an den Eigenschaften der Auswandererermasse und Auswanderung selbst liegen:

2.1 Rotativer Charakter der Migration

2.2 Sprachschwierigkeiten der Auswanderer

2.3 Durch die geographische und zeitweilig auch soziale Mobilität der Auswanderer und durch ihre spezielle Lage im Beschäftigungsland und dadurch geschaffene "Gastarbeiter-Daseins-Struktur":

2.3.1 Sub-Sozio-ökonomische Struktur der Gastarbeiter

2.3.2 Sub-kulturelle Struktur der Gastarbeiter

2.3.3 Sub-politische Struktur der Gastarbeiter, die bestimmt ist

2.3.3.1 durch das Fehlen der politischen Rechte der Gastarbeiter.

Diese Ursachen verursachen einen Prozess, der

- durch die ungenügende politische Information für die Gastarbeiter, und
- durch das Fehlen der politischen Partizipationsmöglichkeit der Gastarbeiter gekennzeichnet ist.

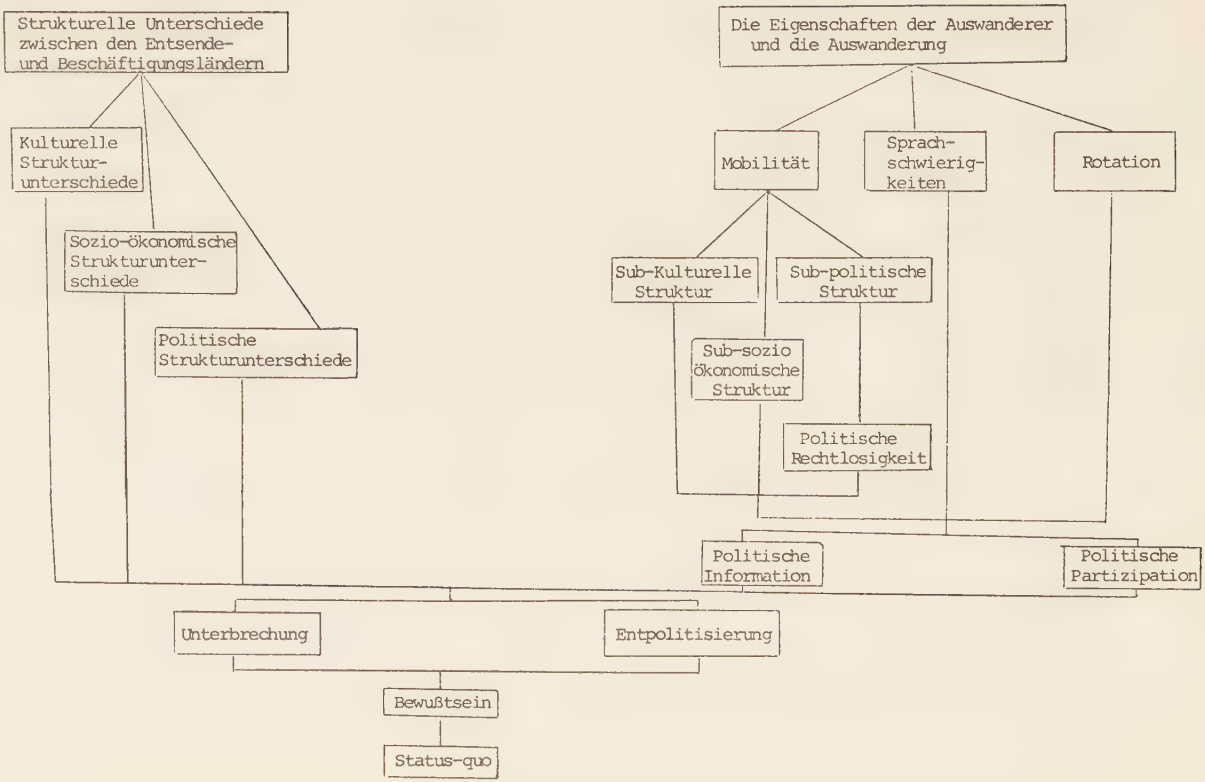
Diese Ursachen wirken wiederum durch diesen Prozess auf die politische Sozialisation der Auswanderer und verursachen

- Unterbrechung der politischen Sozialisationsprozesse der Auswanderer, und/oder
- Entpolitisierung der Auswanderer.

Diese beiden Faktoren, nämlich die Unterbrechung und Entpolitisierung, beeinflussen den Bewusstwerdungsprozess und das Bewusstsein der Betroffenen.
Als Ergebnis des Ganzen wird dann die allgemeine und politische Struktur des Entsendelandes beeinflusst , wodurch eine Status-quo erhaltende Wirkung auf das System des Entsendelandes zustandekommt.

Bevor wir die Einzelheiten dieses Modells diskutieren, wollen wir es zuerst in einem Schema veranschaulichen
(siehe Seite 131)

DAS AUSWIRKUNGSMODELL DER MIGRATION



1. Die an den strukturellen Unterschieden des Entsende- und des Beschäftigungslandes (der Türkei und der Bundesrepublik) liegenden Ursachen der Auswirkungen der Migration auf die politische Sozialisation der türkischen Auswanderer

Die politische Kultur eines Landes wird durch die kulturellen, ökonomischen, historischen, geographischen und sozialen Gegebenheiten der Sozietät geprägt. Lange und unterschiedliche Entwicklungen in den Ländern schufen sich ähnelnde bis grundverschiedene politische Kulturen. Dieser Unterschied wird dann besonders sichtbar, wenn sich Menschen von einem Kulturbereich in einem anderen Land aufhalten. Bei der Arbeitskräftewanderung ist es der Fall: Grosse Menschenmengen bewegen sich von einem Kulturbereich zum anderen und bleiben dort jahrelang. Wenn die Bedingungen dafür günstig und/oder die kulturellen Differenzen klein sind, trägt das zur Erleichterung der Integration bei.

Wie bereits erwähnt, leben und arbeiten beinahe eine Million Türken ausserhalb ihres Landes, hauptsächlich in den EG-Ländern; mehr als die Hälfte davon in der BRD und West-Berlin. Obwohl die Türkei offiziell

Europa angehörig ist, kann nicht bestritten werden, dass das türkische Volk im Grunde genommen unter dem Einfluss der asiatischen Kultur steht.

Ökonomische, religiöse, sprachliche und soziale Unterschiede zwischen zwei Völkern machen es den Türken in der BRD und West-Berlin fast unmöglich, die politische Kultur hierzulande zu begreifen und mit ihrer eigenen politischen Kultur in Einklang zu bringen. Ihre Bemühungen gelten überwiegend anderen Bereichen, die ihnen lebenswichtig erscheinen. Am Arbeitsplatz, auf der Strasse, bei den Behörden, in dem infrastrukturellen Bereich müssen sie ausserordentlich viel Energie und Vorsicht aufbringen, um ihre Funktion als Arbeitskräfte nicht zu verlieren, was am Ende bedeuten würde, in die Heimat zurückgeschickt zu werden. Deswegen bleibt für die Politik sehr wenig übrig.

So stellen die grundverschiedenen kulturellen, sozio-ökonomischen und politischen Strukturen der Türkei und der Bundesrepublik und die infolgedessen unterschiedlichen politischen Kulturen beider Länder einen begünstigenden Faktor für die Unterbrechung des politischen Sozialisationsprozesses und für die Entpolitisierung der Auswanderer dar.

Dieselben Faktoren sind auch für die Rückkehrer aktuell, weil für sie die alte Struktur, aus der sie als Auswanderer ins Ausland gingen, nicht mehr vorhanden ist, und zwar aus den folgenden zwei Gründen:

a. während der Abwesenheit der Gastarbeiter bleibt das Gesellschaftssystem der Türkei nicht stehen: die normale und natürliche Entwicklung der Gesellschaft wirkt auch auf die Sub-Struktur, aus der die Gastarbeiter stammen. In sieben Jahren, die die Gastarbeiter durchschnittlich im Ausland verbringen, ändert sich vieles in der Struktur des Heimatlandes, manchmal auch sehr radikal, wie Krieg, Machtwechsel, Wahlen, Regierungskrise, usw. Die Gastarbeiter sind nicht in der Lage, solche und natürliche Entwicklungen so zu verfolgen, als ob sie das Land nicht verlassen hätten. Deswegen sind sie im Hinblick auf die Geschehnisse im Heimatland im Rückstand. Nach der Rückkehr müssen sie versuchen, die neue Struktur zu entschlüsseln. Das bedeutet eine neue Unterbrechung des politischen Sozialisationsprozesses nach der Rückkehr.

b. die Gastarbeiter sind nicht bereit, nach der Rückkehr in die Heimat in ihre alten Strukturen zurückzugehen. Wie wir es weiter unten näher untersuchen, beabsichtigen sie, sich mit ihren Ersparnissen eine selbständige Existenz aufzubauen und damit einen sozialen und ökonomischen Aufstieg zu ermöglichen, obwohl weder ihre unternehmerischen Kenntnisse noch ihre Ersparnisse, noch die Bedin-

gungen im Heimatland dafür günstig sind. In der gesamten Gesellschaftsstruktur der Türkei gibt es keinen bestimmten Platz für sie; sie müssen selbst und als einzelne Individuen sich einen Platz schaffen oder sich zu einer existierenden Sub-Struktur hineinordnen, was wiederum die Unterbrechung mit sich bringt.

2. Die an den Eigenschaften der Auswanderer und Auswanderung selbst liegenden Ursachen

2.1 Rotativer Charakter der Migration:

Diese Wanderung ist zeitlich begrenzt und rotativ: Die Ausgewanderten müssen nach einer Weile zurück in ihre Heimat wandern. Sie dürfen nicht für immer in dem arbeitgebenden Land bleiben, weil es nach den gültigen gesetzlichen Regulationen nicht möglich ist. Um sich in der BRD und West-Berlin aufhalten zu können, benötigen die Gastarbeiter aus der Türkei eine Aufenthalts- und Arbeitserlaubnis, die in der Regel höchstens für zwei Jahre gültig sind und erneuert werden müssen. Die Gastarbeiter haben grundsätzlich keinen Anspruch auf eine Aufenthalts- und Arbeitserlaubnis. Das Aufenthalts- und Arbeitsaufnahmeverbot ist die Regel, die Erlaubnis bildet die Ausnahme. Die "Allgemeinen Verwaltungsrichtlinien zum Ausländerrecht" stellen fest:

"Soweit die Aufenthaltserlaubnis nicht zwingend wegen der Beeinträchtigung der Belange der BRD abgelehnt werden muss, entscheidet die Behörde nach pflichtgemässem, der Natur der Sache nach weitem Ermessen. Ausser Gründen, die in der Person des Ausländers liegen, sind insbesondere auch Gründe wirtschaftlicher Art sowie Belange des Arbeitsmarktes zu beachten" .[12)]

Neben den rechtlichen Restriktionen, die einem Gastarbeiter nicht erlauben, sich für immer in der BRD und West-Berlin niederzulassen, gibt es andere Gründe, die eine Rückkehr erzwingen: Diskriminierung, Sprach- und Anpassungsschwierigkeiten, zurückgelassene Familien, ganz abgesehen davon, dass die Arbeit für fast alle Arbeiter aus der Türkei von Anfang an zeitlich begrenzt und eine "Geld sparen und Zurückgehen-Aktion" ist.

Die Rotation findet auch bei den offiziellen türkischen Stellen Zustimmung, weil mit der zunehmenden Aufenthaltsdauer der Türken die Geldüberweisungen zurückgehen. Die Neulinge schicken mehr Geld nach Hause als die Alteingesessenen. Dieser provisorische Charakter des Aufenthalts im Beschäftigungsland wirkt sich auf den Gastarbeiter einerseits so aus, dass er kein Interesse an den politischen Geschehnissen des

Gastlandes zeigt und andererseits auch nicht in der Lage ist, das politische Leben in seinem eigenen Land richtig zu verfolgen.

2.2 Sprachschwierigkeiten der Auswanderer

Die politischen Sozialisationsagenturen vermitteln Informationen,die das politische Verhalten des Menschen beeinflussen und formen. Dabei spielt die Sprache als Grundelement der Kommunikation eine sehr wichtige Rolle.

Der grösste Teil der ausländischen Arbeitnehmer kommt in die BRD und nach West-Berlin ohne deutsche Sprachkenntnisse; die deutsche Sprache muss erst hier erlernt werden.

Das ist besonders für die Türken unter den ausländischen Arbeitnehmern schwierig, weil erstens die deutsche und türkische Sprache von unterschiedlichen Sprachgruppen stammen, zweitens die Altersstruktur eine Erschwernis zum Erlernen einer andersartigen Fremdsprache darstellt und drittens die türkischen Gastarbeiter keine Lehrinstitution oder Organisation finden, mit deren Hilfe sie die neue Sprache erlernen könnten. Sie müssen selbst eine Möglichkeit suchen, deutsch zu lernen. Weil es nicht leicht und nicht für jeden möglich ist, einen Sprachkursus zu besuchen, eignen sich die Türken ihre Sprachkenntnisse am Arbeitsplatz

oder durch Kontakte mit Deutschen während der Freizeit an. Nur 8% der deutschkundigen Türken gaben an, einen Sprachkursus besucht zu haben. Nach der Repräsentativ-untersuchung 1972 sprechen 7% der türkischen Arbeitnehmer die deutsche Sprache sehr gut, 34% einigermassen, 43% schlecht und 16% gar nicht.[13)]

Es kann vermutet werden, dass nur 7% der Türken in der BRD und West-Berlin sprachlich in der Lage sind, politische Informationen in deutscher Sprache zu verstehen; der Rest kommt mit Müh und Not im Betrieb und im täglichen Leben zurecht. Wenn wir die politischen Sozialisations-Agenturen für die türkischen Arbeitnehmer in der BRD und West-Berlin in zwei Gruppen teilen und zwar in

i - die Agenturen, die mit den Arbeitern hierher gebracht werden und

ii - solche, die sie hier vorfinden,

kann gesagt werden, dass die politischen Sozialisations-Agenturen unter 'ii', die ihre Informationen in deutscher Sprache vermitteln, für einen grossen Teil der Türken wegen Sprachschwierigkeiten unbrauchbar sind.

2.3 Mobilität und Gastarbeiter-Daseins-Struktur

Die geographische Mobilität bedeutet für die Gastarbeiter zeitweilig auch eine ökonomische Mobilität, nur der Maßstab des ökonomischen Aufstiegs liegt in der fernen Türkei; dieser Aufstieg ist nur nach den Kriterien des Heimatlandes existent und liegt auch in der Zukunft; es wird sich erst bemerkbar machen, wenn der Betroffene wieder in der Türkei ist und mit erspartem Geld in der dortigen Struktur einen höheren Platz als seinen früheren einnimmt. Diese Tatsache zwingt ihn, sich nach diesem in der Zukunft liegenden Ziel zu richten.

Der soziale und ökonomische Stand der Gastarbeiter in der Gastgebergesellschaft ist wiederum der unterste. Deswegen bedeutet der Aufenthalt und die Beschäftigung im Ausland allein keineswegs einen sozialen und ökonomischen Aufstieg. Das ist einer der Gründe der Entstehung einer Gastarbeiter-Daseins-Struktur im Beschäftigungsland: inmitten einer konsumorientierten Gesellschaft müssen sie Konsumverzicht- und Sparverhalten entwickeln, um den Preis eines sozialen und ökonomischen Aufstiegs im Heimatland.

Den anderen Grund bildet die Einstellung der Gastgebergesellschaft gegenüber den Gastarbeitern: sie werden zwar im Arbeitsprozess integriert, aber nur als "Arbeitskräfte" duldet man sie. Als Menschen und als soziales Wesen gibt

es für sie keinen Platz in der Struktur der Gastgebergesellschaft: keine Klasse, keine soziale Schicht nimmt sie auf.

So zwingen diese Gründe die Gastarbeiter dazu,eine eigenartige Gastarbeiter-Struktur zu bilden. Die wesentlichen Merkmale dieser Struktur werden weiter unten kurz erläutert.

2.3.1 Sub-sozio-ökonomische Struktur der Gastarbeiter:

Wie bereits erwähnt, nimmt keine der Sub-Strukturen der Gastgebergesellschaft die Gastarbeiter auf, damit sie sich an den sozio-ökonomischen Regeln dieser Sub-Struktur orientieren könnten. Das eigentliche Ziel der Auswanderung, mit Ersparnissen eine Existenz im Heimatland aufzubauen, bestimmt und beschränkt andererseits das ökonomische Verhalten der Gastarbeiter: möglichst wenig ausgeben und viel sparen ist die Devise. In den Altbau-Wohnungen mit Behelfsmöbeln in den Sanierungsgebieten der Städte bilden sie so Ghettos mit eigenen Lebensmittelläden und Kneipen. Die Autos werden als Status-Symbol nur für die Urlaubsfahrt in die Heimat zugelassen, mit Geschenken vollgeladen und nach dem Urlaub wieder stillgelegt.

Diese Sub-Struktur hat weder im Beschäftigungs- noch im Heimatland ihresgleichen und wird auch nicht mit der Rückkehr ins Heimatland getragen.

2.3.2 Sub-kulturelle Gastarbeiter-Struktur:

In dieser Ghetto-Situation entsteht auch eine sub-kulturelle Struktur: dort wird eine eigenartige Sprache gesprochen: die türkische Sprache ist um mehrere deutsche Begriffe wie "Arbeitsamt", "Krank", "Meister", "Urlaub" etc. bereichert; die Orts- und Strassennamen bekommen neue Gesichter: Gesundbrunnen ist "Kesikburun", Kreuzberg heisst" Güzel Istanbul" usw. Gastarbeiter-Zeitungen und Gastarbeiter-Lieder entsprechen und fördern diese sub-kulturelle Struktur.

2.3.3 Sub-politische Struktur der Gastarbeiter:

Diese Struktur ist gekennzeichnet durch das Fehlen der politischen Rechte der Gastarbeiter.

2.3.3.1 Die Wanderer verlieren zugleich auch ihre politischen Rechte; sie dürfen nicht mehr wählen oder gewählt werden; sie sind nicht mehr Partizipanten des politischen Lebens.

Mit dem Verlassen des Landes verlieren die türkischen Arbeitnehmer ihre politischen Rechte: sie dürfen weder in der Türkei noch in den Gastländern wählen oder gewählt werden. So sind fast eine Million wahlberechtigter

Türken nur Zuschauer der politischen Szene. Diese Tatsache macht die Gastarbeiter für die politischen Institutionen hüben und drüben uninteressanter, weil sie wegen des Fehlens der politischen Rechte keine regelrechte "pressure group" bilden. Sie selbst zeigen aus dem gleichen Grunde kein Interesse an der Politik.

Diese Ursachen zusammen verursachen durch einen durch die ungenügenden politischen Informationen und durch das Fehlen der politischen Partizipationsmöglichkeit gekennzeichneten Prozess , die Unterbrechung des politischen Sozialisationsprozesses und/oder Entpolitisierung der Gastarbeiter. Nur,dieser Prozess und die Unterbrechung und Entpolitisierung treten nicht nur deswegen auf, weil die türkischen Auswanderer von einer Gesellschaft zur anderen kommen, sondern auch, weil die Struktur und Umfang der politischen Sozialisationsagenturen für die Gastarbeiter in dieser neuen Gesellschaft dabei eine sehr wichtige Rolle spielen. Wie unten näher erläutert, weisen die Auswirkungen einzelner politischer Sozialisationsagenturen auf die Gastarbeiter zu einer gemeinsamen Richtung auf, nämlich die Unterbrechung und/oder die Entpolitisierung der Betroffenen; so ist ihre Wirkung am Ende kumulativ. Um es zu zeigen, werden unten die politischen Sozialisationsagenturen in der

Bundesrepublik für die türkischen Gastarbeiter diskutiert.

3. Politische Sozialisations-Agenturen in der BRD und West-Berlin für die türkischen Gastarbeiter

3.1 Die Familie als politische Sozialisations-Agentur

Die türkische Familie weist eine Grossfamilienstruktur mit paternalistischen Zügen auf:[14] sie ist aus Vater und Mutter, Grossvater und Grossmutter väterlicherseits, männlichen ledigen oder verheirateten Kindern mit ihren Frauen und Kindern und den Verwandten väterlicherseits zusammengesetzt. Zwar verschiebt sich die

Familienstruktur in größeren Städten von der paternalistischen zur mehr egalitären Form, trotzdem ist sie noch nicht zur Kernfamilie geworden; weder die Urbanisation noch die Flucht vom Lande verkleinerte die türkische Familie[15)] bis zur Auswanderung ins Ausland. Die türkische Familie ist durch die Auswanderung ins Ausland eine Kernfamilie geworden, gleichzeitig verlor sie ihren paternalistischen Charakter, was sich auf ihre Rolle als politische Sozialisations-Agentur auswirkte. Die folgende Tabelle zeigt die Alternativstrukturen der zwischen zwei Ländern geteilten türkischen Familie:

Alternativkompositionen der türkischen Familienstruktur

Möglichkeiten	I Vater	II Mutter	III Kinder	IV andere Mitglieder der Großfamilie
1	T	T	T	T
2	T	T	T	BRD
3	T	T	BRD	T
4	T	T	BRD	BRD
5	T	BRD	T	T
6	T	BRD	T	BRD
7	T	BRD	BRD	T
8	T	BRD	BRD	T
9	BRD	T	T	T
10	BRD	T	T	BRD
11	BRD	T	BRD	T
12	BRD	T	BRD	BRD
13	BRD	BRD	T	T
14	BRD	BRD	T	BRD
15	BRD	BRD	BRD	T
16	BRD	BRD	BRD	BRD

Zeichenerklärung: T: Türkei
BRD und West-Berlin
(Siehe Kudat-Wakeman, 1973)

Die unter Spalte IV dargestellte theoretische Möglichkeit, daß andere Mitglieder der Großfamilie auch mit in die BRD und West-Berlin ziehen könnten, besteht in Wirklichkeit nicht, weil es gesetzlich verboten ist. Das bedeutet, daß höchstens eine Kernfamilie auswandern darf, was der 15. und 16. Alternative entspricht. Bevor wir zu diesen Alternativen kommen, diskutieren wir über die restlichen. Alternativen 1 und 2 sind für uns nicht interessant, 3 und 4 empirisch nicht möglich.

Die Fälle 5 und 6 zeigen, daß die Mutter in der BRD arbeitet und Vater und Kinder in der Türkei sind. Diese Fälle, die für türkische Verhältnisse höchst unüblich sind, kamen deshalb zustande, weil die Wartezeit für männliche Arbeitnehmer mindestens fünf Jahre und mehr betrug und bei den Frauen sehr kurz war - oft unter einem Monat. In der Hoffnung, mit Hilfe der Familienzusammenführungs-Erleichterungen bald nachkommen zu können, schickten die Ehemänner ihre Ehefrauen zuerst hierher. Da aber die Familienzusammenführung nie richtig lief, bleiben die Frauen hüben und die Männer und Kinder drüben. Diese Situation beraubte den Ehemann seiner starken und traditionellen Position in der Familie; die Frau,

ökonomisch stärker als ihr Mann und in den Augen der Kinder der Familienernährer und einmal im Jahr während des Urlaubs der Konsumgüter-Weihnachtsmann, stellte eine unübliche Rolle dar. Bittbriefe der Ehemänner an die türkischen Konsulate und offiziellen Stellen sind an der Tagesordnung; sie bitten darum, daß man ihre Frauen mittels Staatsgewalt dazu zwingt zurückzugehen oder aber Geld zu überweisen.

Wenn der Vater allein mit den Kindern ist, wie es Fall 5 aufzeigt, tritt der Rollenwechsel des Vaters besonders stark hervor: der Vater muß dann die Hausfrauenrolle voll übernehmen.

In beiden Fällen kann die Familie nicht mehr ihre Aufgabe als politische Sozialisationsagentur bei Kindern und Ehepartner erfüllen; die Unterbrechung ist da.

Die Fälle 7, 8, 11 und 12 treten sehr, sehr selten ein, weil es entweder bundesrepublikanische Behörden nicht erlauben, daß die Kinder nur mit einem Elternteil hierher ziehen, oder aber es fast unmöglich ist, Arbeit und Kinderpflege zu vereinbaren.

Bei den Fällen 9, 10, 13 und 14 kann der Vater als politischer Erzieher nicht in Frage kommen. Im Fall 9 sind die Kinder mit der Mutter allein. Die Familie wird von ihr vertreten und sie muß die politische Erziehung übernehmen. Aber die türkischen Frauen dieser sozialen Gruppe sind wenig gebildet; viele sind Analphabeten und bleiben der Politik soweit wie möglich fern. Sie stehen unter dem starken Einfluß ihrer Männer, was ihre politischen Aktivitäten und Einstellungen angeht. Deswegen ist es nicht möglich, daß die Kinder von der Mutter politische Informationen bekommen. Die Unterbrechung tritt ein.

Der Fall 10 bietet zwei Möglichkeiten: entweder sind die anderen Mitglieder der Großfamilie auch nur Frauen, dann ist es ähnlich wie im Fall 9, oder aber die männlichen Mitglieder der Großfamilie übernehmen die Rolle des Vaters soweit es möglich ist.

Bei den Fällen 15 und 16 sind nun folgende Alternativen möglich: (In beiden Fällen können alle Kinder bei den Eltern oder aber ein Teil in der Türkei

sein. Es ist zu bemerken, daß selten alle Kinder bei den Eltern sind.)

- Ein Kind, mehrere oder alle Kinder sind zweisprachig = 0
- Kinder sprechen nur türkisch = 1
- Mutter ist berufstätig = 1
- Mutter ist Hausfrau = 0
- Vater ist berufstätig = 1
- Vater ist nicht erwerbstätig = 0

Diese zusätzlichen Alternativen stellen wir in einer Tabelle zusammen:

Autoritätsstruktur der türkischen Familie in der BRD und WB

Möglichkeiten	Mutter	Vater	Kinder
1	1	1	1
2	1	1	0
3	1	0	1
4	1	0	0
5	0	1	1
6	0	1	0
7	0	0	1
8	0	0	0

Bevor wir zur Tabelle kommen, müssen wir von einem Phänomen, und zwar der Zweisprachigkeit der türkischen Gastarbeiterkinder reden. Solche Kinder, die deutschkundig sind, übernehmen in der Familie eine sehr wichtige Rolle: sie sind keine von den Eltern abhängige kleine Geschöpfe mehr, sondern Helfer, Wegweiser, Erzieher und Beschützer ihrer Eltern. Wir beobachteten mehrere solcher Fälle. Ein achtjähriges Mächen, G.B., wurde nicht nur von seinen Eltern, sondern auch von Nachbarn und Bekannten der Familie in Anspruch genommen: nachts oder morgens früh wurde es zum Arbeitsamt, zum Arzt, zur Polizei usw. als Dolmetscher mitgenommen. Die Eltern, Nachbarn und Bekannten haben Respekt vor dem achtjährigen Mädchen. Die Eltern können es nicht mehr ins Bett weisen.

Solche Situationen in den Familien erschweren die Rolle der Eltern als politische Erzieher. Hinzu kommt noch die Berufstätigkeit der Frau, die die althergebrachte Autoritätsstruktur der Familie zerstört, aber keinen Ersatz dafür bringt. Die türkische Gastarbeiter-Familie ist in sich nicht

stabil, was sie als wirkungsvoller politischer Sozialisationsagent unbedingt sein muß. Die einzige Möglichkeit, die den Normen und der Struktur der türkischen Familie entsprechen würde, wäre die Alternative 5: Der Vater arbeitet, die Mutter ist Hausfrau und die Kinder verstehen nur türkisch. Bei allen anderen Möglichkeiten sind die Familienmitglieder ständig in einer verzwickten Situation.

Zum Schluß kann gesagt werden, daß die türkische Gastarbeiterfamilie ihre Rolle als politischer Erzieher ihrer Mitglieder verloren hat. Viele Familien sind geteilt; das Fehlen der politischen Aktivitäten wie z.B. das Wählen oder Gewähltwerden, machen es überflüssig, über Politik zu sprechen. Außerdem sind sie sehr weit von den politischen Geschehnissen in der Türkei entfernt und nicht imstande, den hiesigen zu folgen und sich daran zu beteiligen. Ihren Kindern können sie fast keine brauchbaren politischen Informationen vermitteln. Die Kinder wiederum können diese Informationslücke nicht mit Hilfe der anderen politischen Sozialisations-

agenturen schließen: sie fehlen. Sie beziehen weder in der Schule noch auf der Straße, weder von ihrer Umgebung noch von Massenmedien politische Informationen über ihr Heimatland oder ihr Gastland. Und die Familie selbst, die mit zusätzlichen Problemen belastet ist und ihre Stabilität verloren hat, ist geteilt: Sie ist als Lern- und Lehrquelle nicht mehr geeignet. Die Familie als politische Sozialisationsagentur vertieft unter diesen Umständen die Unterbrechung des politischen Sozialisationsprozesses.

Es wäre falsch anzunehmen, daß wir gegen die Emanzipation der Frau oder gegen die anti-autoritäre Kindererziehung sind. Es ist natürlich richtig, daß die Erziehung in einer egalitären, demokratischen Familie leichter ist. Nur ist die Wandlung der türkischen Gastarbeiterfamilie ja kein natürliches Ereignis. Die türkische Familie hat diese neue Struktur nicht selbst entwickelt - diese neue Situation ist eine unnatürliche Folgeerscheinung. Deswegen ist sie nicht stabil, nicht dauerhaft. Dies alles stellt eine krankhafte Entwicklung dar. Die alte Struktur der Familie wird wieder hergestellt, wenn sie in der Türkei ist: die Frauen werden die Hausfrauenrolle übernehmen, die Männer

als Familienernährer ihre Autorität wiedererlangen und die zweisprachigen Kinder plötzlich ihre gehobene Stellung wieder verlieren. Nur die Unterbrechung wird sich bemerkbar machen.

3.2 Peer groups (Gruppen von Gleichaltrigen)

Auf die wichtige Rolle der peer-groups-Sozialisation wird in der Literatur oft hingewiesen; es wird bemerkt, daß dieser Sozialisationsagent sich von den anderen Agenturen in vieler Hinsicht unterscheidet. Peer groups setzen sich aus Gleichaltrigen zusammen, sind informell, weisen keine strenge Struktur auf und bieten ihren Mitgliedern große Interaktionsmöglichkeiten. Sie können eine hierarchische oder aber egalitäre Struktur haben. Peer groups von Erwachsenen sind allerdings in der politischen Sozialisation vernachlässigt worden. Die Arbeiten über Kinder peer groups zeigen, daß dieser politische Sozialisationsagent bei der politischen Erziehung eine aufbauende Rolle spielt. Cohn stellt in seiner Arbeit über jugendliche peer groups in den USA fest, daß sie überwiegend eine egalitäre Struktur aufweisen und ihren Mitgliedern die gleichen Partizipationsmöglichkeiten anbieten. Das ist anders als in der hierarchischen Erwachsenen-

welt, wo der heranwachsende Jugendliche Anpassungsschwierigkeiten hat.[16)]

Die Auswirkungen der peer groups auf die Kindes- und Erwachsenensozialisation und ihre Stellung in dem politischen Sozialisationsprozeß wurde auch in der türkischen Literatur sehr oberflächlich behandelt.[17)] Im Grunde genommen zeigen die Kinder- und Jugendlichenpeer groups in der Türkei keine Besonderheiten auf. Aus der Sicht der indirekten politischen Sozialisation sind die Mitgliederzahl der peer groups, die Spielart und Spielplätze und ihre geschlechtliche Zusammensetzung von Bedeutung. Es ist festzustellen, daß die peer groups in der Türkei normalerweise nur von Gleichaltrigen gebildet werden und sich mit zunehmenden Alter eine Sex-Trennung vollzieht: Mädchen werden ausgestoßen und formieren sich wieder in kleineren Gruppen nicht mehr auf der Straße, sondern in den Häusern, während die Jungen sich weiterhin in der Außenwelt bereichern und aktiver werden.

So kann gesagt werden, daß die Jugendlichen-peer groups in der Türkei eine Alters- und Sextrennung aufweisen. Nun machen aber peer groups der türkischen Gastarbeiter-

kinder in der BRD und West-Berlin eine Wandlung durch: weil sie von den gleichaltrigen Deutschen nicht akzeptiert werden, bleiben sie unter sich, allerdings ohne Alters- und Sextrennung, aber unter dem Aspekt der Rassentrennung.

Dieser Aspekt beschäftigt peer groups sehr stark. Der ganze Horizont der Gruppe wird von ihm bestimmt. So vermitteln peer groups als politische Sozialisationsagenturen neue und im Heimatland nicht übliche Informationen. Ihre eigentliche Aufgabe ist nicht mehr erfüllbar und die Unterbrechung tritt ein. Außerdem ist die Anzahl der Spielplätze und auch der peergroup-Mitglieder trotz der Ghetto-Situation begrenzt und auf die gleiche Straße oder Umgebung beschränkt. Deswegen sind sie klein und nicht dauerhaft.

Für die peer groups der Erwachsenen haben wir das klassische Beispiel von Bahnhof-Gruppierungen. Ohne die Möglichkeit, in einem Kahve (türkisches Caféhaus), einem "Dorfzimmer", einem Partei-Salon oder ähnlichem Raum regelmäßig zusammenzukommen, begeben sich die Gastarbeiter in ihrer Freizeit in die Bahnhofssäle oder treffen sich in türkischen Reisebüros. Dieses Phänomen bleibt - wie in der Türkei - nur auf Männer

beschränkt. Weibliche Arbeitnehmer treffen sich - außer bei Familienbesuchen - nicht.

Nur die Arbeiterheime und die Stellung der Gastarbeiter im Betrieb bringen neue Aspekte aus der Sicht der Erwachsenen-peer group.

Ein großer Teil der Arbeitnehmer, besonders die ledigen, wohnen in den ersten Jahren in Arbeiterwohnheimen. Sie leben dort mit einer Gruppe gleichaltriger Landsleute zusammen. Diese Situation könnte dazu benutzt werden, ihr Interesse am türkischen politischen Leben wachzuhalten und Informationen zu vermitteln, die Anpassung an die hiesige Arbeitswelt und das tägliche Leben zu erleichtern und die neue Sprache zu lernen, wenn sich türkische und bundesrepublikanische Stellen mehr darum kümmerten. Diese Wohnheime bildeten allerdings nur eine Übernachtungsstätte für die Gastarbeiter, oft mit strengen Verbotsklauseln der Heimleitung versehen, und sind ohne jegliche Hilfe bei der politischen Sozialisation.

Im Betrieb kommt es durch die Arbeitsteilung zwischen Gastarbeitern und heimischen Arbeitern zu Gruppierungen der ausländischen Arbeitnehmer. Besonders in Großbetrie -

ben arbeiten türkische Arbeitnehmer getrennt von deutschen und nur in bestimmten Produktionsablaufbereichen. Diese gesonderte Stellung macht es sichtbar, daß sie anders als die Einheimischen behandelt werden und sich folglich zusammenschließen.

Bis jetzt wurde dieses Potential weder bei der politischen Erziehung noch als Kommunikationserleichterung noch organisatorisch ausgenutzt. Darüber werden wir unten in dem Abschnitt über Gewerkschaften weiter diskutieren.

Jedenfalls fördern peer groups als politische Sozialisationsagenturen mit ihrer jetzigen Struktur die Unterbrechung.

3.3 Schule

Die Gastarbeiterkinder sind in der Regel wie die deutschen Kinder schulpflichtig. Trotzdem wird dieser Zwang von den Eltern untergangen und diese Einstellung von den deutschen Behörden mit Genugtuung aufgenommen. In Nordrhein-Westfalen besuchen etwa 28% und in West-Berlin 45% der ausländischen Kinder eine Schule. Bei den Berufsschulen ist die

Lage noch erheblich schlechter. In West-Berlin besuchen nur 20% aller berufsschulpflichtigen Ausländer eine öffentliche Berufsschule und außerdem befinden sie sich vorwiegend nicht in Ausbildungsverhältnissen, sondern "sind in der Regel als Hilfsarbeiter tätig".[18] So kommt die Schule als politischer Sozialisationsagent für einen großen Teil der Gastarbeiterkinder nicht in Frage.

Solche türkischen Gastarbeiterkinder, die eine deutsche Schule besuchen, werden gesondert in den "Vorbereitungsklassen" gesammelt. In diesen Klassen, die zwar in dem gleichen Gebäudekomplex, aber oft in getrennten Räumen wie Baracken auf dem Schulhof oder im Untergeschoß untergebracht sind, wird die Kinder Deutsch gelehrt und zwar von türkischen Lehrern, die oft selbst als Gastarbeiter oder Studenten nicht in der Lage sind, die deutsche Sprache einigermaßen zu beherrschen. Diese Lehrer, belastet mit der Aufgabe, die Kinder sprachlich und fachlich auf das deutsche Bildungssystem vorzubereiten, versuchen ohne einen einheitlichen Lehrplan und mit unterschiedlichen, individuellen Methoden - weder den Normen des türkischen noch des deutschen Bildungssystems entsprechend - zu unterrichten. Wie Tramsen berichtet,

bleiben die türkischen Kinder und auch die türkischen Lehrer unter sich, getrennt von ihren deutschen Kollegen.[19] Dieses - wie man es bezeichnen könnte - "Schulsystem nur für Gastarbeiterkinder" vertieft die Entfremdung der Kinder von ihrem eigenen Land einerseits und trägt andererseits nicht dazu bei, die Gesellschaft, in der sie leben, zu verstehen. Die spärlichen politischen Informationen, die sie von den Lehrern gelegentlich bekommen, können sie nicht verarbeiten, weil sie mit den Erfahrungen des täglichen Lebens nicht in Einklang stehen: wie können diese Türken, die von den Einheimischen wie Menschen zweiter Klasse behandelt werden und die schmutzigsten Arbeiten erledigen, nach den Worten des Lehrers "groß", "edel" oder "sauber" sein.

Diejenigen türkischen Schüler, die mit Müh' und Not die deutschen Klassen erreichen, weil sie endlich diese Sonderklassen absolviert haben, suchen in den Pausen weiterhin den Kontakt zu ihren türkischen Kameraden. Nur während des Unterrichts beziehen sie direkte oder indirekte politische Informationen von den deutschen Lehrern. Es bleibt aber dabei: sie können diese Informationen mit Hilfe anderer Agenturen nicht ergänzen. Die Familie oder peer groups leisten dabei keine Hilfe.

Die Verteilung der türkischen Schüler auf die verschiedenen Schulen deutet auf das "Gastarbeiterkinder-Schulsystem" hin. Die folgende Tabelle zeigt die Lage in West-Berlin:

Verteilung türkischer Schüler
auf die verschiedenen Schulen
in West-Berlin

Schulen	Prozentsatz der türkischen Schüler
Grundschulen	75,4
Sonderschulen	1,15
Hauptschule	19,7
Realschule	2,2
Gymnasium	1,17
Gesamtschulen	0,24

Quelle: Senator für Schulwesen, vorläufige Zahlen, 15.10.1973

Unter diesen Umständen führt der Schulbesuch türkischer Kinder zu einer Hilfsarbeiterqualifikation. Hinzu kommt noch, daß die Kinder ausländischer Arbeitnehmer oft zwei bis drei Jahre unter ihrer normalen Altersgruppe eingeschult werden.[20] Der physische Reifeunterschied zwischen deutschen und ausländischen Schülern dürfte besonders für den Bewußtseinsstand der ausländischen Schüler nicht ohne Folgen bleiben.

Die türkischen Schüler, die deutsche Klassen besuchen, werden von den eigens dafür in die BRD und WB entsandten türkischen "Regierungslehrern" an schulfreien Nachmittagen in den Fächern türkische Sprache und Kultur unterrichtet. Es besteht dafür kein Zwang; das ist einer der Gründe, warum sehr wenige Kinder diesem Unterricht beiwohnen. Außerdem ist die Zahl der türkischen Kinder, die eine deutsche Schule besuchen, begrenzt. Jedenfalls ist dieses Phänomen zurzeit nicht von Bedeutung.

Was die Erwachsenenbildung der türkischen Arbeitnehmer anbelangt, kann nur gesagt werden, daß für sie keine formelle Bildungsmöglichkeit besteht. Lediglich für eine kleine Zahl kommen die Sprachkurse in Frage, wie zum Beispiel am Goethe-Institut, an den Volkshochschulen und anderen, privaten Institutionen. Diese Sprachkurse sind in politischer Hinsicht vorwiegend harmlos-inhaltslos. Bei einem Deutschunterricht der Arbeiterwohlfahrt wurde in einer Stunde das folgende Thema behandelt: Wie fährt man zum Olympia-Stadion, welche Alternative besteht, wo muß man umsteigen usw.? In keinem Unterrichtsplan steht z.B., was man unternehmen kann, wenn der Arbeitgeber die Überstunden nicht bezahlt, was eine Gewerkschaft ist, usw.

Außer solchen Sprachkursen besteht keine Bildungs- oder Fortbildungsmöglichkeit für die türkischen Arbeitnehmer. Und diese Sprachkurse vermitteln alles Mögliche, nur keine politischen Informationen.

So tragen die Schule oder die Sprachkurse als politische Sozialisationsagenturen nur weiter zu der Unterbrechung bei.

3.4 Soziale Gruppen

Die in der Türkei existierenden ethnischen, religiösen oder sprachlichen Gruppen verstreuen sich durch die Auswanderung. Die Auswanderer haben keine Möglichkeit, ihren Arbeitsort selbst zu bestimmen; eine geplante Auswanderung eines Teils dieser Gruppen ist nicht durchführbar. Nur einzeln eingereiste Angehörige können sich in den Großstädten oder Ballungsgebieten der BRD und West-Berlin zusammentun.

Mit der Auswanderung überlassen traditionelle, regionale oder religiöse Bindungen ihren Platz dem nationalen Zusammengehörigkeitsgefühl. Es ist, wie gesagt, in den Großstädten zu beobachten, daß solche Gruppen sich formieren und eine besondere Solidarität unter ihren

Angehörigen entwicklen. Nur haben sie keine politischen Motive oder Aspekte mehr, obwohl sie ursprünglich in der Türkei eine potentielle politische "Machtstruktur" darstellten, wie die Literatur auf diesem Gebiet zeigt.[21] Besonders in den Ost- und Südost-Regionen der Türkei, wo die Bevölkerungsstruktur einen heterogenen Charakter aufweist, stützen sich die Parteien und Politiker auf solche ethnischen, religiösen und sprachlichen Gruppen, die in diesen ökonomisch unterentwickelten Gebieten eine sehr dominierende Rolle bei der politischen Sozialisation spielen. In diesen Regionen liegt z.B. die Wahlbeteiligung immer höher als in den restlichen fünf Regionen. Daß parteilose unabhängige Abgeordnete fast nur aus in diesen Regionen liegenden Städten gewählt werden, ist ein Indiz dafür, daß diese Gruppen politisch nicht weniger mächtig sind als die Parteien, weil die unabhängigen Abgeordneten fast immer Leader einer solchen Gruppe sind. Bei der Anpassung des Mehrparteiensystems stellt die Struktur der sozialen Gruppen in diesen unterentwickelten Gebieten eine große Erleichterung dar. Die bestehende autoritäre, traditionelle und konservative Struktur dieser Gruppen hat es ermöglicht, die Angehörigen durch bloße Weisung des Leaders an die Wahlurnen zu bringen. Ohne solche Gruppen wäre diese Entwicklung

nicht denkbar, da beide Regionen die höchste Analphabetenquote des Landesdurchschnitts aufweisen. Kommunikationsmöglichkeiten sind auch heute noch ungenügend gegeben, nicht einmal die Sendungen des türkischen Rundfunks können empfangen werden.

Durch die Auswanderung wurden diese Gruppen nicht nur verstreut, sondern auch die Politisierung ihrer Angehörigen verhindert. Wenn diese Entwicklung nicht ein Ergebnis der Auswanderung gewesen wäre, könnte man es als "Fortschritt" bezeichnen. Der Verlust des politischen Einflusses solcher Gruppen wird als Indiz für die politische Entwicklung bewertet. Aber solche Gruppen verlieren mit der Auswanderung nicht nur ihren politischen Einfluß, sondern ihre Angehörigen werden auch apolitisiert, was statt des Fortschritts einen Rückschlag bedeutet. Die Angehörigen dieser Gruppen erleiden dadurch eine politische Rückentwicklung, was wiederum mit einer starken Unterbrechung des politischen Sozialisationsprozesses verbunden ist.

Hier formieren sich solche Gruppen, wie bereits erwähnt, in den Großstädten. Ihre Mitglieder helfen sich gegenseitig, solidarisieren sich miteinander.

Sie sind hier nicht gegen die kapitalistischen Verhältnisse geschützt. Ihre stammesrechtlichen Regeln finden keine Beachtung mehr bei den Außenstehenden. Ihre traditionellen Bindungen werden stark ausgenutzt: jedes türkische Reisebüro hat für die verschiedenen Gruppen geeignete Nepper. Private türkische Kapitalgesellschaften sammeln das sauer verdiente Geld der Alevetin, Kurden, Osttürken. In den "Predigten" der Entwicklungsvereine für osttürkische Städte wird von einem entwickelten Elazig, Erzurum oder Muş gesprochen und Geld verlangt - die Fabriken in der Osttürkei und die Entwicklung der Städte wird weiterhin jedoch nur geplant.

3.5 Rein politische Organisationen

3.5.1 Politische Parteien

Ohne das Recht "wählen und gewählt werden" erscheint der Begriff "Demokratie" bedeutungslos. Schlimmer ist jedoch, daß ein Teil der Bürger oder Mitbürger sich dieses Recht zusprechen darf und ein anderer nicht.

So ist die Situation für die türkischen Arbeitnehmer in der BRD und West-Berlin die folgende: Sie dürfen

weder in der Türkei noch in der BRD wählen oder gewählt werden. Aus dieser Sicht gesehen, lebt die alte römische Teilung der Landeseinwohner in Patrizier und Plebs am Beispiel der Gastarbeiter fort.

Die politischen Parteien sind die wichtigsten direkten politischen Sozialisationsvermittler und politischen Meinungsbildungs-Institutionen. Allein die Tatsache, daß weder türkische noch bundesdeutsche Parteien diese Funktion aufgrund der fehlenden Rechtsbasis bei den türkischen Arbeitnehmern nicht erfüllen können, bedeutet die Unterbrechung des politischen Sozialisationsprozesses für die Betroffenen. Für die Parteien beider Länder sind die türkischen Gastarbeiter uninteressant, weil sie keine Wählerstimmen bedeuten. Für die Gastarbeiter ist es ebenso bedeutungslos, sich ohne Repräsentationsmöglichkeit mit den Parteien zu beschäftigen.

Ende 1973 beschloß ein parlamentarischer Unterausschuß in der Türkei - seine Mitglieder kommen aus allen Parteien - einen Gesetzesentwurf, der den türkischen Arbeitern im Ausland ermöglichen soll, an der Wahl in der Türkei teilzunehmen.

Die Initiative ging von der republikanischen Volkspartei (CHP) aus. In der Meinung der übrigen konservativen und rechten Parteien ist dieses Unterfangen der CHP mit der Gefahr verbunden, daß den türkischen Arbeitnehmern in der BRD die unbeschnittene Freiheit eingeräumt wird, über die politische Lage der Türkei offen zu sprechen und zwar so offen, wie es zurzeit in der Türkei unmöglich ist: ohne Beschränkung und Verbot. Trotzdem stimmten alle Parteien dafür, wahrscheinlich, weil es anders gegenüber der inländischen und ausländischen Öffentlichkeit nicht zu vertreten wäre. Ob das Gesetz unter den jetzigen Verhältnissen jedoch jemals zustandekommen wird, bleibt dahingestellt.

In der BRD dagegen wurde es Ausländern durch eine Änderung des Parteiengesetzes ermöglicht, die Mitgliedschaft bei deutschen Parteien zu beantragen. An allgemeinen und parteiinneren Wahlen jedoch dürfen sie nicht teilnehmen, weil das Grundgesetz das Wahlrecht nur Deutschen zuerkennt. Trotzdem änderten einige Parteien ihre Satzungen dementsprechend. Heute lassen die Deutsche Kommunistische Partei, die Sozialdemokratische Partei Deutschlands, die Freie Demokratische Partei und die Sozialistische Einheitspartei West-Berlins Ausländer als Mitglied zu. Die Christlich-

Soziale Union, die Christlich-Demokratische Union und die Nationaldemokratische Partei Deutschlands erlauben Ausländern die Mitgliedschaft nicht.

Inwieweit die türkischen Arbeiter diese Möglichkeit ernst nehmen und davon Gebrauch machen, konnten wir nicht genau feststellen. Der Landesverband der FDP Berlin teilte uns mit, daß er in Berlin nur ein ausländisches Mitglied habe. Allerdings trafen wir keinen türkischen Arbeiter, der von der Möglichkeit eines Parteibeitritts wußte.

Die politische Machtlosigkeit der Gastarbeiter führt dazu, daß sie in der Türkei nur als Devisen-Überweiser und in der BRD nur als reine und flexible Arbeitskräfte betrachtet werden. Erst vor kurzem wurde in der Türkei eine zentrale Behörde für die Probleme der türkischen Arbeiter im Ausland gegründet. In der BRD gibt es immer noch keine zentrale politische Entscheidungsstelle auf Bundesebene für Gastarbeiterfragen. Unter diesen Umständen scheint es zwar zwecklos, von dem Wahlrecht der Gastarbeiter zu sprechen, aber die klassische Antwort auf die Frage "Wer oder welche politische Institution nimmt die Interessen der Gastarbeiter wahr?" lautet: die Regierungen.

Aber ohne die Beteiligung dieser zahlenmäßig starken Gruppe am politischen Entscheidungsprozeß ist keine Besserung der Lage zu erwarten. Solange ihnen das Recht, am Regieren teilzunehmen, vorenthalten bleibt, werden sie als Menschen zweiter Klasse behandelt.

3.5.2 Politische Vereine und Studentenorganisationen

Politisch motivierte türkische Arbeitnehmervereine in der BRD und West-Berlin üben im Grunde genommen keinen nennenswerten Einfluß auf die türkischen Gastarbeiter aus. Ihre Mitgliederzahl bleibt dürftig.

Die Restriktionen der türkischen und bundesrepublikanischen Stellen, besonders für fortschrittlich gesinnte politische Vereine, machen die Mitarbeit in solchen Vereinen nicht ungefährlich. Sie unterliegen sowohl türkischen als auch bundesdeutschen Gesetzen. Die Satzung des Vereins, die Namen und Adressen der Mitglieder, deren Herkunft, die vorgesehenen politischen Aktivitäten müssen schriftlich bei den Behörden beider Länder eingereicht werden. Nach dem türkischen Vereinsgesetz ist die Mitgliedschaft bei einem nicht den türkischen Normen entsprechenden Verein strafbar.

Die Befürchtungen, durch die Mitgliedschaft in einem Verein eine strafbare Handlung zu begehen und dadurch nicht mehr hier arbeiten zu dürfen, somit also aus der BRD ausgewiesen zu werden oder keine Paßverlängerung zu bekommen, sollte der triftigste Grund für die Fernhaltung der Türken von solchen Vereinen sein.

Der größte türkische Verein in der BRD und West-Berlin ist die "Föderation türkischer Sozialisten in Europa" (ATTF) mit neun Filialen in den Großstädten und ungefähr 1000 aktiven Mitgliedern. Er gibt eine halbmonatlich erscheinende Zeitung heraus, veranstaltet Demonstrationen, Ausbildungsseminare, Sprachkurse. Seine Mitglieder sind überwiegend Arbeiter, die ihre politischen Aktivitäten in der Türkei entwickelt haben. Diese Organisation wird von den türkischen Stellen nicht gut geheißen. Ihre Zeitung darf nicht in der Türkei verteilt werden.

Der Verein der türkischen Sozialdemokraten (OSD), in West-Berlin und Kiel tätig, befindet sich noch in einer Aufbauphase. Er veranstaltet auch für die Arbeiter politische Bildungsseminare, beteiligt sich an den Aktionen der ATTF.

Außerdem bestehen in den Großstädten mehrere kleine politische Organisationen; allerdings haben sie jeweils sehr kleine Wirkungskreise.

In jeder Universitätsstadt gibt es einen türkischen Studentenverein, wo die Studenten fast unter sich bleiben. Einige zeigen auch politische Aktivitäten, jedoch haben sie keinen ständigen Kontakt mit den Arbeitern. Als Dachorganisation dieser Vereine zeigt die Föderation türkischer Studenten (ATÖF) keine nennenswerte politische Aktivität.

3.6 Organisationen, die nebenbei auch politische Informationen vermitteln

3.6.1 Gewerkschaften

Obwohl wir über die Vorauswanderungsbeziehungen der türkischen Gastarbeiter mit den türkischen Gewerkschaften keine statistischen Daten haben, können wir von der türkischen Gewerkschaftsbewegung ableiten, daß die Arbeiter in der Türkei ihr besonderes Interesse genießen. Die Gewerkschaftsbewegung in der Türkei ist noch nicht stabilisiert, wie es in der BRD der Fall ist. In jedem Betrieb werben dort mindestens zwei konkurrierende Gewerkschaften, organisiert in zwei

konkurrierenden Dachorganisationen und zwar in TÜRK-IŞ und DISK, um die Mitgliedschaft der Arbeiter. Hinzu kommt noch, daß der Arbeitskampf in der Türkei unruhiger ist als in der BRD, was zu einer starken Politisierung der Gewerkschaftsbewegung führt. Kurzum, türkische Gewerkschaften sind als politische Sozialisationsagenturen sehr wirkungsvoll.

Die deutschen Gewerkschaften standen der Anwerbung ausländischer Arbeitnehmer ziemlich skeptisch gegenüber. Max Diamant, der Leiter des Referates "Ausländische Arbeitnehmer" bei der IG-Metall, gibt diese Skepsis zu: "Solange in der Vergangenheit die wirtschaftliche Entwicklung von ständigen Rückschlägen und heftigen Krisen begleitet war,..., war es für die Gewerkschaften in allen europäischen Ländern immer selbstverständlich, in einem stärkeren Zuzug von ausländischen Arbeitern in der Regel eine Gefährdung der eigenen erkämpften Positionen zu sehen".[22] Als im Jahre 1955 mit der Anwerbung 5000 italienischer Landarbeiter die Frage aktuell wurde, "standen die deutschen Gewerkschaften vor

der Alternative, an der Ausarbeitung der Regelungen der - unvermeidbaren - Ausländerbeschäftigung mitzuwirken oder den Unternehmern und der Bundesregierung die ausschließliche Initiative zu überlassen".[23] Sie gaben ihre Zustimmung und beteiligten sich an der Ausarbeitung der Anwerbeverträge zwischen Italien und der BRD. In langen Gesprächen setzten sie sich dafür ein, "daß im Ausland jede Anwerbung ausschließlich durch die zuständigen Stellen der Bundesanstalt für Arbeitsvermittlung erfolgt, daß ausländische Arbeitnehmer an allen bereitgestellten Arbeitsplätzen ausschließlich unter Bedingungen der lohnmäßigen und arbeitsrechtlichen Gleichstellung mit den deutschen Arbeitskollegen beschäftigt werden".[24] Diese Sorge galt ausschließlich den Interessen der deutschen Arbeitnehmer. Mit diesen Auflagen wollten sie verhindern, daß durch die privaten und unkontrollierbaren Anwerbungen untertarifliche Einzelverträge zustandekommen, was den Gastarbeitern eine "Lohndrücker"-Funktion verleihen würde; und daß durch die niedrige Entlohnung der Gastarbeiter im Betrieb ein Druck auf die deutschen Arbeitnehmer entsteht.

Trotz des starken zahlenmäßigen Anstiegs der ausländischen Arbeitnehmer - besonders in den sechziger Jahren - blieben die deutschen Gewerkschaften der Ausländerbeschäftigung gegenüber mißtrauisch. Sie sahen darin bis zu den siebziger Jahren stets ein Provisorium.[25] "Demzufolge war ihre Politik in den Jahren 1955 - 1969 gekennzeichnet durch das Fehlen jeglicher Initiative zur Änderung des rechtlichen und gesellschaftlichen Status ausländischer Arbeitnehmer, durch Abwehrkämpfe gegen Versuche, die deutschen gegen die ausländischen Arbeitnehmer auszuspielen, und gegen die Bemühungen anderer Organisationen, Einfluß auf die Ausländer zu gewinnen".[26] Solche Kämpfe gegen den "Ausländerschreck", verbreitet durch die neu formierten, nationalsozialistischen Gruppen und die rechtsstehenden Presseorgane, waren die nennenswerten Aktivitäten deutscher Gewerkschaften in den Jahren 1964 - 1967 in Sachen Ausländerbeschäftigung. Inzwischen war das neue Ausländergesetz, gegen das heute von den Gewerkschaften ständig eine Kampagne geführt wird, ohne ernsten gewerkschaftlichen Widerstand verabschiedet worden.[27] Zu einer Umwandlung der Ausländerpolitik der Gewerkschaften kam es Ende der sechziger, Anfang der siebziger Jahre. An das Provisorium wurde eine Absage erteilt, und

die Gewerkschaftsarbeit in dem Bereich ausländischer Arbeitnehmer nahm konkretere Formen an. Die Änderung des Ausländergesetzes, die Verbesserung der Schulsituation ausländischer Kinder waren die neuen Forderungen, die auf die Strukturprobleme der Ausländerbeschäftigung hinzielten. Außerdem errichteten die Gewerkschaften in den großen Städten Beratungsstellen für ausländische Arbeitnehmer.

Mit der zunehmenden Zahl ausländischer Arbeitnehmer in der BRD und West-Berlin stieg auch die Zahl der in den Gewerkschaften organisierten Ausländer. Ende 1970 waren 383.000 Ausländer Gewerkschaftsmitglieder. Der Organisationsgrad nach Nationalitäten sah folgendermaßen aus: Türken ca. 27%, Spanier ca. 27%, Italiener ca. 23%, Griechen ca. 22%, Jugoslawen ca. 17%, Portugiesen ca. 15%.[28)] Der Organisationsgrad zeigt eine steigende Tendenz und bei manchen Einzelgewerkschaften, z.B. bei der IG-Metall, liegt er höher als der Durchschnitt.

Obwohl die deutschen Gewerkschaften als Arbeitnehmerorganisationen die einzigen Institutionen sind, in denen die Gastarbeiter mit ihrer besonderen Situation in dieser Gesellschaft voll repräsentiert werden und eine starke "pressure group" bilden könnten, wurde

es von den Gewerkschaften stets und mit Entschiedenheit vermieden, die Gastarbeiter mit ihren besonderen Problemen anders als ihre deutschen Kollegen zu behandeln. Die Gastarbeiter blieben in den Gewerkschaften unterrepräsentiert. Bei dem im September 1971 stattgefundenen Kongress der IG-Metall befand sich unter 470 Delegierten nur ein Ausländer. Bei den Tarifverhandlungen wurden nie besondere Forderungen für die Gastarbeiter gestellt. Aber als politische Sozialisationsagenturen sieht die Lage der Gewerkschaften anders aus: Sie unterstützten und unterstützen stets die oppositionellen demokratischen Bewegungen in Spanien, Griechenland und der Türkei. "Die Gewerkschaften organisierten Großkundgebungen von Spaniern und Griechen, protestierten in scharfer Form gegen Gesetze oder Maßnahmen mit repressivem Charakter in den Heimatländern, forderten die Freilassung politischer Gefangener, verlangten von der Bundesrepublik eine entschiedene Haltung den Diktaturen gegenüber und erwarben sich so mit minimalem Aufwand Sympathien unter den Ausländern".[29] Besonders nach dem militärischen Eingreifen in der Türkei wurden die Proteste deutscher Gewerkschaften gegen die Todesurteile, politischen Willkürmaßnahmen

gegen die Demokraten und gegen die Massenverhaftungen lauter. Die türkischen Vertrauensleute, wie auch Griechen und Spanier, wurden ausschließlich aus den Reihen der Oppositionellen rekrutiert.[30] Sie kämpften gegen die Versuche der Vertretungen der Entsendeländer, ihre Landsleute unter Kontrolle zu halten und unter ihnen die oppositionellen Bewegungen zu unterdrücken. Dies alles führte dazu, daß das Interesse für die politischen Geschehnisse im Heimatland mindestens bei einem Teil der Mitglieder wachblieb. So übten die Gewerkschaften stets eine anti-status-quo politische Sozialisation für die Gastarbeiter aus, was die Heimatländer betrifft. Wenn es aber um die politischen Rechte der Gastarbeiter hier in der BRD ging, bleiben sie stets stumm und taub.

Zum Schluß kann gesagt werden, daß die Gewerkschaften in der BRD die einzigen Institutionen sind, die zumindest nicht zu der Unterbrechung des politischen Sozialisationsprozesses beitragen, wenn nicht ihn sogar mildern, sei es aus taktischen Gründen oder um sie von ihrer schlechteren Lage hier abzulenken.

3.7 Nicht-politische Organisationen

Die nicht-politischen Organisationen spielen in dem täglichen Leben der türkischen Gastarbeiter eine gewichtige Rolle: einen größeren Teil solcher Organisationen müssen sie unbedingt aufsuchen, um ihren Paß, ihre Aufenthalts- und Arbeitserlaubnis zu verlängern, sich anzumelden oder zu arbeiten und für ähnliche Sachen; für den Rest besteht zwar kein gesetzlicher Besuchszwang; trotzdem versuchen sie, je nach Bedarf, Rat und Hilfe von solchen Quellen zu holen. Im folgenden werden diese Organisationen im einzelnen untersucht.

3.7.1 Türkische Vertretungen in der BRD und West-Berlin

Die neun türkischen Konsularvertretungen in der BRD und West-Berlin, die als Notariat, Standesamt, Einwohnermeldeamt, Beratungsstelle für türkische Bürger tätig sind, bilden die höchstbesuchten, nicht-politischen türkischen Organisationen. Daß sie mit ihrem umfangreichen Aufgabenvolumen und verhältnismäßig dürftigen Personalzahlen ständig Klagen unter den Türken hervorrufen, ist bekannt. Hinzu kommt noch, daß die Diplomaten und Konsularbeamten sich mit ihrer "Auswärtigen-Amt-Neutralität" gegenüber den türkischen Arbeitern

abstoßender benehmen als die Behörden in der Türkei. Sie würden gerne in einem Land Dienst tun, in dem keine Türken oder aber nur "zivilisierte" Landsleute leben. Sie schämen sich des schlechten Benehmens ihrer Gastarbeiter-Landsleute bei den Deutschen.

Den türkischen Gastarbeitern wird durch diese Organisationen nahegelegt, daß sie sich so benehmen sollen, wie man es von einem "Türken" erwartet: fleißig, genügsam, sparsam und vor allem ohne politische Ambitionen: "Die türkischen Arbeiter beschäftigen sich am Arbeitsplatz nicht mit der Politik.... Auch in keinem Arbeitsplatz in der Türkei wird Politik betrieben ..... " So die Rede des türkischen Ministers in der BRD.[31)] Der offizielle Sprachgebrauch der Konsularvertretungen ist auch genauso: bloß keine Politik, keine Unruhe, kein Streik, keine Demonstration; nur arbeiten. Das wirkt als unterbrechungsfördernd und die politischen Informationen, die die Arbeiter von den Vertretungen erhalten, sind bestenfalls für die Status-quo politische Sozialisation geeignet. Nur das abweisende Verhalten der Vertretungen wirkt indirekt auf einen Teil der türkischen Gastarbeiter so, daß sie nicht mehr von der Status-quo der politischen Lage der Türkei eine Lösung für ihre Probleme erwarten.

3.7.2 Caritative Organisationen Arbeiterwohlfahrt (Türk-Danis)

Da die Türken wegen ihrer unterschiedlichen Religionszugehörigkeit nicht von den kirchlichen Organisationen betreut und beraten werden können, hat man die Arbeiterwohlfahrt damit beauftragt, mit ihrer Organisation die Beratung und Betreuung der türkischen Arbeitnehmer zu übernehmen.

Diese Organisation, die wegen der politischen Einstellung ihrer türkischen Mitarbeiter bis vor kurzem von den türkischen offiziellen Stellen verdammt wurde, betreut seit 1963 die türkischen Arbeitnehmer durch ihre Beratungsstellen. Ihre Rolle als politischer Informationsvermittler war stets indirekt und an zweiter Stelle: sie organisierte Konzerte, an denen auch fortschrittliche türkische Volkssänger teilnahmen; sie ließ ihre von den türkischen Stellen beanstandeten Mitarbeiter an ihren Stellen. Aus diesen und ähnlichen Gründen kann gesagt werden, daß, vermittelte die Arbeiterwohlfahrt direkte oder indirekte politische Informationen, sie, was die türkischen Verhältnisse

betrifft, in die Richtung der Anti-Status-quo politischen Sozialisation liefen.

3.7.3 Bundesdeutsche Behörden

Fast mit allen Behörden des Gastlandes haben die türkischen Gastarbeiter täglich zu tun: mit dem Arbeitsamt, der Ausländerpolizei, dem Finanzamt, dem Kraftverkehrsamt, dem Gesundheitsamt, der Polizei, dem Einwohnermeldeamt, dem Gericht und - allerdings selten - dem Standesamt und anderen Ämtern. Begleitet von der Angst, "sich nicht ausdrücken zu können", suchen sie diese Behörden auf, wo es besonders sichtbar wird, daß sie hier nicht gern gesehen werden. Sie "werden nur aufgesucht, wenn ihre Dienstleistungen benötigt werden". Weiter berichtet Maria Boris nach einer Untersuchung mit den Gastarbeitern, und stellt fest, daß es ein Unbehagen ist, mit den Behörden überhaupt "etwas zu tun zu haben"[32], und daher viele Gastarbeiter nur dann ihre Scheu überwinden, wenn sie sich in Notsituationen befinden. Als Grund für dieses Verhalten der Gastarbeiter stellt Boris fest: "Da den ausländischen Arbeitern die Behörden, insbesondere die Ausländerstelle, vorwiegend als Kontrollinstanzen entgegentreten und seltener als Organisationen, bei denen

sie Unterstützung finden können, verstärkt sich das Mißtrauen auch solchen Ämtern gegenüber, die ihnen in bestimmten Situationen helfen könnten".[33)]

Die negativen Erlebnisse der türkischen Gastarbeiter mit dem deutschen Beamtentum fangen schon an der bundesrepublikanischen Grenze an: suchend nach illegalen Arbeitern, Haschisch und Opium, Teppichen und Fleischprodukten, durchsuchen die Grenz- und Zollbeamten die Türken gründlich, während andere Nationalitäten unbelästigt weitergehen dürfen.

Gefragt nach dem Verhalten der bundesdeutschen Beamten und Angestellten ihnen gegenüber, erhoben 57% der ausländischen Gastarbeiter, die Erfahrung mit Frankfurter Behörden hatten, Klagen. Bei den türkischen Arbeitern waren 74% der Antworten negativ.[34)]

"Permanenter Zweifel"[35)], in jedem Gastarbeiter einen Fälscher oder potentiellen Gesetzesbrecher zu vermuten, und die daraus resultierende "pervertierte Sorgfalt"[36)] bei den Behörden, wirkt sich äußerst abstoßend bei den Gastarbeitern aus, und so treten die bundesrepublikanischen Behörden als Unterbrechungsfaktoren auf, was die politische Sozialisation der Gastarbeiter hinsichtlich des Gastlandes betrifft.

3.7.4 Arbeitsplatz

Das Unterschicht-Dasein der Gastarbeiter am Arbeitsplatz, besonders sichtbar in Großbetrieben, erschwert den Kontakt mit den einheimischen Arbeitern. Hinzu kommen noch Sprachschwierigkeiten. Einer Untersuchung nach fühlten sich 85% der ausländischen Arbeiter im Betrieb benachteiligt.[37)] Für die türkischen Arbeiter dürfte dieser Prozentsatz noch höher liegen, da sie bekanntlich die unterste Stufe unter den Gastarbeitern bilden. Die Tatsache, daß die ausländischen Arbeitnehmer am Arbeitsplatz schlechter behandelt werden als die einheimischen Arbeiter, bringt diese beiden Gruppen nicht näher, sondern schafft eher eine Zweiteilung der Belegschaft. So herrscht gerade am Arbeitsplatz keine Solidarität zwischen den einheimischen und ausländischen Arbeitern. In dieser Atmosphäre ist jeglicher Informationsaustausch zwischen diesen beiden Gruppen äußerst spärlich. Diese Situation stellt keine Hilfe gegen die Unterbrechung der politischen Sozialisation dar; im Gegenteil: sie wird gefördert. Die Gastarbeiter fühlen sich als Außenseiter in dieser Gesellschaft. Von ihnen kann nicht erwartet werden, daß sie ein

Interesse für die politischen Geschehnisse des Gastlandes aufbringen. Nur in extremen Fällen können sie spontane Reaktionen zeigen, wie bei den Streikaktionen im Juni und Juli 1974 in den Ford-Werken. Grund für diese wilde Streikaktion war die Entlassung ca. 500 türkischer Arbeiter, die von dem Heimaturlaub ein bis zwei Wochen verspätet zur Arbeit gekommen waren. Die Betriebsleitung hatte es mehrmals abgelehnt, zusätzlich ein oder zwei Wochen unbezahlten Urlaub zu bewilligen; weder Gewerkschaft noch Betriebsrat beschäftigte sich mit dieser Forderung der Türken.

Als die Türken fristlos entlassen wurden, solidarisierten sich fast alle türkischen Arbeiter in den Ford-Werken und streikten ohne Unterstützung ihrer deutschen Kollegen. Die Türken streikten deswegen, weil sie in den entlassenen Landsleuten ihr eigenes Schicksal sahen: erstens bedeutet eine fristlose Entlassung für den türkischen Arbeiter meist die Rückkehr in die Heimat; zweitens haben die Entlassenen ihrer Meinung nach nichts verbrochen; zu ihren abgelegenen Dörfern oder Städten benötigen sie hin und zurück zwischen zehn bis

fünzehn Tage, so daß von dem vierwöchigen Urlaub nur zwei Wochen für Frau und Kind bleiben. Deswegen übertreten fast alle den vierwöchigen Urlaub um ein bis zwei Wochen. Außerdem haben alle Institutionen sie mit ihrer Forderung "verlängerter Urlaub" allein gelassen.

Während der Streiks forderten die Türken nur die Zurücknahme der Entlassungen. Andere Forderungen, die auch während des Streiks gestellt wurden, wie "1,-- DM mehr für alle", "6 Wochen bezahlten Urlaub", "13. Monatsgehalt" und ähnliches wurden von den an den wilden Streiks wenigen beteiligten Deutschen hereingebracht.[38])

Diese Aktion brachte noch mehr zutage, wie die türkischen Gastarbeiter mit ihren Problemen und Sorgen allein gelassen wurden: alles war gegen sie: Gewerkschaft, Betriebsrat, Firmenleitung, deutsche Belegschaft, türkische Botschaft und andere türkische Institutionen, bundesdeutsche Polizei.

Nur etwas anderes wurde auch sichtbar: während des Streiks standen Bänder still, obwohl fast nur die türkischen Arbeiter streikten.

3.8 Politische Aktivitäten und Experimente

Wenn sich die ausländischen Arbeiter politisch betätigen wollen (ausgenommen als Mitglieder deutscher Parteien, was ja praktisch nicht in Frage kommt), müssen sie stets den Paragraphen 6 des Ausländergesetzes im Auge behalten. Danach (Abs. 1) genießen Ausländer zwar alle Grundrechte (mit der Ausnahme solcher, die nach dem Grundgesetz der BRD nur für Deutsche bestimmt sind), jedoch mit einigen Einschränkungen. Die politische Betätigung der Ausländer kann eingeschränkt oder untersagt werden (Abs. 2). Das könnte man nicht übel nehmen, wenn der Gesetzgeber in Bezug auf die Anwendung klare Richtlinien gegeben hätte. Anstelle solcher Richtlinien findet man nur die üblichen vagen Angaben, die der weitschweifigen Auslegung der Behörden unterliegen, wie z.B. : wenn die Belange der BRD es erforderlich machen, im Interesse der öffentlichen Ordnung, oder wenn die politische Willensbildung es erforderlich macht.

Es ist schwer zu verstehen, warum der Gesetzgeber einen Paragraphen über die politische Betätigung der Ausländer überhaupt im Gesetz aufführt, Wenn es sich um die in dem Grundgesetz festgelegten Grundrechte handelt, deren Gültigkeit auch auf Ausländer anwendbar sein sollte, ist ein bloßer Verweis auf das Grundgesetz überflüssig.

Wenn der Gesetzgeber durch diesen Paragraphen 6 irgendwie ein Verbot der politischen Betätigung der Ausländer vorsieht, ist es verfassungswidrig, weil er anders als das Grundgesetz die Einschränkung oder gar Untersagung politischer Betätigung zuläßt.

Die folgende vage Liste der verbotenen politischen Aktivitäten für Ausländer setzt § 6, Abschnitt 3 fest:

1. Aktivitäten, die mit dem Völkerrecht nicht zu vereinbaren sind.
2. Aktivitäten, die die freiheitlich demokratische Grundordnung der BRD gefährden.
3. Aktivitäten, die dazu bestimmt sind, Parteien, andere Vereinigungen oder Bestrebungen außerhalb des Geltungsbereiches dieses Gesetzes zu fördern, die mit Verfassungsgrundsätzen der freiheitlich-demokratischen Grundordnung nicht vereinbar sind.

Da die freiheitlich-demokratische Grundordnung der BRD bereits durch die allgemeinen Gesetze (Strafrecht, Vereinsrecht, Versammlungsrecht usw.) hinreichend geschützt ist, fragt man sich, ob sich § 6 lediglich gegen die legitime politische Betätigung der Ausländer richtet, ob es ein Sonderparagraph gegen Ausländer ist.

So muß der türkische Arbeiter in der BRD stets diese Gesetzesbestimmungen im Auge behalten, wenn er sich politisch betätigen will. Hinzu kommt noch, daß die heimatlichen Behörden durch die Vertretungen solche Aktivitäten kontrollieren. Dies dürften die Gründe sein, warum die türkischen Gastarbeiter sich von den wenigen Demonstrationen oder Versammlungen fernhalten: sonst drohen ihnen Ausweisung oder Verweigerung der Paßverlängerung. Somit sind auch die politischen Aktivitäten und Experimente als politische Sozialisationsagenturen für die türkischen Arbeiter in der BRD und West-Berlin nicht in Betrieb, was eine Unterstützung der Unterbrechung politisches Sozialisationsprozesses darstellt.

3.9 Massenmedien

In den industrialisierten Gesellschaften haben solche politischen Sozialisationsagenturen, die einen weiten und breiten Wirkungskreis haben, in größtem Maße an Bedeutung gewonnen. Die zweifellos wichtigsten davon sind die Massenmedien. In den hochentwickelten Industrieländern haben Fernsehen und Rundfunkgeräte, die sich in fast jedem Haus befinden, zahlreiche Zeitungen, Zeitschriften, Bücher und Flugblätter dazu beigetragen, daß die Menschen schon im frühen Alter durch die Massenmedien beeinflußt werden. Überdimensionale Städte, immer geringer werdende individuelle Kontakte zwischen den Menschen, radikale Änderungen der Bildungssysteme und ähnliche Entwicklungen verliehen den Massenmedien eine sehr große Machtsituation als Unterhalter, Informations- und Bildungsvermittler und Meinungsbilder, kurzum als "socializer". Sie sind die mächtigsten und wirkungsvollsten politischen Sozialisationsagenturen überhaupt. Im Grunde genommen kann sich fast niemand ihrem Wirkungskreis entziehen, ausgenommen Gastarbeiter. Mit der Auswanderung gehen die Massenmedien für sie verloren. Sie müssen sich hier mit drei in der BRD für die Gastarbeiter in kleineren Auflagen nachgedruckten teuren Zeitungen begnügen,

die einen Umfang von acht Seiten haben und in die gleiche politische Richtung weisen. Vier von diesen Seiten sind voll mit Reklame für Schlächter, Konsumgüter und Reisebüros und mit Inseraten der privaten türkischen Kapitalgesellschaften. Hinzu kommen noch ein oder zwei Bilderromane, die ein paar Mal im Monat erscheinenden Zeitungen türkischer Organisationen und Gewerkschaften. Die täglichen vierzigminütigen Rundfunksendungen der ARD für die türkischen Arbeitnehmer, die Nachrichten von 5 Minuten aus der Türkei und der Welt beinhalten, sowie die fünfminütigen Fernsehsendungen bilden das Massenmedien-Portefeuille der Türken.

Die Auflagen der sechs türkischen Zeitungen, die hier erhältlich sind (drei davon werden in Europa gedruckt, drei aus der Türkei gesandt) beliefen sich im Jahre 1971 auf 16.800, die der 6 Wochenzeitschriften, die alle in der Türkei gedruckt und hierher gesandt werden, auf 13.520.[39)]

Nach den Ergebnissen der Untersuchung von Mehrländer hören 62% der Türken regelmäßig die Rundfunksendungen in türkischer Sprache.[40)] Mehrländer berichtet weiter,

daß die Türken, die regelmäßig Rundfunksendungen hören, hundertprozentig Änderungswünsche hinsichtlich der Gestaltung türkischer Sendungen darlegten. "37% der türkischen Befragten möchten mehr Informationen und Nachrichten über die Türkei erhalten. 18% von ihnen sind an Informationen über das Leben und die Arbeit in der BRD interessiert, weitere 12% von ihnen wünschen Ratschläge für das tägliche Leben in Deutschland. 15% vermissen Schlager und Volksmusik in den Ausländersendungen. Auffällig ist, daß 9% von ihnen Beiträge zur Erweiterung des Allgemeinwissens oder zur Fortbildung wünschen".[41] Diese Zahlen zeigen, daß die türkischen Arbeitnehmer mit den Sendungen nicht zufrieden sind.

Nun genügt es aus der Sicht der politischen Sozialisation natürlich nicht, festzustellen, ob ausreichende Massenmedien für Gastarbeiter zur Verfügung stehen. Wichtig ist vielmehr ihr Inhalt und die Verpackung, in der dieser Inhalt angeboten wird. Es wird in der politischen Sozialisationsliteratur besonders hervorgehoben, daß es sehr viel auf die Art und Weise der Übermittlung der Informationen ankommt. Denn davon hängt es ab, wie sie von den Menschen ausgelegt werden und wie kleine Informationen die Hauptinformation verändern können.[42]

Was die Massenmedien für die türkischen Arbeitnehmer betrifft, haben wir keine statistische oder empirische Untersuchung durchführen können. Die folgende Hypothese bezieht sich auf unsere intensiven Beobachtungen.

a) Die Massenmedien, mit denen die türkischen Arbeiter hier in ihrer Muttersprache in Berührung kommen, sind nicht nur in der Lage und besitzen die Fähigkeit, ihnen Informationen über die politische Struktur und die Geschehnisse der bundesrepublikanischen Gesellschaft zu vermitteln, sondern sie betonen direkt und indirekt, daß sie - die türkischen Arbeiter - eine besondere Sorte Arbeiter darstellen, daß sie unterschiedliche Rechte und Aufgaben als die normale Arbeiterschaft haben. Sie unterstreichen, daß es eine Ehre ist, hier in Europa arbeiten zu dürfen, und daß diese Ehre sie verpflichtet, kräftig mit ihren Ersparnissen zur Entwicklung des Heimatlandes beizutragen. Für die vorläufige Dienerschaft als Arbeiter hier wird in der Türkei eine "Efendi"-Position angeboten, jedoch unter der Voraussetzung, daß sie hier fleißig und ohne Klage arbeiten, und sich mit ihren Ersparnissen an privaten Unternehmen beteiligen, da-

mit sie in der Türkei ohne Sorgen leben können. Diese einerseits verwirrenden, andererseits verlockenden Informationen ließen bei einem großen Teil tiefe Spuren zurück. Sie nehmen diese Informationen natürlich begierig auf, denn es kommt ihnen sehr gelegen, in der Türkei nicht mehr als Arbeiter, sondern als Kleinunternehmer oder als Teilhaber großer Kapitalgesellschaften leben zu können, da ihre Erfahrungen hier als Arbeitnehmer vieles zu wünschen übrig ließen.

Ein kleiner Teil der Massenmedien gibt sich Mühe, den Türken verständlich zu machen, daß sie in der Türkei keine Chance als Kleinbürger haben werden, und sich deswegen für die Interessen der Arbeiterklasse engagieren sollten. Diese Information erreicht jedoch nur wenige Türken.

b) Diejenigen Arbeiter, die nichts von diesen Unisono-Massenmedien halten, haben keine andere Möglichkeit, sich aus anderen Quellen zu informieren. Das führt dazu, daß der politische Bewußtwerdungsprozeß solcher Arbeiter ins Stocken gerät. Sie haben keine Vergleichsmöglichkeit, sie können sich nicht

systematisch Informationen über politische Dinge beschaffen. Es fehlen die Mittel, sich gegen die Entfremdung ihres Landes durch Tausende von Ablenkungsfaktoren in einer hochentwickelten Konsumgesellschaft zu schützen.

3.10 Die Bedeutung der Unterbrechung des politischen Sozialisationsprozesses für die türkischen Gastarbeiter

Mit der Auswanderung tritt eine Unterbrechung des politischen Sozialisationsprozesses für die türkischen Arbeitnehmer ein, weil

sie keine genügenden politischen Informationen mehr erhalten;
die spärlichen politischen Informationen, die sie erhalten, nicht ausreichen, den Gastarbeitern politische Orientierungshilfe zu geben;
diese spärlichen Informationen dazu dienen, ihnen zugeteilte "Arbeitskräfte"-Rollen zuzuteilen.

Sie bilden weder eine "pressure group", noch haben sie in irgendeiner Form politische Repräsentationsmöglichkeiten, um ihre Interessen zur Geltung zu bringen. Sie bilden zwar eine nicht-organisierte Kraft: für das Heimatland stellen sie als "Devisenbringer" eine finanzielle Kraft dar; für das Gastland sind sie benötigte Arbeitskräfte, jedoch hüben wie drüben ohne politisches Profil. Die starke Unterbrechung macht es unmöglich, sich selbst zu helfen, um ihre politischen Rechte zu erlangen, und ihre politische Machtlosigkeit erleichtert ihre Ausnutzung durch das Heimat- und das Gastland.

Sie können nicht einmal daran denken, nach ihren politischen Rechten zu verlangen; nicht nur ein Damoklesschwert schwebt über ihrem Kopf: die Tatsache, daß mehr als eine halbe Million Landsleute in der Heimat Schlange stehen, gibt ihnen ständig zu verstehen, was eine Ausweisung und/oder eine ungeplante Rückkehr in die Heimat wegen Arbeitsplatzverlustes nach sich ziehen würde. Das sich selbst gesetzte Ziel, zu arbeiten, möglichst viel zu sparen und mit den Ersparnissen in der Heimat selbständig zu werden, ermöglicht ihnen, alles zu ertragen. Nicht nur sie wissen um diese Tatsachen, sondern

auch die zuständigen Stellen, politischen Gremien und die, die die Entscheidungen treffen, und diese sind in den Heimat- wie in den Gastländern daran interessiert, daß dies so bleibt und sorgen dafür, daß die türkischen Gastarbeiter artig und fleißig und ohne Forderungen arbeiten und ihre Ersparnisse überweisen.

4. Die Auswirkungen der Unterbrechung und Entpolitisierung auf das Bewußtsein der Betroffenen.
Ohne genügende politische Informationen und ohne Partizipationsmöglichkeit haben die Gastarbeiter keine positiven Mittel, die Bewußtseinsbildung- und Bewußtwerdungsprozeß intakt halten könnten: So verlangsamt sich dieser Prozeß.

Andererseits entwickeln die Gastarbeiter ein ihrer zukünftigen fiktiven Lage im Heimatland entsprechendes Bewußtsein. Dies geschieht folgendermaßen:

Ungefähr seit dreißig Jahren macht sich in der Türkei ein sehr bewegtes politisches Leben bemerkbar, welches mit der Einführung des Mehrparteiensystems begann und bedingt war durch die sich immer stärker entwickelnden kapitalistischen Produktionsverhältnisse.

Besonders nach den sechziger Jahren wurde diese Entwicklung sichtbar: unstabile politische Verhältnise, eine unbefriedigende Wirtschaftslage, soziale und kulturelle Entwicklungen sorgten dafür, daß die Politik hochaktuell blieb. Die durch die kapitalistischen Verhältnisse und die schlechten wirtschaftlichen Gegebenheiten des Landes angeheizte Flucht vom Land in die Städte schuf ein Proletariat ohne Arbeitsplätze. Gleichzeitig bildete sich durch die Mechanisierung der Landwirtschaft und Konzentration ein Landproletariat. Diese neuen Proletarier zeigten sich - zusammengepfercht in den Slums um die Großstädte und auf dem Lande - politisch sehr aktiv: Sie organisierten sich in Parteien, Gewerkschaften, Vereinen, Kundgebungen, Demonstrationen, Landbesetzungen, Streiks waren an der Tagesordnung. Kurzum, sie befanden sich in einem intensiven politischen Bewußtwerdungsprozeß.

Mit der Auswanderung kommt dieser Prozeß zum Erliegen. Sie haben nur noch einen Wunsch: hier soviel Geld zu sparen, um mit den Ersparnissen eine eigene Wirtschaft zu gründen. Sie glauben fest daren, mit der Auswanderung auch einen sozialen und ökonomischen Aufstieg zu schaffen, nämlich vom Proletariat zum

Kleinbürgertum. Sie rüsten sich mit den Gedanken aus, die dem Kleinbürgertum entsprechen. Die Untersuchungen, die sich mit den Zukunftsaussichten der türkischen Arbeiter im Ausland beschäftigen, bekräftigen diese Feststellung: Nach den Zahlen der türkischen Anstalt für Arbeits- und Arbeitervermittlung gaben im Jahre 1971 nur 6,08% der in der BRD arbeitenden türkischen Gastarbeiter an, nach der Rückkehr als abhängige Arbeitnehmer zu arbeiten. Anno 1969 war diese Quote höher, nämlich 6,12%.[43] Der Rest will selbständig werden.

Nach einer Untersuchung, die unter den türkischen Arbeitnehmern kurz vor ihrer ersten Ausreise in die BRD durchgeführt wurde, liegt die Zahl derer, die nach der Rückkehr als Arbeitnehmer tätig werden wollten, bei 11% der befragten Gruppe. 40,1% hatten noch keinen Entschluß gefaßt.[44] (Siehe Tabelle auf Seite 198)

Nach der Rückkehr beabsichtigte Tätigkeit der türkischen Arbeitnehmer

Tätigkeit	Tätigkeit vor der Ausreise		Beabsichtigte Tätigkeit nach der Rückkehr	
	Abs.	in %	Abs.	in %
Kleinunternehmer Agrarsektor	92	15,6	44	7,5
Industrie	77	12,9	80	13,5
Dienstleistung	28	4,8	125	21,3
Industriearbeiter	308	53,5	65	11,0
Großunternehmer	1	0,2	30	5,1
Beamte, Angestellte	27	4,6	2	0,3
Hausfrau arbeitslos	21	3,5	5	0,8
Weiß nicht oder unbekannt	33	5,6	235	40,1
Insgesamt	587	100,5	586	99,7

Quelle: Işçi Göçu - Dr. Ahmet Aker
S. 43 und 61

5. Die Auswirkung der Migration auf die politische Struktur des Landes

Die Auswanderung der türkischen Arbeitnehmer ins Ausland hilft der Festigung des politischen und wirtschaftlichen Status-quo in der Türkei.
Diese Auswirkung der Auswanderung wird durch folgende Gründe entstehen:

5.1 Verminderung der Arbeitslosenzahl

Der Arbeitskräfteexport stellt für die türkische Wirtschaft keine endgültige Lösung für die Probleme des Arbeitskräfteüberschusses und der Arbeitslosigkeit dar. Solange die innerwirtschaftlichen und sozialen Gründe der Arbeitslosigkeit nicht beseitigt werden, wird diese Erleichterung der Lage durch die Arbeitskräfteauswanderung eine zeitlich begrenzte Scheinlösung bedeuten. Zeitlich begrenzt, weil der Arbeitskräfteexport der Türkei ausschließlich von den wirtschaftlichen Konjunkturlagen einiger Staaten abhängig ist und die Türkei dabei keinerlei Entscheidungsrecht und Möglichkeiten besitzt. Die Wirtschaftskrise in den Jahren 1966-1967, die

Energiekrise im Jahre 1973 und der darauffolgende Gastarbeiterstop der bundesrepublikanischen Regierung hat diese Situation verdeutlicht. In den beiden Krisenzeiten wurden ohne eigenes Zutun der Türkei binnen kurzer Zeit die türkischen Gastarbeiter in großen Zahlen in die Heimat geschickt.[45)]

Trotz dieser Tatsache hat der Arbeitskräfteexport aber, solange er andauert, eine ausgleichende Wirkung auf den türkischen Arbeitsmarkt. Obwohl die Armee der Arbeitslosen nicht durch die normale Entwicklung der nationalen Ökonomie absorbiert und abgebaut wurde, sieht es zurzeit wegen der auf dem Arbeitsmarkt nicht vertretenen Auswanderer so aus, als ob die ökonomische Lage des Landes sich verbessert hätte. Dieser falsche Schein unterstützt den Status-quo, da die sichtbar gewordene Besserung auf dem Arbeitsmarkt als eine Folge des politischen und wirtschaftlichen Status-quo bewertet und dargestellt wird.

Hinzu kommt noch, daß die Hoffnung und die Möglichkeit auszuwandern, und dadurch die soziale und wirtschaftliche Lage auf individuelle Weise zu verbessern, das Anti-Status-quo-Potential der sich auf nahezu 1 Million belaufenden Auswanderungsanwärter auf den Wartelisten der türkischen Arbeitsämter vermindert.

5.2 Devisenüberweisungen der Auswanderer

Mit der Zahl der Auswanderer stieg die von den Auswanderern überwiesene Devisensumme und erreichte im Jahre 1972 885 Mio. US $. Stellen wir dem die Exporteinnahmen gegenüber, zeigt es sich, daß diese Summe 83,6% der Exporteinnahmen darstellt.[46)] Prognosen zeigen, daß die 1 Milliarde-Schwelle Ende 1973 überschritten wird. So wurde mit Hilfe des Devisentransfers die seit eh und je defizitäre Aussenhandelsbilanz der Türkei ausgeglichen. Das gab der türkischen Wirtschaft neue Möglichkeiten, was wiederum dem Status-quo zugutekam. Importbeschränkungen wurden gelockert und so konnten mehr Konsumgüter importiert werden. Die Bestimmungen für die türkischen Touristen, die ins Ausland reisten, konnten geändert werden: Man konnte viermal im Jahr die Türkei verlassen und jeder Tourist konnte Devisen im Werte von 400 US $ mitnehmen. Vorher war nur eine Ausreise pro Jahr und eine Devisensumme von US $ 200 erlaubt.

Diese und ähnliche Entwicklungen, ermöglicht durch die Devisentransfers der Gastarbeiter, täuschten eine Verbesserung der Wirtschaftslage vor, obwohl

sich das Verhältnis zwischen Exporteinnahmen und Importausgaben von Jahr zu Jahr zugunsten der Importausgaben verschlechterte. (Die Differenz betrug im Jahre 1971 minus 494 Mio. $. Ein Jahr später waren es minus 620 Mio. $.) [47]

Trotzdem profitierte davon der Status-quo und festigte sich somit.

5.3 Versorgung der in der Türkei gebliebenen Familienangehörigen der Auswanderer

77% der türkischen Gastarbeiter in der BRD und West-Berlin schicken monatlich 462 DM in die Türkei, um die Angehörigen zu unterstützen, wodurch sich die wirtschaftliche Lage verbessert.[48] So erhalten die Familienangehörigen der Auswanderer oft erstmals in ihrer Leben regelmäßig "Haushaltsgeld", was normalerweise in den Bauern- und Arbeiterfamilien nicht üblich ist. Diese neue Lage schafft ihnen einen besonderen Platz bei ihren Schichtgenossen, die nicht ausgewandert sind. Der Wechselkurs 1:5.25 verleiht ihnen Kauf- und Konsumkraft. Deswegen sind sie jeglicher Änderung an dem Status-quo, der ihnen zum jetzigen Zustand verholfen hat, abgeneigt. Sie sind wohl oder

übel damit einverstanden, daß ihre Männer und Frauen so lange in einem fernen Land bleiben, bis sie die Mittel für eine sichere ökonomische Existenz zusammenbringen, damit sie die wirtschaftliche Unsicherheit der Vor-Auswanderungszeiten nicht mehr ertragen müssen.

5.4 Die Entstehung kleinbürgerlicher Ideologie unter den Auswanderern und ihren Angehörigen

Die Kleinbürger-Ideologie, die von den Auswanderern während ihres Aufenthalts im Ausland entwickelt wird, stützt sich auf die Status-quo politischen und wirtschaftlichen Verhältnisse in der Türkei. Den sozialen und wirtschaftlichen Aufstieg, den sie nach ihrer Rückkehr mit ihren Ersparnissen zu erreichen hoffen, schreiben sie nur den bestehenden Verhältnissen zu, da sie nun die Mittel dafür besitzen oder besitzen werden, und somit Möglichkeiten, die das System nur Kapitalkräftigen zur Verfügung stellt, für ihren Aufstieg und zu ihrem Nutzen wahrnehmen können. Kurzum, sie haben nunmehr etwas zu verlieren, das sie unter den Status-quo-Verhältnissen geschützt wissen.

5.5 Das Fehlen des Wahlrechts der Auswanderer

Fast alle Auswanderer sind stimmberechtigte Bürger, nur können sie dieses Recht nicht wahrnehmen. Wenn es möglich wäre, würden ihnen zwischen 25 bis 30 Abgeordnete und 10 bis 14 Senatoren im türkischen Parlament zustehen. Sie haben aber keinen direkt gewählten Interessenvertreter im Parlament. Das nützt dem Status-quo in der Türkei. Erstens wäre es bei einer Wahlbeteiligung ihrerseits erforderlich, eine Wahlpropaganda unter den Auswanderern im Ausland durchzuführen, wobei in vielen Ländern über die Verhältnisse in der Türkei ohne Restriktionen gesprochen werden könnte. Somit könnte die Isolierung der Auswanderer von den politischen Geschehnissen in der Türkei nicht mehr so streng beibehalten werden. Zweitens würden sich die politischen Parteien in der Türkei, die ihre Arbeit im Hinblick auf die Auswanderung und die Auswanderer wegen des Fehlens des politischen Drucks auf das Notwendigste beschränkt halten, gezwungen sehen, sich mehr mit den Problemen der mit dem Wahlrecht "ausgerüsteten" Auswanderer zu beschäftigen und dabei notwendige Änderungen am Status-quo, wenn auch zögernd, zu billigen.

So wurden die Auswanderer politisch und wirtschaftlich in eine Lage gedrängt, in der sie dem Status-quo, der sie zur Auswanderung gezwungen hat, dienlich sein müssen. Zur Kritik dieser Situation sowie einigen Lösungsvorschlägen kommen wir im Schlußkapitel.

SCHLUSSFOLGERUNGEN

Wie wir vorher unterstrichen haben, unterscheidet sich die Arbeitskräfteauswanderung von den Mittelmeerländern in die entwickelten europäischen Staaten von den bisherigen Migrationen. Im wesentlichen macht sich dieser Unterschied wie folgt bemerkbar:

Obwohl die Gastarbeiter auch heute eine Funktion als "Industrielle Reservearmee" erfüllen, weisen sie Besonderheiten auf, die sich von den klassischen Beispielen der Industriellen Reservearmee unterscheiden. Die Gastarbeiter bieten nämlich eine billige und flexible Arbeitskraftquelle für die Wirtschaft der Beschäftigungsländer, ohne sie mit den ökonomischen und politischen Problemen einer Industriellen Reservearmee zu belasten, wie es sonst der Fall war und ist. Das Phänomen "Gastarbeiter" stellt für die Beschäftigungsländer ein Werkzeug dar, das man im Bedarfsfalle finden und dessen man sich entledigen kann, wenn es nicht mehr erforderlich ist.

Eine andere Eigenschaft der "Gastarbeiter" als Industrielle Reservearmee ist es, daß der eigentliche Teil der Reservearmee, nämlich die Beschäftigungslosen, nicht in der gleichen nationalen Ökonomie bleibt sondern im Entsendeland, was dazu führt, daß die Beschäftigungs-

länder der Gastarbeiter nur davon profitieren; die Nachteile einer Industriellen Reservearmee bleiben ihnen fern.

In den Entsendeländern wiederum vermindert der Arbeitskräfteexport einerseits die Industrielle Reservearmee und unterdrückt damit kurzfristig die sozialen und politischen Konflikte, andererseits wird mit den Devisenüberweisungen der Gastarbeiter die kranke Wirtschaft des Landes vorläufig saniert.

So ist der Arbeitskräfteexport für die Entsendeländer mit einem Medikament zu vergleichen, das zwar den Schmerz stillt, aber die Krankheit nicht heilt.

Somit wirkt die heutige inner-europäische Migration beim Erfüllen ihrer Aufgaben als Industrielle Reservearmee in den Entsende- und Beschäftigungsländern gleichzeitig systemstabilisierend, den Status-quo erhaltend, was der klassischen Industriellen Reservearmee nicht zuzumuten wäre.

Eine andere und bemerkenswerte Entwicklung der heutigen Migration ist es, daß die Eigenschaft der Gastarbeiter als "Soziales Wesen" sowohl von den Entsende- als auch den Aufnahmeländern nur am Rande und soweni wie nötig

mitkalkuliert wird. Die Gastarbeiter wurden somit in eine Lage versetzt, in der sie ohne das Recht, sich an den politischen Entscheidungen beider Länder zu beteiligen, an der Last des Status-quo in beiden Ländern zu tragen haben.

Die Auswanderung wird den Menschen, die in ihrer Heimat keine Möglichkeit haben, einen Arbeitsplatz zu finden und sich und ihre Familien zu ernähren, als ein reichlich mit Auflagen versehenes Geschenk angeboten. Das sicherlich achtungsgebietende Verlangen des Menschen nach einem Arbeitsplatz wird als Tauschobjekt bewertet: Er kann wohl einen Arbeitsplatz bekommen, dafür muß er aber Rechte einbüßen, wie z.B. sich hüben und drüben an Regieren zu beteiligen, den Arbeitsplatz frei zu wechseln, von der Gesellschaft, in der er arbeitet, als vollwertiger Mensch behandelt zu werden, unangetastet ein Familienleben zu führen, in menschenwürdigen Wohnungen zu leben u.v.a. Das Bittere dabei ist, daß diese diabolische Tauschaktion in einer, von dem Begriff "Freiheit" geschützten Atmosphäre stattfindet: Niemand wird gewzungen, seine Heimat zu verlassen, anders gesagt: jeder muß sich frei entscheiden, ob er auswandern will oder nicht - es geschieht ohne Zwang.

Im Beschäftigungsland ist ja auch niemand ein Gefangener. Wem die Konditionen nicht zusagen, steht frei, das Land zu verlassen.

So übersteigt die Lage der Auswanderer die Bedeutung des Begriffs "Ausbeutung". Es kann nicht mehr von der "Ausbeutung der Gastarbeiter" die Rede sein, es ist die "Entmenschlichung" des Menschen.

Die folgende Frage ist berechtigt: Wie können Millionen und aber Millionen Menschen diese Lage ertragen, wie können sie es erdulden?

Der eigentliche Zweck dieser Arbeit war es zu verdeutlichen, warum und wie die Auswanderer dazu gezwungen werden, diese Konditionen zu akzeptieren und warum sie sich nicht in organisierter Weise dagegen schützen können, wie es durch beide Länder den Auswanderern erschwert und sogar unmöglich gemacht wird, sich ihrer Lage bewußt zu werden.

Für die Gastarbeiter, besonders für die Gastarbeiter aus der Türkei, ist die Lage ziemlich bedrückend: sie durchlaufen einen Prozeß, der in naher Zukunft sowohl in den Entsende- als auch Aufnahmeländern ökonomische und politische Probleme aufwerfen wird:

Von Seiten beider Länder sind die Funktionen der Gastarbeiter genau beschrieben: solange sie diesen Funktionen gerecht werden, dürfen sie weiter als Gastarbeiter existieren. Die Entlohnung dafür ist ebenfalls von beiden Ländern bestimmt worden. Sie besitzen also weder die Durchsetzungskraft oder eine Organisation, die ihre Wünsche geltend machen könnte,noch haben sie die politische Kraft, um die politischen Gremien auf sich aufmerksam zu machen.

Somit sind die Gastarbeiter nicht mehr ein Teil der Arbeiterklasse in beiden Ländern. Erstens können sie sich in ihrer Eigenschaft als Gastarbeiter nicht mit den Arbeiterklassen beider Länder organisieren; zweitens werden ihnen viele Rechte, die durch lange Kämpfe der Arbeiterklassen beider Länder erreicht worden sind, verweigert. Sie werden auf einen abgesonderten Platz gesetzt.

Dieses "Gastarbeiterkonzept" hat schon negative Erscheinungen hervorgerufen, besonders in den Entsendeländern: die hohe türkische Inflationsrate in den letzten Jahren - 30% - ist ein Indiz für diese "nicht richtige" Auswanderungspolitik. Das durch

die Gastarbeiterüberweisungen geschaffene Potential wurde trotz eines zentralen Plans nicht dafür verwendet, die Gründe der Auswanderung durch gezielte Investitionen und neue Arbeitsplätze zu beseitigen, sondern für Konsumzwecke und unkontrolliert ausgegeben, was eine Anheizung der Inflation zur Folge hatte, weil diese zusätzliche Kaufkraft nicht von der türkischen nationalen Ökonomie geschaffen wurde. Das besonders in den letzten Jahren rasche Wachstum des Service-Sektors und der Anteil der Konsumgüterproduktion mit mehr als 50% an der türkischen Wirtschaft verdeutlichen diese Entwicklung. Hinzu kommt noch, daß in den letzten drei Jahren eine Facharbeiterknappheit in der Türkei sichtbar wurde. Kurzum, wenn die Auswandererpolitik der Türkei wie bisher unverändert durchgeführt wird, können die folgenden Diagnosen gestellt werden:

Die Auswanderung wird nicht als Ausnahme, sondern als Regel betrachtet und dazu führen, daß durch die Absicht, die Auswanderung aufrechtzuerhalten, die Bekämpfung und Beseitigung der Auswanderungsgründe vernachlässigt wird, was eine starke politische und ökonomische Abhängigkeit des Landes vom Phänomen "Auswanderung" nach sich ziehen wird. Das bedeutet, daß die Türkei

noch mehr in eine "Bittsteller-"Position bei ihren Beziehungen zu den Beschäftigungsländern geraten wird. Sowohl politisch als auch ökonomisch wirkt die Abhängigkeit von der Auswanderung wie ein Damokles-Schwert und vermindert die außenpolitische Handlungsfähigkeit der Türkei.

Solange die Illusion der Gastarbeiter, sich nach einer Beschäftigung im Ausland mit Hilfe ihrer Ersparnisse als selbständige Unternehmer in der Türkei behaupten zu können, von der offiziellen Auswanderungspolitik direkt oder indirekt aufrechterhalten wird, ist es nicht möglich, das ökonomische Potential der Auswanderer auf eine rationelle Art zu benutzen. Es ist nicht zu erwarten, daß die Rückkehrer ohne das dafür erforderliche Wissen und die Erfahrung mit ihren begrenzten Mitteln ein kapitalistisches Unternehmen mit Erfolg gründen und weiterführen und zumindest sich und ihre Familie davon ernähren können. Bisherige, allerdings spärliche Erfahrungen der Rückkehrer auf diesem Gebiet bestätigen diese Vermutung.

So artet die Auswanderung in einen Teufelskreis aus, indem man auswandert, im Ausland arbeitet und spart, dann die Ersparnisse bei erfolglosen Kleinunternehmen-Abenteuern verliert und nochmals Schlange steht um auszuwandern.

Das Fehlen der politischen Rechte der Auswanderer schafft eine sich täglich vergrößernde Armee von "Heimatlosen", die keinen Einfluß auf ihre Schicksalsgestaltung haben.

Diese Aufzählung könnte noch ergänzt werden. Wir glauben jedoch, daß sie bereits verdeutlicht, daß die bisherige Gastarbeiterpolitik weder in den Heimat- noch in den Beschäftigungsländern zu Lösungen der Probleme der Auswanderer führte; ganz im Gegenteil: sie vermehrte die Probleme!

Bevor wir einige Vorschläge zur Gastarbeiterpolitik des Entsendelandes Türkei machen, wollen wir nochmals unterstreichen, daß die politischen und ökonomischen Maßnahmen auf diesem Gebiet sehr eng miteinander verbunden sind. Keine Maßnahme, welche die politischen und ökonomischen Aspekte nicht mitberücksichtigt, und die Auswanderer nicht an erster Stelle als "Menschen" betrachtet, hat eine Chance auf Erfolg. Unter diesen Gesichtspunkten bedarf die Auswanderungspolitik der Türkei radikaler Änderungen in folgenden drei Hauptpunkten:

1. Die Auswanderung der Arbeitskräfte muß nicht als eine Dauereinrichtung, sondern als eine Notlösung auf Zeit betrachtet werden. Die Auswanderung, die nahezu jeden fünfzehnten arbeitsfähigen Bürger eines Landes auf unbestimmte Zeit und unsichere Weise in einem fremden Land arbeiten läßt, darf nicht als Regel gelten. Deswegen muß "das Schicken der Arbeitskräfte ins Ausland" in möglichst naher Zukunft als zu beseitigende Ausnahmesituation in der Auswanderungspolitik des Landes verankert werden.

2. Das von den Auswanderern geschaffene ökonomische Potential muß ausschließlich zur Beseitigung der innerökonomischen Mißstände, die zu einer Arbeitskräfteauswanderung führen, verwendet werden. Die Erfahrungen der türkischen Wirtschaft seit mehr als zehn Jahren mit zentraler Planwirtschaft bilden dafür die notwendige Grundlage. Wenn in den kommenden Wirtschaftsplänen die Auswanderung unter diesen Gesichtspunkten betrachtet wird, und wenn auf dem Papier stehende Maßnahmen realisiert werden können, dürfte die Lösung nicht schwerfallen. Gleichzeitig muß die Illusion der "Kleinbürger-Ideologie" der Auswanderer richtiggestellt werden. Es müssen er-

forderliche Maßnahmen getroffen und Hilfe und Informationsleistungen geboten werden, um den Auswanderern zum Bewußtsein zu bringen, daß die einzige Möglichkeit, sich von dem unerwünschten Gastarbeiter-Dasein zu befreien, darin besteht, als Arbeiter in der Türkei eine sichere Arbeitsstelle zu bekommen.

Bei unseren Gesprächen mit den Gastarbeitern haben wir deutlich festgestellt, daß sie durchaus bereit sind, sich mit ihren Ersparnissen an Investitionsprojekten unter "Staatsverwaltung" zu beteiligen. Nach unserer Meinung dürfte es keine Schwierigkeiten seitens der Gastarbeiter geben, deren Ersparnisse in solchen Fonds zu sammeln, um mit Staatsbeteiligung und unter Staatsverwaltung rationelle und effektive Industrie-Investitionen zu verwirklichen.

3. Es muß ermöglicht werden, daß die Auswanderer mindestens in ihrer Heimat das aktive und passive Wahlrecht erhalten. Die durch das Wahlrecht erhaltene politische Kraft der Auswanderer wird ihnen zumindest bei den sie betreffenden Fragen Mitbestimmung und Durchsetzungskraft verleihen.

Diese Prinzipien müssen nun durch ein, alle Probleme der Auswanderung erfassendes Maßnahmepaket bekräftigt werden.

Auf die Einzelheiten dieser Prinzipien für eine "Auswandererpolitik" konnten wir im Rahmen dieser Arbeit nicht eingehen. Dies ist wohl Aufgabe einer anderen Untersuchung. Wir wollten mit dieser Arbeit vielmehr über die existierenden "Auswandererpolitiken" diskutieren.

Abschließend möchten wir noch die Hoffnung äußern, daß diese Arbeit den Ansatzpunkt für weitere wissenschaftliche Untersuchungen bilden und dazu dienen wird, die Aufmerksamkeit der politischen Entscheidungsinstanzen auf dieses Problem zu lenken.

Fußnoten zur Einleitung

1. Siehe: Becher, Howard S. und Blanche, Geer: Participant Observation and Interviewing: A Comparison in "Qualitative Methodology" Firsthand Involvement with the Social World, edited by William J. Filstead, Chicago 1970.

2. Trow, Martin: Comment on "Participant Observation and Interviewing: A Comparison", in a.a.O., S. 143.

Fußnoten zum ersten Kapitel

1. Fend, Helmut: Sozialisierung und Erziehung, Verlag Julius Beltz; Weinheim, Berlin, Basel 1970; S. 11.

2. Dawson, Richard E. und Kenneth Prewitt: Political Socialisation; Little, Brown and Company; Boston 1969; S. 16.

3. Claessens, Dieter: Familie und Wertsystem, Berlin 1962; S. 33.

4. Langton, Kenneth P.: Political Socialisation; Oxford University Press; London 1969; S. 4.

5. Easton, David and Jack Dennis: The Child's Acquisition of Regime Norms: Political Efficacy; in "American Political Science Review" Nummer 61, März 1967; S. 7.

6. Siehe dazu Greenstein, Fred: Children and Politics; Yale University Press; New Haven 1965.

   Hess, Robert D. und Judith V. Torney: The Development of Political Attitudes in Children; Aldine Publishing Co.; Chicago 1967.

   Adelson, Joseph and Robert O'Neil: The Growth of Political Ideas in Adolescence; in "Journal of Personality and Social Psychology" Nummer 4; September 1966.

   Davis, A. und J. Dollard: Children of Bondage; Washington 1940.

   Lane, Robert E.: Political Life; New York 1959.

   Almond, Gabriel und Sidney Verba: The Civic Culture; Princeton 1963.

7. Cohn, Andrew H.: Suburban City: Social Structure and Socialisation of Adolescents in a Black Community; unveröffentlichte Dissertation, Harvard University, 1972.

8. Ebenda, und

   La Palombara, Joseph: Italy: Fragmentation, Isolation, Alienation; in "Political Culture and Political Development" editiert von Lucian W. Pye und Sidney Verba; Princeton 1965.

   Sertel, Ayşe Kudat: Peasant Conceptions of Community Power Structure; unveröffentlichte Diss., Harvard University, 1972.

9. Dawson und Prewitt, a.a.O. Hierzu auch

   Gottschalch, Wilfried: Bedingungen und Chancen politischer Sozialisation; Fischer Verlag, Frankfurt/M.; September 1972.

10. Dawson und Prewitt, a.a.O., S. 57.

11. Ebenda, S. 37.

12. Beck, Gertrud: Autorität oder Selbstbestimmung?; unveröffentl. Diss., T.U. West-Berlin, 1970.

13. Gottschalch, a.a.O., S. 23.

14. Fromm, Erich: Autorität und Familie; Paris 1936, S. 98-99.

15. Gottschalch, a.a.O., S. 23.

16. Jaros, Dean: Socialisation to Politics; Nelson Verlag; USA 1973; S. 23.

17. Siehe dazu: Almond, a.a.O.

18. Siehe dazu: Dawson und Prewitt, a.a.O.

19. Siehe Elkin, Frederick: The Child and Society; New York 1960.

20. Siehe dazu: Gottschalch, a.a.O.

21. Siehe: Coleman, J.: The Adolescent Society; New York 1961; und: Eduation and Political Development: Princeton 1965.

    Easton, David: The Function of Formal Education in a Political System; in "The School Review" 1957;

    Stember, C.H.: Education and Attitude Change; New York 1961.

22. Dawson und Prewitt, a.a.O., S. 99 und folg.

23. Langton, a.a.O., S. 17.

24. Dawson und Prewitt, a.a.O., S. 100 und folg.

25. Langton, a.a.O., S. 21.

26. Dawson und Prewitt, a.a.O., S. 107.

27. Feger, G.: Die unvollständige Familie und ihr Einfluß auf die Jugendkriminalität; Stuttgart 1969; S. 121.

28. Dawson und Prewitt, a.a.O., S. 110.

29. Milhofer, Petra: Familie und Klasse; Fischer Verlag; Frankfurt/M. 1973; S. 98 (Zitat F. Tenbruck).

30. Neidhardt, Friedhelm: Strukturbedingungen und Probleme familialer Sozialisation; in "Studientexte zur Psychologie und Soziologie der Erziehung" Band 3, West-Berlin 1971; S. 112.

31. Siehe dazu: Eisenstadt, S.N.: Von Generation zu Generation; Juventa Verlag; München 1966; S. 21 und folg.

32. Dawson und Prewitt, a.a.O., S. 141.

33. Gottschalch, a.a.O., S. 46.

34. Dawson und Prewitt, a.a.O., S. 182.

35. Gottschalch, a.a.O., S. 48.

36. Dawson und Prewitt, a.a.O., S. 186.

37. Ebenda, S. 194.

38. Ronneberger, Franz: Sozialisation durch Massenkommunikation; Stuttgart 1971; S. 44.

39. Dawson und Prewitt, a.a.O., S. 197.

40. "two-step flow of communication" besagt, daß der Einfluß von Massenmedien zum großen Teil nicht direkt erfolgt, sondern über Meinungsführer vermittelt wird", laut Henrik Kreutz in "Sozialisation durch Massenkommunikation", a.a.O., S. 173.

41. Dawson und Prewitt, a.a.O., S. 95.

42. Ebenda, S. 87.

43. Ebenda, S. 88.

44. Ebenda, S. 89.

45. Le Vine, Robert A.: The Role of the Family in Authority Systems; in "Behavioral Science" V, 1960; S. 295.

46. Dawson und Prewitt, a.a.O., S. 90.

47. Ebenda, S. 91.

48. Siehe: Bendix, R. und S. Martin Lipset: Class, Status and Power; New York 1966.

49. Siehe: Ebenda, S. 353 und folg.

50. Dawson und Prewitt, a.a.O., S. 86.

Fußnoten zum zweiten Kapitel

1. Arikoğlu, Damar: Hatiralarim; Istanbul 1961, S. 148.

2. Aydemir, Şevket Süreyya: Ikinci Adam II. Cilt; Istanbul 1966; S. 29.

3. Avcioğlu, Doğan: Türkiye'nin Düzeni; Ankara, Dezember 1968; S. 218.

4. Boran, Behice: Türkiye ve Sosyalizm Sorunlari, Istanbul 1968; S. 27.

5. Ebenda, S. 32.

6. Boratav, Karkut: Türkiye'de Devletçilik; Ankara 1962; S. 182.

7. Zitiert nach Avcioğlu, a.a.O., S. 234.

8. Talas, Cahit: Türkiye Cumhuriyetinde Sosyal Politika Meseleleri; Ankara 1960; S. 47.

9. Avcioğlu, a.a.O., S. 224.

10. Lippman, Walter: in New York Herald Tribune; 1 April 1947.

11. Boran, a.a.O., S. 37.

12. Sülker, Kemal-Lefranc, Georges: Dünyada ve bizde Sendikacilik; Istanbul 1966; S. 157.

13. DP "Demokrat Parti" wurde von einer Gruppe Abgeordneten gegründet, die von der Regierungspartei sich losgesagt hatten.

14. CHP "Cumhuriyet Halk Partisi" wurde von Atatürk gegründet und bis 1950 behielt die Regierung als einzige Partei.

15. Tunçkanat, Haydar: Ikili Anlaşmalarin Içyüzü, Ankara 1970, S. 30.

16. Boran, a.a.O., S. 42.

17. Tunçkanat, a.a.O., S. 365.

18. Staatliche Planungsorganisation: Tarimin Ekonomik Kalkinmadaki Yeri; Ankara, Januar 1966; S. 5.

19. Boran, a.a.O., S. 43.

20. Boran, a.a.O., S. 52.

21. AP "Adalet Partisi" wurde nach dem militärischen Eingreifen im Jahre 1960 als Nachfolger der verbotenen demokratischen Partei, DP, gegründet.

22. SPO "Devlet Planlama Dairesi" wurde als eine "Zentrale Planungsorganisation" gegründet im Jahre 1962.

23. TIP "Türkiye Işçi Partisi".

24. TÜRKIŞ: "Türkiye Işçi Sendikalari Konfederasyonu" und
DISK: "Devrimci Işçi Sendikalari Konfederasyonu".

25. Eilig vorgenommene drei Todesurteile erregten damals weltweites Aufsehen.

26. Interne Veröffentlichung der OYAK (Gesellschaft zur gegenseitigen Hilfe im Heer).

27. U.N.: Report on the World Social Situation; New York 1957; S. 111.

28. Kuznets, Simon: Underdeveloped Countries and the Pre-industrial Phase in the Advanced Countries; in: "The Economics of Development" editiert von Agarwala und Singh, Oxford Un. Press, New York 1968, S. 135.

29. Aksoy, Suat: Türkiye'nin Toprak Meselesi; Gerçek Yayinevi - Istanbul, Januar 1969, S. 72.

30. Avcioğlu, a.a.O., S. 312 und
Aksoy, a.a.O., S. 73.

31. Avcioğlu, a.a.O., S. 288.

32. Yazgan, Turan: Şehirleşme açisindan Türkiye'de işgücünün demografik ve sosyo-ekonomik bünyesi; Istanbul Universitesi Iktisat Fakültesi Yayini Nr. 1310; S. 56.

33. Siehe Çavdar, Tevfik C.: Türkiye'de şehirleşme hareketleri, Ankara 1965.

34. Ebenda, S. 42.

35. Bütçe Kanunu (Jahreshaushaltsgesetz) 1971, S. 58-59.

36. Zweiter Fünfjahresplan: staatliche Planungsorganisation (DPT) Ankara 1967, S. 31.

37. Ebenda, S. 31.

38. Ebenda, S. 93.

39. Ebenda, S. 141-142.

40. Ebenda, S. 134.

41. Gitmez, Ali Sadi: Kalkinma Planlari ve Göçmen Işci Sorunu; unveröffentlicht. Manuskript, Middle East Technical University, Ankara, S. 11.

Fußnoten zum dritten Kapitel

1. Seeber, Eva: Zwangsarbeiter in der faschistischen Kriegswirtschaft; VEB Deutschen Verlag der Wissenschaft, Berlin 1944, S. 90.

2. Ausländische Arbeitnehmer 1971; Bundesanstalt für Arbeit; Nürnberg 1972, S. 49-50.

3. Ebenda, S. 35.

4. Repräsentativ-Untersuchung 72: Bundesanstalt für Arbeit; Nürnberg 1973, S. 45.

5. Ebenda, S. 67.

6. Ebenda, S. 28.

7. Vergl. hierzu die Tabelle im zweiten Kapitel S.103.

8. Repräsentativ-Untersuchung 72; a.a.O., S. 19-20.

9. Yurt Dişindaki Türk Işçileri ve Dönüş Eğilimleri; Türkische Anstalt für Arbeits- und Arbeitervermittlung, Publikationsnummer 85; Ankara 1971, S. 11.

10. Ebenda, S. 12.

11. Repräsentativ-Untersuchung 72; a.a.O., S. 19-20.

12. Özkan, Yilmaz: The Legal Status of Foreign Workers in the Federal Republic of Germany; Unveröffentlicht. Paper; West-Berlin 1973, S. 17.

13. Repräsentativ-Untersuchung 72;
a.a.O., S. 29.

14. Siehe hierzu: Timur,S: Türkiye'de aile yapisi;
Hacettepe University, Ankara 1972.

Sertel, A.K.: Disintegration of the Family;
IIM, West-Berlin 1973.

Erdentug,N.: A Study on the Social Structure
of a Turkish Village, Ankara 1959.

15. Abadan, Nermin: The Place of Turkish Women in
Society; Ankara 1968, Unveröffentlicht. Paper.

16. Siehe Cohn, A.; a.a.O.

17. Siehe Frey, Frederick.W.: Report on Socialization
to National Allegiance Among the Turkish Peasantry;
in "Advanced Seminar in the Social Sciences,
Bolu 1966.

Sertel, A.K.: Peasant Conceptions of Community
Power Structure, Unveröff. Diss., Harvard University,
1971.

18. Wilpert, Czarina: Akkulturation Türkischer
Arbeiterkinder; Unveröffentl. Magisterarbeit,
T.U. West-Berlin, März 1974, S.57.

19. Siehe Tramsen, G.: Gastarbeiter im Schuldienst: Türkenklasse; West-Berlin 1973.

20. Wilpert, Czarina; a.a.O., S. 61.

21. Siehe Özbudun, E., K. Karpat, A.K. Sertel: Papers presentiert in "Princeton Seminar on Modernization of Turkey"; Princeton, May 1974.

22. Diamant, Max: Bemerkungen zur sozialen und rechtlichen Lage der ausländischen Arbeitnehmer; S. 43; in: "Ausländergesetz 65 - Alternativ-entwurf 70", Sonderdruck von "studentische politik" Heft 1/1970; Hrsg. Forschungsinstitut der Friedrich-Ebert-Stiftung.

23. Anagnostidis, H.: Gewerkschaften und Ausländer-beschäftigung; in "Gastarbeiter Analysen und Berichte", Hrsg. Ernst Klee, Edition Suhrkamp; Frankfurt/M, 1972, S. 108.

24. Diamant, Max: a.a.O., S. 44.

25. Ebenda, S. 45.

26. Anagnostidis, H.: a.a.O., S. 110.

27. Ebenda, S. 117.

28. Geiselberger, S.: Schwarzbuch: Ausländische Arbeiter; Fischer Verlag, Frankfurt 1972, S. 89.

29. Anagnostidis, H.: a.a.O., S. 115.

30. Ebenda, S. 115.

31. Avrupa Memleketlerin de Türk Işçileri ve Sorunlari; Hrsg. Türkische Anstalt für Arbeits- und Arbeitervermittlung, Publikationnummer 49; Ankara 1968, S. 48.

32. Borris, Maria: Ausländische Arbeiter in einer Großstadt; Europäische Verlagsanstalt, Frankfurt/M. 1973, S. 187.

33. Ebenda, S. 188.

34. Ebenda, S. 188.

35. Ebenda, S. 193.

36. Ebenda, S. 193.

37. Ebenda, S. 103.

38. Streik bei Ford-Köln; Rosa Luxemburg Verlag; Köln, Dezember 1973, S. 57.

39. Geiselberger, S.: a.a.O., S. 158.

40. Mehrländer, U.: Soziale Aspekte der Ausländerbeschäftigung; Bonn-Bad Godesberg 1974, S. 223.

41. Ebenda, S. 224.

42. Siehe Hyman, H.: Mass Media and Political Socialization: The Role of Patterns of Communication; in "Communication and Political Development". Hrsg. Lucian W. Pye (ed.); Princeton 1963.

43. Yurt Dişindaki Türk Işçileri ve Dönüş Eğilimleri; a.a.O., S. 15.

44. Aker, Ahmet: Işçi Gögü; Istanbul 1972, S. 61.

45. Schahbazian, K. und H. Wilke: Bewußtseinselemente türkischer Arbeiter in der BRD; in "Das Argument 68"; 13. Jahrgang Dezember 1971, Heft 9/10 Doppelheft, S. 761 und

    Siehe: Yurda Dönen Işçilerin Intibaki Sorunlari; Hrsg. Türkische-Staats-Planungsorganisation, Ankara 1967.

46. Ziehe: Dirickx, Y.M.I., D. Freiburghaus, M.R. Sertel: Auswirkungen der Energiekrise auf die Beschäftigung von Gastarbeitern in Westdeutschland; IIM-Preprint, West-Berlin, February 1974.

47. Yurtdisi Göç Hareketleri ve Vatandaş Sorunlari; Hrsg. Türkischer Außenministerium; Ankara 1973, S. 129.

48. 1973 Yili Programi; Program für den dritten Entwicklungsplan 1973-1977; Ankara 1972, S. 10.

LITERATURVERZEICHNIS

ABADAN, Nermin: The Place of Turkish Women in Society; unveröffentlichtes Paper, Ankara 1968.

ADELSON, Joseph und Robert O'Neil: The Growth of Political Ideas in Adolescence; in: Journal of Personality and Social Psychology, Nummer 4, September 1966.

AKER, Ahmet: Işçi Göçü; Istanbul 1972.

AKSOY, Suat: Türkiyenin Toprak Meselesi; Gerçek Yayinevi-Istanbul, Januar 1969.

ALMOND, Gabriel und Sidney Verba: The Civic Culture; Princeton 1963.

ANAGNOSTIDIS, H.: Gewerkschaften und Ausländerbeschäftigung; in Ernst Klee (Ed.): Gastarbeiter Analysen und Berichte; Verlag Suhrkamp, Frankfurt/M. 1972.

ARIKOĞLU, Damar: Hatiralarim; Istanbul 1961.

AUSLÄNDISCHE ARBEITNEHMER 1971: Hrsg. Bundesanstalt für Arbeit, Nürnberg 1972.

AVCIOĞLU, Doğan: Türkiyenin Düzeni; Bilgi Yayinevi, Ankara, Aralik 1968.

AVRUPA Memleketlerinde Türk Işçileri ve Sorunlari; Hrsg. Iş ve Işçi Bulma Kurumu, Publ. Nummer 49, Ankara 1968.

AYDEMIP Şevket Süreyya: Ikinci Adam II.Cilt; Istanbul 1966.

BAŞBAKANLIK: Kalkinma Plani Üçüncü Beş Yil (1973-1977) 1973 Yili Programi; Ankara, Aralik 1972.

BECHER, Howard S. und Blanche Geer: Participant Observation and Interviewing: A Comparison; in: William J. Filstead (Ed.): Qualitative Methodology, Chicago 1970.

BECK, Gertrud: Autorität oder Selbstbestimmung?; Unveröffentlichte Dissertation 1970.

BENDIX, R. und S. Martin Lipset: Class, Status and Power; New York 1966.

BORAN, Behice: Türkiye ve Sosyalizm sorunlari; Gün Yayinlari, Istanbul 1968.

BORATAV, Korkut: Türkiyede Devletçilik; SBF Yayini, Ankara 1962.

BORRIS, Maria: Ausländische Arbeiter in einer Großstadt; Europäische Verlagsanstalt, Frankfurt/M. 1973.

BÜTÇE, Kanunu (Jahreshaushaltsgesetz), Ankara 1971.

CEM Ismail: Türkiyede geri kalmişliğin tarihi; Istanbul-Cem Yayinevi 1970.

CLAESSENS, Dieter: Familie und Wertsystem; Berlin 1962.

COHN, Andrew H.: Suburban City: Social Structure and Socialisation of Adolescents in a Black Community; unveröffentlichte Dissertation, Harvard University, 1972.

COLEMAN, J.: The Adolescent Society; New York 1961.

COLEMAN, J.: Education and Political Development; Princeton 1965.

DAVIS, A. und J. Dollard: Children of Bondage; Washington 1940.

DAWSON, Richard E. und Prewitt, Kenneth: Political Socialization; Little, Brown and Company, Boston 1969.

DEVLET Istatistik Enstitüsü: Genel Nüfus Sayimi: 24.10.1965; State Institute of Statistics, Census of Population; Ankara 1969, Nr. 568.

DEVLET Istatistik Enstitüsü: Türkiye Milli Geliri - Kaynak ve Yöntemler 1962-1971; Ankara 1972, Nr. 655.

DEVLET Istatistik Enstitüsü: 25 Ekim 1970 Genel Nüfus Sayimi Örnekleme Sonuçlari; State Institute of Statistics, Census of Population 25 October 1970 Sampling Results; Ankara 1972, Nr. 659.

DEVLET Planlama Teşkilati: Türkiyede şehirleşme hareketleri; Çavdar c. Tavfik, Ankara 1965.

DEVLET Planlama Teşkilati: Tarimin Ekonomik Kalkinmadaki Yeri; Ankara, Nr. 19 Uzun Vadeli Planlar Şubesi, Januar 1966.

DEVLET Planlama Teşkilati: Şehirleşme Problemleri Özel Ihtisas Komisyonu Raporu; Ankara, Haziran 1966.

DEVLET Planlama Teşkilati: Tarim Dişi Sektörlerde Çalisanlar Sayisi; Ankara Nr. 26 Iktisadi Planlama Dairesi, Uzun vadeli planlar Şb. Haziran 1966.

DEVLET Planlama Teşkilati: Kalkinma Plani-Ikinci Beş Yil: 1968-1972; Ankara-Kasim 1967.

DEVLET Planlama Teşkilati: Yurda dönen işçilerin intibaki Sorunlari; Ankara 1967.

DEVLET Planlama Teşkilati:"1971 Yili Programi" Kalkinma Plani Ikinci Beş Yil 1968-1972; Başbakanlik Basimevi, Nummer DPT:1004, Ankara 1971. Staatliche Planungsorganization "Programm für das Jahr 1971" Entwicklungsplan zweite Fünfjahre 1968-1972.

DEVLET Planlama Teşkilati; Kirdan Şehire Işgücü Göçleri; (1965-1982 ye ait tahminler); Gökçen M. Ahmet, Ankara, Aralik 1971.

DEVLET Planlama Teşkilati: 1973 Yili Programi; Ankara 1972.

DIAMANT, Max: Bemerkungen zur sozialen und rechtlichen Lage der ausländischen Arbeitnehmer; in: Ausländergesetz 65 - Alternativ Entwurf 70, Sonderdruck von "Studentische Politik", Heft 1/1970.

DIRICKX, Y.M.I., D. Freiburghaus, M.R. Sertel: Auswirkungen der Energiekrise auf die Beschäftigung von Gastarbeitern in Westdeutschland; IIM-Preprint, West-Berlin 1974.

EASTON, David: The Function of Formal Education in a Political System; in: The School Review, 1957.

EASTON, David und Jack Dennis: The Child's Acquisition of Regime Norms: Political Efficacy; in: American Political Science Review, Nummer 61, März 1967.

EISENSTADT, S.N.: Von Generation zu Generation; Juventa Verlag München, 1966.

ELKIN, Frederick: The Child and Society; Random House, New York 1960.

ERDENTUĞ, Nermin: A Study on the Social Structure of a Turkish Village; Ankara 1959.

FEGER, G.: Die unvollständige Familie und ihr Einfluß auf die Jugendkriminalität; Stuttgart 1969.

FEND, Helmut: Sozialisierung und Erziehung; Verlag Julius Beltz. Weinheim, Berlin, Basel, 1970.

FREY, Frederick W.: Report on Socialization to National Allegiance Among the Turkish Peasantry; in: Advanced Seminar in the Social Sciences, Bolu 1966.

FROMM, Erich: Autorität und Familie; Paris 1936.

GEISELBERGER, Siegmar: Schwarzbuch: Ausländische Arbeiter; Fischer Verlag, Frankfurt 1972.

GEVGILILI, Ali: Yabanci Sermaye ile Kalkinma; Milliyet Gazetesi, Istanbul 19.8.1969.

GITMEZ, Ali Sadi: Kalkinma Planlari ve Göçmen Işçi Sorunu; Unveröffentlichtes Manuskript, Middle East Technical University, Ankara 1974.

GOTTSCHALCH, Wilfried: Bedingungen und Chancen politischer Sozialisation; Fischer Verlag, September 1972, Frankfurt/M.

GREENSTEIN, Fred: Children and Politics; Yale University Press; New Haven 1965.

HESS, Robert D. und Judith V. Torney: The Development of Political Attitudes in Children; Aldine Publishing Co., Chicago 1967.

HYMAN, H.: Mass Media and Political Socialization: The Role of Patterns of Communication; Lucian W. Pye (Ed.): Communication and Political Development, Princeton 1963.

JAROS, Dean: Socialization to Politics; Nelson Verlag, U.S.A., 1973.

KELEŞ, Ruşen: Türkiyede şehirleşme, Konut ve Gecekondu; Gerçek Yayinevi, Istanbul, 1972.

KREUTZ, Henrik: Einfluß von Massenmedien, persönlicher Kontakt und formelle Organisation; in: Ronneberger, Franz (Ed.): Sozialisation durch Massenkommunikation; Ferdinand Enke Verlag, Stuttgart 1971.

KUZNETS, Simon: Underdeveloped Countries and the Pre-industrial Phase in the Advanced Countries; in: The Economics of Development; ed. Agarwala and Singh, Oxford University Press, New York.

LANE, Robert E.: Political Life; New York 1959.

LANGTON, Kenneth P.: Political Socialization; Oxford University Press, Inc. U.S.A. 1969.

LA PALOMBARA, Joseph: Italy: Fragmentation, Isolation, Alienation; in: Political Culture and Political Development; editiert von Lucian W. Pye und Sidney Verba, Princeton 1965.

LE VINE, Robert A.: The Role of the Family in Authority Systems: A Cross-Cultural Application of Stimulus - Generalization Theory; in: Behavioral Science V, 1960.

LIPPMAN, Walter: Artikel in New York Herald Tribune, 1 April 1947.

MEHRLÄNDER, U.: Soziale Aspekte der Ausländerbeschäftigung; Bonn-Bad Godesberg 1974.

MILLHOFER, Petra: Familie und Klasse; Fischer Verlag, Frankfurt/M. Oktober 1973.

MIMARLAR Odasi Ankara Şubasi: Türkiyede Kentleşme; Ankara, Januar 1971.

NEIDHARDT, Friedhelm: Strukturbedingungen und Probleme familialer Sozialisation; in: Studientexte zur Psychologie und Soziologie der Erziehung, Band 3, West-Berlin 1971.

ORDU Yardimlaşma Kurumu: Onuncu Yil; Broşür-Dönmez Ofset, Ankara.

ORDU Yardimlaşma Kurumu: Kurumun ikinci beş yillik iktisadi plani; Hausinterne Veröffentlichung.

ÖZBUDUN, E. und Kemal Karpat und A.K. Sertel: Papers presented in "Princeton Seminar on Modernization of Turkey", Princeton May 1974.

ÖZKAN, Yilmaz: The Legal Status of Foreign Workers in the Federal Republic of Germany; Unveröffentlichtes Vervielfältigtes Manuskript, West-Berlin 1973.

PARSONS, Talcott: Sozialstruktur und Persönlichkeit; Europäische Verlagsanstalt, Frankfurt 1968.

PAYASLIOĞLU, Arif: Türkiyedeki özel sanayi alanindaki müteşebbisler ve teşebbüsler; Ankara-SBF 1961.

REPRÄSENTATIV-UNTERSUCHUNG 72: Hrsg. Bundesanstalt für Arbeit, Nürnberg 1973.

RONNEBERGER, Franz (Hrsg.): Sozialisation durch Massenkommunikation; Ferdinand Enke Verlag, Stuttgart 1971.

SCHAHBAZIAN, K. und H. Wilke: Bewußtseinselemente türkischer Arbeiter in der BRD; in: Das Argument 68, 13. Jahrgang Dezember 1971, Heft 9/10.

SEEBER, Eva: Zwangsarbeiter in der faschistischen Kriegswirtschaft; VEB Deutschen Verlag der Wissenschaft, Berlin 1944.

SERTEL, Ayşe Kudat: Peasant Conceptions of Community Power Structure; Unveröffentlichte Diss. Harvard University, 1971.

SERTEL, Ayşe Kudat: Images of Power; in: American Anthropologist, Volume 74, Nummer 3, Juni 1972.

SERTEL, Ayşe Kudat: Disintegration of the Family; Preprint, International Institute of Management, West-Berlin 1973.

SILIER, Orhan: Türkiye Sanayisinin dünya içindeki yeri üzerine bazi sayisal bilgiler; in: Mimarlik, Mimarlar odasi aylik yayin organi, Istanbul 1972.

STEMBER, C.H.: Education and Attitude Change; New York 1961.

STREIK bei Ford-Köln: Hrsg. Betriebszelle Ford der Gruppe Arbeiterkampf; Rosa Luxemburg Verlag, Köln 1973.

SÜLKER, Kemal und Georges Lefranc: Dünyada ve bizde Sendikacilik; Varlik Yayinevi, Istanbul 1966.

TALAS, Cahit: Türkiye Cumhuriyetinde Sosyal Politika Meseleleri; Anakara 1960.

TIMUR, Serim: Türkiye'de aile yapisi; Hacettepe University, Ankara 1972.

TRAMSEN, G.: Gastarbeiter im Schuldienst: Türkenklasse; West-Berlin 1973.

TROW, Martin: Comment on "Participant Observation and Interviewing: A Comparison"; in: William J. Filstead (ed.): Qualitative Methodology, Chicago 1970.

TUNÇKANAT, Haydar: Ikili anlaşmalarin içyüzü; Ekim yayinlari, Ankara 1970.

U.N.: Report on the World Social Situation; New York, 1957.

WILPERT, Czarina: Akkulturation Türkischer Arbeiterkinder; Unveröffentlichte Magisterarbeit, T.U. West-Berlin, März 1974.

YASA, Ibrahim: Türkiyenin toplumsal yapisi ve temel Sorunlari; Türkiye ve Orta Doğu Amme Idaresi yayinlari Nr. 136, Ankara 1973.

YAZGAN, Turan: Şehirleşme açisindan Türkiye'de işgücünün demografik ve sosyo-ekonomik bünyesi; Istanbul Üniversitesi Iktisat Fakültesi Yayini, Ist. Üniversitesi Yayin No. 1310, Iktisat Fakültesi Yayin No. 46.

YURT dişindaki Türk Işçileri ve Dönüş Eğilimleri; Hrsg. Iş ve Işçi bulma Kurmu, Publikationsnummer: 85, Ankara 1971.

YURTDIŞI Göç Hareketleri ve Vatandaş Sorunlari; Hrsg. Dişişleri Bakanligi, Ankara 1973.

Lebenslauf

Name.....:	Yilmaz ÖZKAN
Geburtsort und Datum.:	Kirşehir, 24.06.1940
Schulbesuche.....:	1946-1958
	Grund- und Mittelschule;
	Gymnasium
Studium.....:	1958-1963
	Juristische Fakultät der Universität
	Ankara
	1963-1964
	Militärdienst
	1965-1966
	Referendar
	1966-1969
	Rechtsanwaltspraxis
	1970-1974
	Otto-Suhr-Institut der Freien Universität
	Berlin